

Monatsbericht des BMF Juli 2012





Monatsbericht des BMF Juli 2012

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

□ Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Überblick zur aktuellen Lage	5
Analysen und Berichte	6
Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2013 und Finanzplan bis 2016	
Das Europäische Semester 2012	
Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland Wirtschafts- und finanzpolitische Schwerpunkte des G20-Gipfels in Los Cabos, Mexiko	
Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage	41
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	41
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2012	
Entwicklung des Bundeshaushalts bis Juni 2012	
Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2012	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	
Termine, Publikationen	64
Statistiken und Dokumentationen	66
Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	68
Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	95
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	102

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bewältigung der Staatsschuldenkrise erfordert eine konsequente Weiterentwicklung der Europäischen Währungsunion zu einer fiskalpolitischen Stabilitätsunion, in der Solidität und Solidarität untrennbare Eckpfeiler bilden. Bedeutende Schritte in diesem Prozess sind der Fiskalvertrag und der Europäische Stabilitätsmechanismus, die Ende Juni von Bundestag und Bundesrat mit jeweils breiter politischer Mehrheit beschlossen wurden. Beide Gesetze liegen im deutschen und europäischen Interesse. Aus Sicht der Bundesregierung sind die Vertragswerke mit dem Grundgesetz vereinbar.

Eine glaubwürdige Umsetzung des Fiskalvertrags in den Mitgliedstaaten schafft eine klare Perspektive für solide Haushalte und stärkt das Vertrauen von Bürgern, Unternehmen und Investoren in die langfristige Tragfähigkeit der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Dabei gibt es keine Wahl: Sparen oder Wachstum. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen ist notwendige Voraussetzung für gesundes Wachstum. Gleichzeitig ist es aber unabdingbar, die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung durch gezielte strukturelle Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und durch Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu verbessern.



Ein Schwerpunkt des letzten Treffens der Staats- und Regierungschefs der EU war daher die Frage, mit welchen substanziellen Maßnahmen nachhaltiges Wachstum gestärkt werden kann. Der vom Europäischen Rat beschlossene Pakt für "Wachstum und Beschäftigung" verbindet dabei strukturelle Maßnahmen der Mitgliedstaaten mit einer effektiven Verwendung europäischer Mittel. So werden insbesondere kleine und mittlere Unternehmen besser gefördert, Infrastrukturvorhaben gestärkt und die Jugendarbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten gezielt bekämpft. Insgesamt können mit dem Wachstumspaket Mittel in Höhe von 120 Mrd. € zur Unterstützung schnell wirkender Maßnahmen mobilisiert werden.

L. SU-

Dr. Thomas Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Überblick zur aktuellen Lage

Wirtschaft

- Die aktuellen Konjunkturindikatoren lassen erkennen, dass das Wirtschaftswachstum im
 2. Quartal wahrscheinlich etwas nachgelassen hat.
- Die Erwerbstätigkeit, insbesondere die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, zeigt einen deutlichen Aufwärtstrend, während die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit im Juni 2012 den dritten Monat in Folge leicht zugenommen hat.
- Das Preisklima in Deutschland hat sich weiter beruhigt. Von der aktuellen Preisentwicklung auf dem Weltmarkt geht derzeit kein Inflationsrisiko aus.

Finanzen

- Die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Juni 2012 im Vorjahresvergleich um 7,5 % gestiegen. In den ersten sechs Monaten des Jahres erhöhte sich das Aufkommen insgesamt um 4,4 %.
- Die Einnahmen und Ausgaben des Bundes bis einschließlich Juni 2012 entwickelten sich gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum positiv (Einnahmen + 1,5 %, Ausgaben − 1,4 %). Eine verlässliche Vorhersage zur weiteren Entwicklung des Bundeshaushalts im Jahresverlauf lässt sich jedoch weder aus einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungsdefizit von 18,2 Mrd. € ableiten.
- Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit in den ersten fünf Monaten übersteigt den Vorjahreswert um rund 0,2 Mrd. €. Während die Ausgaben um 1,5 % anstiegen, erhöhten sich die Einnahmen um 1.4 %.
- Ende Juni 2012 erreichte die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe 1,62 %, die Zinsen im Dreimonatsbereich gemessen am Euribor beliefen sich auf 0,65 %.

Europa

- Der ECOFIN-Rat hat am 22. Juni 2012 beschlossen, das Verfahren bei übermäßigem Defizit für Deutschland einzustellen, da mit einer Defizitquote von 1,0 % des BIP im Jahr 2011 der Referenzwert von 3 % deutlich unterschritten wurde. 2012 wird das Maastricht-Defizit Deutschlands weiter auf qut ½ % des BIP zurückgehen.
- Die Diskussion auf dem ECOFIN-Treffen am 10. Juli 2012 fokussierte sich u. a. auf den Auftrag der Staats- und Regierungschefs vom 28. Juni 2012, eine gemeinsame Bankenaufsicht unter Einbeziehung der Europäischen Zentralbank (EZB) einzurichten. Die EU-Kommission will hierzu im Herbst Gesetzgebungsvorschläge vorlegen. Eine funktionierende, effiziente europäische Bankenaufsicht ist unabdingbare Voraussetzung für die vom Europäischen Rat diskutierte Möglichkeit der direkten Bankenrekapitalisierung durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM).

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2013 UND FINANZPLAN BIS 2016

Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2013 und Finanzplan bis 2016

Wachstumsfreundliche Konsolidierung zahlt sich aus

- Die Bundesregierung setzt die Konsolidierung im Bundeshaushalt fort: Die Neuverschuldung im Regierungsentwurf 2013 wird im Vergleich zum Soll des Jahres 2012 – einschließlich Nachtrag – um 13,3 Mrd. € reduziert und auf 18,8 Mrd. € abgesenkt. Gleichzeitig werden erhebliche Mehrbelastungen – u. a. durch die erhöhten Einzahlungen Deutschlands an den Europäischen Stabilitätsmechanismus – aufgefangen.
- Die Bundesregierung erfüllt die Vorgaben der nationalen Schuldenbremse deutlich früher: Die strukturelle Neuverschuldung des Bundes wird bereits im Jahr 2013 – also drei Jahre früher als nach der Schuldenbremse notwendig – die dauerhafte verfassungsmäßige Obergrenze für das strukturelle Defizit einhalten und auch in den Folgejahren deutlich darunter liegen.
- Im letzten Finanzplanjahr 2016 kann der Bundeshaushalt ohne neue Schulden ausgeglichen werden. Zudem sieht der neue Finanzplan für das Jahr 2016 eine Teiltilgung – in Höhe von 1 Mrd. € – der Schulden des Investitions- und Tilgungsfonds vor.

1	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und finanzpolitische Ausgangslage	6
1.1	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung	6
1.2	Finanzpolitische Ausgangslage	7
2	Bundeshaushalt 2013 und Finanzplan bis zum Jahr 2016	8
2.1	Grundlage: Haushaltseckwerte vom 21. März 2012	8
2.2	Eckdaten und wesentliche Kennziffern des Regierungsentwurfs 2013 und des Finanzplans	
	bis 2016	9
2.3	Wesentliche Politikbereiche	12
2.4	Steuereinnahmen	17
2.5	Sonstige Einnahmen	18
3	Personal und Verwaltung	18
	Sondervermögen Fnergie- und Klimafonds"	

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und finanzpolitische Ausgangslage

1.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die gesamtwirtschaftliche Aktivität in Deutschland belebte sich im 1. Quartal dieses Jahres unerwartet deutlich. So stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) preis-, kalenderund saisonbereinigt um 0,5 % gegenüber dem Vorquartal an, nachdem es im letzten Quartal des Jahres 2011 leicht rückläufig war. Deutliche Impulse kamen von der Außenwirtschaft, wobei die Exporttätigkeit vor allem von der Nachfrage aus Ländern außerhalb der Europäischen Union profitierte. Dies kann ein Indikator dafür sein, dass die weltwirtschaftliche Erholung möglicherweise früher und kräftiger eingesetzt hat als noch vor kurzer Zeit erwartet. Auch vom Konsum der privaten Haushalte gingen im 1. Quartal positive Wachstumsimpulse aus. Folglich erwartet auch die Bundesregierung in ihrer Frühjahrsprojektion, dass das

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2013 UND FINANZPLAN BIS 2016

gesamtwirtschaftliche Wachstum im Durchschnitt dieses Jahres auch von der Inlandsnachfrage getragen wird. Die Investitionstätigkeit hingegen dürfte im Jahr 2012 aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche in wichtigen Handelspartnerländern der EU belastet werden. Daher wird erwartet, dass das Volumen an Ausrüstungsinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2012 – nach einem kräftigen Aufholprozess in den vergangenen zwei Jahren – nur moderat zunimmt.

Insgesamt dürfte die konjunkturelle Grunddynamik in der 1. Jahreshälfte 2012 weitgehend dem Konjunkturbild entsprechen, das der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung zugrunde gelegt wurde. Die Wachstumsprognose der Bundesregierung für dieses Jahr – real 0,7% – ist in Anbetracht der günstigen Ausgangslage im 1. Vierteljahr gut nach unten abgesichert. Für das Jahr 2013 geht die Bundesregierung von einem BIP-Anstieg von real 1,6% aus.

Für den mittelfristigen Projektionszeitraum (2014 bis 2016) wird erwartet, dass das preisbereinigte BIP durchschnittlich um rund 1,5 % pro Jahr ansteigt. Das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials wird voraussichtlich etwas darunter liegen und sich zum Ende des Projektionszeitraums aufgrund einer rückläufigen Erwerbsbevölkerung etwas abschwächen.

Die Bundesregierung verkennt nicht, dass vor allem das außenwirtschaftliche Umfeld erhebliche Unsicherheiten für die weitere konjunkturelle Entwicklung in Deutschland birgt. Hauptrisiko für die wirtschaftliche Entwicklung im Prognosezeitraum wäre eine Verschärfung der Schuldenkrise. Gleichzeitig besteht aber auch die Chance, dass sich der Welthandel dynamischer entwickelt und es zu einer zügigeren Lösung der Schuldenkrise kommt. Von einem solchen Szenario würde die exportorientierte deutsche Industrie in besonderem Maße profitieren. Zudem könnten sich selbst verstärkende binnenwirtschaftliche Effekte aus einer günstigen Arbeitsmarkt- und

Einkommensentwicklung zusammen mit einer weltweit nach wie vor expansiv ausgerichteten Geldpolitik die gesamtwirtschaftliche Entwicklung stärker begünstigen als bisher unterstellt.

Der Arbeitsmarkt profitierte im Jahr 2011 sehr deutlich vom Aufschwung der deutschen Wirtschaft; sowohl die Beschäftigung als auch die Arbeitslosigkeit haben sich positiver entwickelt als in vorangegangenen Aufschwungphasen. Die Zunahme der Beschäftigung sowie der Abbau der Arbeitslosigkeit setzen sich auch in diesem und im nächsten Jahr fort, wenngleich mit vermindertem Tempo. So wird erwartet, dass die Arbeitslosenzahl in diesem Jahr auf 2,8 Millionen Personen zurückgeht (-130 000 Personen). Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Jahresdurchschnitt 2012 voraussichtlich um 420 000 Millionen Personen auf 41,5 Millionen Personen ansteigen. Im Jahr 2013 dürfte die Zahl der arbeitslosen Personen um 65 000 Personen niedriger ausfallen als 2012, gleichzeitig wird ein Beschäftigungsaufbau um 90 000 Personen erwartet. Durch Immigration und die Mobilisierung von Teilen der sogenannten "stillen Reserve" fällt der Anstieg der Erwerbstätigkeit wie in den vergangenen Jahren kräftiger aus als der Rückgang der Arbeitslosigkeit.

1.2 Finanzpolitische Ausgangslage

Im Dezember 2011 – also nach Abschluss der Beratungen zum Bundeshaushalt 2012 – wurde auf europäischer Ebene Einvernehmen darüber erzielt, den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) bereits Mitte 2012 und nicht wie ursprünglich vorgesehen erst zum 1. Juli 2013 zu errichten. Für das laufende Jahr wurde damit ein Nachtrag zum Bundeshaushalt 2012 erforderlich, um die notwendigen haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für die Einzahlung der ersten beiden Raten (zusammen rund 8,7 Mrd. €) des deutschen Anteils am Eigenkapital des ESM zu schaffen, der sich auf rund 22 Mrd. € belaufen wird.

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2013 UND FINANZPLAN BIS 2016

Darüber hinaus enthält der Nachtragshaushalt einige weitere Änderungen des Bundeshaushaltsplans 2012. Diese betreffen im Wesentlichen eine Aktualisierung der erwarteten Steuereinnahmen auf der Grundlage der Ergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom Mai 2012, höhere Personalausgaben infolge der Tarif- und Besoldungsrunde 2012, verringerte Zinsausgaben, die geringere Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank an den Bundeshaushalt sowie den Wegfall der veranschlagten Tilgung eines Darlehens des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit (BA), da die BA dieses Darlehen im vergangenen Jahr nicht in Anspruch nehmen musste. Im Ergebnis steigt die geplante Neuverschuldung 2012 von bisher 26,1 Mrd. € auf rund 32,1 Mrd. € an.

2 Bundeshaushalt 2013 und Finanzplan bis zum Jahr 2016

2.1 Grundlage: Haushaltseckwerte vom 21. März 2012

Am 21. März 2012 beschloss die Bundesregierung die Eckwerte des Regierungsentwurfs für den Bundeshaushalt 2013 und des Finanzplans bis zum Jahr 2016 und legte damit zu Beginn des regierungsinternen Haushaltsaufstellungsverfahrens grundsätzlich verbindliche Einnahmeund Ausgabevolumina für jeden Einzelplan fest. Ausgenommen waren dabei die Verfassungsorgane und der Bundesrechnungshof.

Der Kabinettsbeschluss zu den Eckwerten sah vor, dass Veränderungen bei auf die konjunkturreagiblen Ausgaben beziehungsweise Einnahmen sowie notwendige Veränderungen bei auf Gesetzen beziehungsweise auf Rechtsverpflichtungen beruhenden Titeln im Rahmen des weiteren Aufstellungsverfahrens berücksichtigt werden. Dementsprechend vollzieht der jetzt vorliegende Regierungsentwurf 2013 beziehungsweise der Finanzplan bis 2016 insbesondere die sich aus der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung und der Rentenschätzung Ende April sowie den Ergebnissen des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom 8. bis 10. Mai 2012 ergebenden Änderungen genauso nach wie die Auswirkungen der Tarif- und Besoldungsrunde 2012. Darüber hinaus wird für das Jahr 2013 die erst nach dem Kabinettsbeschluss über die Eckwerte vereinbarte Zuführung einer weiteren Tranche an den ESM berücksichtigt. Wie auch schon im laufenden Jahr wird Deutschland demnach im nächsten Jahr zwei Jahresraten in Höhe von insgesamt 8,7 Mrd. € in den ESM einzahlen der alte Finanzplan beziehungsweise die Eckwerte hingegen berücksichtigten für das Jahr 2013 nur eine Tranche.

Tabelle 1: Eckwerte zum Regierungsentwurf 2013 und zum Finanzplan bis zum Jahr 2016 vom 21. März 2012

	Eckwerte 2013	Finanzplan				
		2014	2015	2016		
	in Mrd. €					
Ausgaben	300,7	303,5	307,9	309,3		
Einnahmen						
Steuereinnahmen	256,5	268,0	276,6	287,3		
Sonstige Einnahmen	24,7	20,9	21,0	20,8		
Nettokreditaufnahme	19,6	14,6	10,3	1,1		

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2013 UND FINANZPLAN BIS 2016

2.2 Eckdaten und wesentliche Kennziffern des Regierungsentwurfs 2013 und des Finanzplans bis 2016

Der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2013 und der Finanzplan bis 2016 sehen die Eckdaten wie in Tabelle 2 gezeigt vor.

Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass die anhaltend günstige Wirtschaftsund Beschäftigungsentwicklung weiterhin dämpfend auf die Entwicklung wesentlicher Ausgabenbereiche im Bundeshaushalt wirkt, u. a. bei den Zins- und Sozialausgaben, während sich die Steuereinnahmen im Finanzplan auf hohem Niveau stabilisieren.

Die Ausgaben werden im nächsten Jahr rund 302,2 Mrd. € betragen und damit das Soll des Jahres – einschließlich des Nachtrags zum Bundeshaushalt – um rund 10,5 Mrd. € deutlich unterschreiten. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen die im Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen im Bereich der Sozialversicherungen: Neben der einmaligen Absenkung des Zuschusses an den Gesundheitsfonds um 2 Mrd. € wirkt sich auch der Wegfall der Bundesbeteiligung

an den Kosten der Arbeitsförderung in einem merklichen Rückgang der Ausgaben aus. Letzteres führt dazu, dass sich der Einzelplan des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales – trotz struktureller Mehrbelastungen, z. B. durch die Regelsatzanpassungen im Bereich SGB II – auf einem gemessen an den Krisenjahren 2009 und 2010 deutlich niedrigeren Niveau stabilisiert. Im Vergleich zum Soll des Jahres 2012 gehen zudem die Zinsausgaben um rund 2,5 Mrd. € zurück.

Gleichzeitig berücksichtigt der Regierungsentwurf Mehrausgaben insbesondere in den Schwerpunktbereichen Bildung und Forschung sowie in der Familienpolitik, hier vor allem durch die Veranschlagung des Betreuungsgeldes.

Im weiteren Finanzplanzeitraum steigen die im Bundeshaushalt etatisierten Ausgaben moderat an und liegen deutlich unter den Annahmen des alten Finanzplans. Zudem liegen die jährlichen Ausgabensteigerungen in den Jahren 2013 bis 2015 unterhalb des für den gleichen Zeitraum prognostizierten Wachstums des realen BIP. Im letzten Jahr des neuen Finanzplans belaufen sich die Ausgaben auf rund 309,9 Mrd. €.

Tabelle 2: Eckdaten und wesentliche Finanzkennziffern

	Ist	Soll	Entwurf	Finanzplan		
	2011	2012 ¹	2013	2014	2015	2016
	in Mrd. €					
Ausgaben	296,2	312,7	302,2	302,9	303,3	309,9
Veränderung ggü. Vorjahr in %		+5,6	-3,4	+0,2	+0,1	+2,2
jahresdurchschnittliche Veränderung 2012 bis 2016			-0,22			
in%			0,22			
Einnahmen						
Steuereinnahmen	248,1	252,2	259,8	269,1	277,3	288,5
Sonstige Einnahmen	30,8	28,4	23,6	20,7	21,3	21,4
Nettokreditaufnahme	17,3	32,1	18,8	13,1	4,7	-
nachrichtlich: Investitionen (ohne Beteiligungen am ESM)	25,4	27,0	25,6	25,4	25,2	24,9

¹ einschließlich Nachtrag zum Bundeshaushalt 2012

Differenzen durch Rundung möglich.

9

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2013 UND FINANZPLAN BIS 2016

Die Investitionen (ohne Zahlungen an den ESM) gehen im Regierungsentwurf 2013 und im Finanzplanzeitraum im Vergleich zum Bundeshaushalt 2012 leicht zurück. Dies ist insbesondere auf die Beendigung der Darlehensfinanzierung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, die degressive Ausfinanzierung des Infrastrukturbeschleunigungsprogramms aus dem Jahr 2011 und das Abschmelzen der Risikovorsorge im Gewährleistungsbereich im Zusammenhang mit ehemaligen Konjunkturprogrammen zurückzuführen. Vernachlässigt man diese Sondereffekte, so zeigt sich, dass die klassischen Investitionen insbesondere im Verkehrsbereich - auf hohem Niveau fortgeführt werden. Damit stehen wachstumsfördernde Maßnahmen weiterhin im Mittelpunkt der Politik der Bundesregierung. Zudem fließen erhebliche Mittel in die Bereiche Bildung und Forschung, die als unabdingbare Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu sehen sind.

Auf der Einnahmenseite bilden sich vor allem die durch die günstigere wirtschaftliche Entwicklung höheren Steuereinnahmen ab. Die positive Entwicklung der Steuereinnahmen am aktuellen Rand ermöglicht es, für das Jahr 2013 Mehreinnahmen von 7,5 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr zu veranschlagen. Diese überaus erfreuliche Entwicklung wird sich auch im Finanzplanungszeitraum fortsetzen. Gleichzeitig sind auf der Einnahmeseite auch gegenläufige Effekte zu nennen, u. a. der Rückgang der Privatisierungserlöse um rund 2 Mrd. € oder auch - verbunden mit dem Wegfall der Bundesbeteiligung an den Kosten der Arbeitsförderung – der Wegfall des Eingliederungsbeitrages der Bundesagentur für Arbeit.

Im Ergebnis gelingt es, die Neuverschuldung im Regierungsentwurf 2013 im Vergleich zum Soll des Jahres 2012 – einschließlich Nachtrag – um 13,3 Mrd. € und damit auf 18,8 Mrd. € abzusenken. Aufgrund des sehr moderaten Ausgabenwachstums und der

deutlich steigenden Steuereinnahmen setzt sich der Trend der sinkenden Neuverschuldung im gesamten Finanzplanungszeitraum fort. Im Jahr 2015 wird die geplante Neuverschuldung unter das Niveau des letzten Vorkrisenjahres 2008 (11,5 Mrd. €) sinken und der Bundeshaushalt im letzten Finanzplanjahr 2016 ohne neue Schulden ausgeglichen werden können. Zudem sieht der neue Finanzplan für das Jahr 2016 eine Teiltilgung – in Höhe von 1 Mrd. € – der Schulden des Investitions- und Tilgungsfonds vor. Besonders hervorzuheben ist auch, dass die strukturelle Neuverschuldung des Bundes bereits im Jahr 2013 - also drei Jahre früher als nach der Schuldenbremse notwendig die dauerhafte verfassungsmäßige Obergrenze für das strukturelle Defizit einhält und in den Folgejahren deutlich unterschreiten wird. Damit trägt der Bund maßgeblich dazu bei, dass Deutschland seine europäischen Verpflichtungen aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt und damit auch aus dem Fiskalvertrag erfüllen kann und das sogenannte Mittelfristziel für das gesamtstaatliche strukturelle Defizit eingehalten wird.

Hervorzuheben ist darüber hinaus, dass mit dem nun vorliegenden Regierungsentwurf 2013 und dem Finanzplan bis 2016 die Eckwerte zum Bundeshaushalt vom März dieses Jahres eingehalten beziehungsweise sogar unterschritten werden konnten. Hierin zeigt sich die hohe Bindungswirkung, die die Eckwerte inzwischen für alle Ressorts entfalten. Das neue Top-Down-Aufstellungsverfahren hat sich damit als sinnvolle Ergänzung der Schuldenbremse erwiesen.

Am 24. Juni 2012 verständigten sich Bund und Länder auf Eckpunkte zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrages. Dabei wurden u. a. weitere Entlastungen von Ländern und Kommunen vereinbart. Im parlamentarischen Verfahren zum Bundeshaushalt 2013 wird die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag Vorschläge unterbreiten, wie dieses Ergebnis umgesetzt werden kann, ohne dass die für 2013

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2013 UND FINANZPLAN BIS 2016

geplante Neuverschuldung steigt. In welcher Form die defizitneutrale Gegenfinanzierung in den Folgejahren ab 2014 sichergestellt wird, wird bei Aufstellung des Regierungsentwurfs zum Bundeshaushalt 2014 und des Finanzplans bis 2017 entschieden.

Entwicklung wesentlicher finanz- und wirtschaftspolitischer Kennziffern

- Die Ausgabenquote also das Verhältnis der Ausgaben des Bundes zum BIP –, die sich bezogen auf das Soll des Nachtrags zum Bundeshaushalt 2012 auf 11,9 % beläuft, wird auf Basis des Regierungsentwurfs für das Jahr 2013 auf 11,1 % sinken. Bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums reduziert sich die Ausgabenquote kontinuierlich weiter bis auf 10.5 %.
- Die Zins-Ausgaben-Quote im Bundeshaushalt beträgt im laufenden Jahr 11,0 % und sinkt im Regierungsentwurf 2013 auf 10,5 %. Aufgrund der im Vergleich zu den Gesamtausgaben überproportional steigenden Zinsausgaben steigt diese Quote bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums wieder auf 13,3 % an.
- Der Anteil der Sozialausgaben an den Gesamtausgaben, der 2012 noch 49,4% betrug, geht im Regierungsentwurf für das Jahr 2013 auf 48,1% zurück. Im Verlauf des Finanzplanzeitraums steigt der Anteil auf 50,0% im Jahr 2016 an.
- Die Personalausgabenquote, die im laufenden Jahr bei 9,1% liegt, steigt im Regierungsentwurf infolge der Mehrausgaben aus der Tarif- und Besoldungsrunde 2012 auf 9,5 % an. Im Verlauf des Finanzplanungszeitraums sinkt sie dann wieder bis auf 9,1% im Jahr 2016.
- Die Kreditfinanzierungsquote der Anteil der Nettokreditaufnahme an den Gesamtausgaben – beträgt im Soll des laufenden Jahres 10,3 %. Mit dem Regierungsentwurf 2013 wird dieser

- Wert deutlich unterschritten; er sinkt auf 6,2%. Mit dem Erreichen eines ohne neue Schulden ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2016 geht die Kreditfinanzierungsquote auf Null zurück.
- Dank der günstigen konjunkturellen Entwicklung, aber auch aufgrund der erfolgreichen Konsolidierungspolitik des Bundes, konnte die Maastricht-Defizitquote im vergangenen Jahr um 3,3 Prozentpunkte auf 1,0 % des BIP deutlich gesenkt werden. Damit unterschritt Deutschland 2011 den Referenzwert von 3 % des BIP spürbar, sodass es in diesem Jahr aus dem Defizitverfahren entlassen wurde. 2012 dürfte das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit weiter auf gut ½% des BIP sinken. Beim strukturellen Defizit wird Deutschland dank fortgesetzter Konsolidierung voraussichtlich bereits in diesem Jahr sein mittelfristiges Haushaltsziel von maximal 0,5 % des BIP erreichen und auch in den Folgejahren einhalten.
- Auch die Schuldenstandsquote sank im vergangenen Jahr erstmals seit Beginn der Krise wieder um 2,0 Prozentpunkte auf 81,2 %. Im laufenden Jahr hingegen wird die Quote durch die zusätzlichen Maßnahmen im Rahmen der europäischen Staatsschuldenkrise sowie aufgrund der Nachbefüllung der Ersten Abwicklungsanstalt auf rund 83½% steigen. Mittelfristig dürfte die Schuldenquote ab dem Jahr 2013 jedoch wieder sukzessive zurückgehen. Damit wird Deutschland auch die neuen Anforderungen des Stabilitätsund Wachstumspakts hinsichtlich des Rückgangs der Schuldenstandsquote erfüllen.

Situation der Sozialversicherung

 Im Bereich der Arbeitslosenversicherung beträgt der Beitragssatz unverändert 3,0 %. Aufgrund der anhaltend günstigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2013 UND FINANZPLAN BIS 2016

und der strukturellen Auswirkungen des im November 2011 verabschiedeten Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt wird die Bundesagentur für Arbeit (BA) im laufenden Haushaltsjahr und in den nächsten Jahren Überschüsse erzielen und nach eigener Einschätzung bis zum Jahr 2016 Rücklagen in einer Größenordnung von 9,5 Mrd. € aufbauen. Die im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes vorgesehene Streichung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Arbeitsförderung bei gleichzeitigem Wegfall des von der BA an den Bund zu leistenden Eingliederungsbeitrags ist dabei berücksichtigt.

- An die Rentenversicherung leistet der Bund im nächsten Jahr rund 81,5 Mrd. €. Nach wie vor stellt dies den größten Ausgabenblock im Bundeshaushalt dar. Aufgrund der positiven Finanzentwicklung ist der Beitragssatz zur allgemeinen Rentenversicherung zum 1. Januar 2012 von zuvor 19,9 % auf 19,6 % gesunken. Auf Basis der derzeitigen Wirtschaftsprognosen zeichnet sich für 2013 eine weitere Beitragssatzsenkung ab.
- Die Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) hat sich positiv entwickelt, sodass der Bundeszuschuss zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben im Jahr 2013 einmalig um 2 Mrd. € auf 12 Mrd. € abgesenkt werden kann. Die im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes vorgesehene Kürzung des Bundeszuschusses entspricht dem im Jahr 2011 einmalig zur Kompensation krisenbedingter Mindereinnahmen geleisteten zusätzlichen Bundeszuschuss in Höhe von 2 Mrd. € und wird durch eine entsprechende Entnahme von Finanzmitteln aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds vollständig ausgeglichen. Die Zuweisungen des

Gesundheitsfonds an die Krankenkassen bleiben davon unberührt. Der allgemeine Beitragssatz in der GKV beträgt weiterhin 15,5 %.

2.3 Wesentliche Politikbereiche

Bildung und Forschung

Ein politischer Schwerpunkt der Bundesregierung in der 17. Legislaturperiode spiegelt sich konsequent auch im Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2013 wider: Der Einzelplan des Bundesministeriums für Bildung und Forschung steigt 2013 um rund 800 Mio. € auf nunmehr 13,7 Mrd. €.

So belaufen sich die Bundesmittel für die 1. Säule des Hochschulpakts 2020 im kommenden Jahr auf rund 1,8 Mrd. €. Mit diesem Finanzierungsbeitrag unterstützt der Bund die Länder bei der Schaffung zusätzlicher Studienplätze für die stark gestiegene Zahl von Studienanfängern. Mit dem Qualitätspakt Lehre werden im Jahr 2013 weitere 200 Mio. € in die Verbesserung der Studienbedingungen und der Qualität der Lehre investiert. Zugleich werden die Finanzierungsmöglichkeiten für das Studium durch höhere Mittel für Begabtenförderung und Deutschlandstipendium sowie durch die bedarfsgerechte Etatisierung von BAföG-Mitteln gesichert. Die Unterstützung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen sowie die Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung sind weitere Schwerpunkte im Bildungsbereich.

Die Forschung an den Hochschulen wird weiter gestärkt: Für die Exzellenzinitiative, bei der derzeit die 3. Förderperiode startet, sowie für die 2. Säule des Hochschulpakts werden im Jahr 2013 insgesamt rund 700 Mio. € bereitgestellt. Wie mit den Ländern im Pakt für Forschung und Innovation vereinbart, steigen auch die institutionellen Zuwendungen an die großen außeruniversitären Forschungseinrichtungen und die Deutsche Forschungsgemeinschaft im Jahr 2013 um weitere 5 %.

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2013 UND FINANZPLAN BIS 2016

Entwicklungszusammenarbeit

Der Bund hat seine direkten Aufwendungen für die Entwicklungszusammenarbeit in den vergangenen Jahren erheblich gesteigert. Nach der OECD-Statistik hat Deutschland im Jahr 2011 insgesamt rund 14,5 Mrd. US-Dollar an öffentlichen Mitteln für diesen Bereich aufgewandt und war damit gemessen in absoluten Zahlen nach den USA (30,7 Mrd. US-Dollar) der zweitgrößte Geber weltweit.

Ein Großteil der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit wird aus dem Einzelplan des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert. Das hohe Ausgabenniveau dieses Einzelplans wird im Jahr 2013 nochmals auf dann rund 6,42 Mrd. € erhöht – gegenüber dem bislang geltenden Finanzplan werden damit zusätzliche ODA (Official Development Assistance)anrechenbare Mittel in Höhe von rund 670 Mio. € bereitgestellt. Die Bundesregierung unterstreicht mit der Stärkung des Einzelplans des BMZ, aber auch mit den für andere Ressorts wie dem Auswärtigen Amt (AA) vorgesehenen ODA-relevanten Ausgaben ihre internationalen entwicklungspolitischen Verpflichtungen. Es ist unbestritten, dass zur Erreichung des ehrgeizigen ODA-Ziels von 0,7% des Bruttonationaleinkommens im Jahr 2015 nicht nur allgemeine Haushaltsmittel erforderlich sind. Vielmehr müssen hierzu innovative Finanzierungsinstrumente einen wesentlichen Beitrag leisten.

Innenpolitik

Für den Einzelplan des Bundesministeriums des Innern sind im Bundeshaushalt 2013 Ausgaben in Höhe von rund 5,84 Mrd. € vorgesehen. Das bedeutet einen Anstieg um rund 330 Mio. € bzw. knapp 6% gegenüber dem bislang geltenden Finanzplan.

Mit rund 3,6 Mrd. € entfällt erneut der überwiegende Anteil auf den Bereich der inneren Sicherheit (u. a. Bundespolizei, Bundeskriminalamt, Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik), der gegenüber der bisherigen Finanzplanung einen Aufwuchs um rund 200 Mio. € erfahren hat. Die zusätzlichen Ausgaben sind u. a. zur Stärkung des Kampfes gegen Rechtsextremismus und für IT-Projekte vorgesehen. Einen großen Anteil haben daran aber auch die gestiegenen Personalausgaben aufgrund der Wiedergewährung der Sonderzahlung "Weihnachtsgeld" sowie der Tarif- und Besoldungsrunde 2012.

Neben den Mitteln für die Bundespolizei in Höhe von rund 2,5 Mrd. €, das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik in Höhe von rund 90 Mio. € und das Bundeskriminalamt in Höhe von rund 430 Mio. € stehen im Bereich Innere Sicherheit u. a. auch Mittel in Höhe von rund 100 Mio. € für das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe sowie Mittel für die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk in Höhe von rund 180 Mio. € zur Verfügung.

Verteidigung

Gemäß dem Regierungsentwurf liegen die Ausgaben des Verteidigungshaushalts im Haushaltsjahr 2013 bei rund 33,3 Mrd. €. Hierin berücksichtigt sind die finanziellen Auswirkungen aus der Wiedergewährung der Sonderzahlung und der Tarif- und Besoldungsrunde 2012 sowie eine Vorsorge für Ausgaben für (zusätzliche) freiwillig Wehrdienstleistende neuen Rechts, soweit deren Zahl 5 000 Personen überschreitet. Zum anderen ist die an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zu zahlende Miete höher als im Vorjahr veranschlagt, weil im Jahr 2013 auch die Bundeswehrliegenschaften im Wehrbereich West in das Einheitliche Liegenschaftsmanagement (ELM) überführt werden. Für den im Finanzplanungszeitraum ansteigenden Ausgabenbedarf zur Umsetzung des Bundeswehrreformbegleitgesetzes wurde Vorsorge getroffen. Bis zum Jahr 2016 sinkt der Verteidigungshaushalt auf rund 32,5 Mrd. € ab. Maßgeblich hierfür sind Minderausgaben aufgrund der Strukturreform der Bundeswehr sowie sinkende Ansätze für die Ausgaben

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2013 UND FINANZPLAN BIS 2016

für internationale Einsätze. Der mit der Reform eingeleitete weitere Personalabbau wird hinsichtlich der Ausgaben für ziviles Überhangpersonal weiterhin finanziell flankiert mit einer Verstärkungsmöglichkeit aus dem Einzelplan 60 bis zur Höhe von 1,0 Mrd. €. Diese Verstärkungsmöglichkeit reduziert sich, soweit ziviles Überhangpersonal aus dem Verteidigungsbereich in den Zuständigkeitsbereich anderer Ressorts wechselt.

Umweltpolitik

Im kommenden Haushaltsjahr sind für den Einzelplan des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit insgesamt 1,64 Mrd. € veranschlagt. Die Ausgaben liegen um rund 70 Mio. € über dem bisherigen Finanzplan.

Dies ist in erster Linie auf einen höheren Bedarf für die Schachtanlage Asse zurückzuführen, der im Jahr 2013 insbesondere Aufwendungen für Vorsorge- und Sondermaßnahmen sowie für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Planung und Vorbereitung der Stilllegung berücksichtigt. Im Finanzplan werden die Ansätze beibehalten, da zunächst die Ergebnisse der Faktenerhebung abzuwarten sind. Entsprechend internationalen Zusagen der Bundesregierung werden ab dem Jahr 2014 höhere Beiträge zur Sanierung des Sarkophags in Tschernobyl berücksichtigt.

Das Förderprogramm zur Nachrüstung von Partikelminderungssystemen bei Dieselkraftfahrzeugen wird im Jahr 2013 mit nochmals 30 Mio. € fortgesetzt, um zur Einhaltung der Grenzwerte für die Feinstaubkonzentration beizutragen. Für das Marktanreizprogramm und die Programme der nationalen Klimaschutzinitiative werden 303 Mio. € im Jahr 2013 und 335 Mio. € ab dem Jahr 2014 veranschlagt. Bei den weiteren Politikschwerpunkten wie der Umweltforschung, dem internationalen Klimaschutz und dem Naturschutz wurden die bisherigen Ansätze fortgeschrieben. Darüber

hinaus werden auch im Jahr 2013 zusätzliche Maßnahmen insbesondere im Bereich des nationalen und internationalen Klimaschutzes aus dem Sondervermögen "Energie- und Klimafonds" finanziert.

Wirtschafts- und Technologieförderung

Der Etat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) verfügt im Jahr 2013 über ein Ausgabevolumen von 6,2 Mrd. €. Er verbleibt damit in etwa auf dem Niveau des Vorjahres.

Im Zusammenhang mit der Energiewende – einem zentralen innenpolitischen Vorhaben der laufenden Legislaturperiode – wird ein Aufgabenschwerpunkt des BMWi und der Bundesnetzagentur sein, die Rahmenbedingungen für eine zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung zu schaffen. Beispielhaft ist der zügige Ausbau der Netzinfrastruktur im Zusammenhang mit dem Umbau der Energieversorgung auf regenerative Energien zu nennen. Um diese Aufgaben bewältigen zu können, werden dem Ministerium und der Bundesnetzagentur im Jahr 2013 zusätzliche Personal- und Sachmittel zur Verfügung gestellt.

Die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW) werden im kommenden Jahr um rund 33 Mio. € angehoben. Diese Anhebung wird im neuen Finanzplanzeitraum fortgeschrieben. Damit stehen den Ländern zusätzliche Mittel zur Verfügung, um u. a. auch die Schließung militärischer Standorte flankieren zu können.

Mit einem neuen Investitionszuschuss für Wagniskapital soll die Finanzierungssituation junger, innovativer Unternehmen nachhaltig verbessert werden. Denn gerade von diesen Unternehmen gehen zusätzliche Impulse für das Wirtschaftswachstum aus. Mehr private Investoren sollen dazu ermutigt werden, sich an ihnen zu beteiligen und

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2013 UND FINANZPLAN BIS 2016

sie mit unternehmerischem Know-how zu unterstützen. Für diese Maßnahme stehen im Jahr 2013 insgesamt 30 Mio. € und in den Folgejahren jeweils 40 Mio. € zur Verfügung.

Verkehr und Wohnungswesen

Der Einzelplan des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) ist der größte Investitionshaushalt des Bundes. Von den Gesamtausgaben des Einzelplans des BMVBS in Höhe von rund 25,7 Mrd. € entfallen rund 13,6 Mrd. € (also rund 53 %) auf Investitionsausgaben.

Die Steigerung des Einzelplanansatzes gegenüber dem bisherigen Finanzplan um rund 710 Mio. € resultiert insbesondere aus dem Nachvollziehen der Änderung gesetzlicher Leistungen sowie aus weiteren rechtlichen und politischen Verpflichtungen.

Im Verkehrsbereich liegt der Ausgabenschwerpunkt bei den klassischen Verkehrsinvestitionen (Straße, Schiene, Wasserstraße, Kombinierter Verkehr), die auf einer Höhe von rund 10 Mrd. € verstetigt werden und damit deutlich oberhalb des Niveaus vor Beginn der konjunkturellen Ausgleichsmaßnahmen (im Haushaltsjahr 2009) liegen. Die Investitionen in die Bundesschienenwege wachsen dabei von gut 4 Mrd. € im Jahr 2012 auf rund 4,2 Mrd. € im Jahr 2013 an und werden bis zum Jahr 2016 auf diesem Niveau fortgeschrieben. Die Verkehrsinvestitionslinie wird zu einem guten Drittel aus Einnahmen der Lkw-Maut gespeist, die seit dem Jahr 2011 vollständig in den Bau und die Erhaltung der Bundesfernstraßen zurückfließen ("Finanzierungskreislauf Straße").

Im Bereich Bau und Stadtentwicklung ist Vorsorge für die planmäßige Ausfinanzierung der zugunsten der CO₂-Gebäudesanierungsprogramme bis zum Jahr 2011 sowie der zugunsten der Städtebauförderung bis zum Jahr 2012 eingegangenen Verpflichtungen getroffen. Für neue städtebauliche Maßnahmen werden den Ländern im Jahr 2013 auf dem Niveau des

laufenden Jahres Programmmittel in Höhe von 455 Mio. € zur Verfügung gestellt. Damit wird es den Ländern u. a. auch ermöglicht, den Belastungen entgegenzuwirken, die sich durch die Schließung militärischer Standorte ergeben. Neue Programmmittel für die CO₂-Gebäudesanierung finden sich seit dem Jahr 2012 ausschließlich im Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Energie- und Klimafonds". Dort stehen im Jahr 2013 für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm insgesamt 1,5 Mrd. € Programmmittel bereit, zudem werden dort Mittel für das KfW-Förderprogramm "Energetische Stadtsanierung" zur Verfügung gestellt.

Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung

Wie in den vergangenen Jahren werden die Leistungen des Bundes an die Rentenversicherung mit rund 81,5 Mrd. € den mit Abstand größten Ausgabenblock im Bundeshaushalt ausmachen. Als Beitrag der Rentenversicherung zur Konsolidierung des Bundeshaushalts wird der allgemeine Bundeszuschuss im Jahr 2013 um rund 1 Mrd. € und in den Jahren 2014 bis 2016 um jeweils 1,25 Mrd. € zusätzlich gekürzt. Trotz dieser Konsolidierungsmaßnahme zeichnet sich auf Basis der derzeitigen Wirtschaftsprognosen für das Jahr 2013 eine weitere Beitragssatzsenkung ab. Im Finanzplan berücksichtigt sind auch die zu erwartenden Finanzwirkungen aus dem Gesetzgebungsvorhaben zur Anerkennung der Lebensleistung in der Rentenversicherung.

Der Bundeszuschuss zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben wird im Jahr 2013 einmalig um 2 Mrd. € auf 12 Mrd. € abgesenkt. Ab dem Jahr 2014 erhält die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) wieder einen Bundeszuschuss in Höhe von 14 Mrd. € jährlich.

Darüber hinaus hat das Bundeskabinett beschlossen, die private Pflegevorsorge durch Zahlung einer staatlichen Zulage zu fördern. Zu diesem Zweck werden – wegen des geplanten

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2013 UND FINANZPLAN BIS 2016

nachlaufenden Zahlungsmechanismus – ab dem Jahr 2014 jährlich Haushaltsmittel in Höhe von 100 Mio. € bereitgestellt.

Arbeitsmarkt

Die anhaltend günstige Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung wirkt dämpfend auf die Bundesausgaben bei den Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende und der Arbeitsförderung. Die passiven Leistungen beim Arbeitslosengeld II und bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung steigen infolge von Regelbedarfsanpassungen und unter Berücksichtigung der haushaltsentlastenden Anrechnung des Betreuungsgeldes auf das Arbeitslosengeld II im Jahr 2013 gegenüber dem geltenden Finanzplan um 160 Mio. €, in der Summe auf damit rund 23,4 Mrd. €. Sie gehen im weiteren Finanzplanzeitraum unter Berücksichtigung von beschlossenen Effizienzverbesserungen – auf rund 21,8 Mrd. € im Jahr 2016 zurück. Die Eingliederungs- und Verwaltungsausgaben im SGB II betragen im Jahr 2013 knapp 8 Mrd. € und werden über den Finanzplanzeitraum verstetigt.

Auch im Bereich der Arbeitslosenversicherung wirkt sich die weiterhin günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt positiv aus. Zudem tragen die strukturellen Auswirkungen des im November 2011 verabschiedeten Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt dazu bei, dass die Bundesagentur für Arbeit (BA) finanziell nachhaltig stabil aufgestellt ist. Dies macht sich auch auf der Einnahmen- und Ausgabenseite des Bundeshaushalts bemerkbar: Da die BA das Jahr 2011 bereits mit einem geringen Überschuss abgeschlossen hat, entfallen mithin auch die bisher im Finanzplan vorgesehenen Tilgungszahlungen der BA an den Bund für ein ursprünglich für das Jahr 2011 etatisiertes Darlehen aus dem Bundeshaushalt. In der Folge kommt es gegenüber dem bisherigen Finanzplan 2013 zu rechnerischen Mindereinnahmen von rund 2,5 Mrd. € und rund 800 Mio. € im Jahr 2014. Die BA wird im Haushaltsjahr 2013 und im

Finanzplanungszeitraum bis zum Jahr 2016 Überschüsse erzielen. Vor diesem Hintergrund ist die Streichung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Arbeitsförderung bei gleichzeitigem Wegfall des von der BA an den Bund zu leistenden Eingliederungsbeitrags vorgesehen. Auch nach der Umsetzung dieser Maßnahmen wird die BA voraussichtlich Rücklagen aufbauen und folglich kein Darlehen des Bundes benötigen.

Familienpolitik

Die Ausgaben im Etat des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend steigen im Jahr 2013 gegenüber dem bislang geltenden Finanzplan von 6,5 Mrd. € auf 7,1 Mrd. € an.

Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf den Mehrbedarf beim Elterngeld und die Einführung des Betreuungsgelds zurückzuführen. Der Ansatz für das Elterngeld berücksichtigt mit 4,9 Mrd. € die verstärkte Inanspruchnahme durch die Väter sowie die allgemeine Einkommensentwicklung der Eltern. Zur stufenweisen Einführung des Betreuungsgelds für Kinder von ein bis drei Jahren, für die kein öffentlich geförderter Betreuungsplatz in Anspruch genommen wird, liegt ein Gesetzentwurf vor. Danach wird die neue Leistung ab dem 1. Januar 2013 für Eltern von Kindern, die ab dem 1. Januar 2012 geboren werden, eingeführt. Im Jahr 2013 ist eine monatliche Zahlung von 100 € pro Kind vorgesehen, ab dem Jahr 2014 soll die monatliche Zahlung 150 € betragen. Der Gesetzentwurf weist Ausgaben von 300 Mio. € im Jahr 2013, rund 1,1 Mrd. € im Folgejahr und rund 1,2 Mrd. € ab dem Jahr 2015 aus, die in den Einzelplan 17 übernommen wurden. Im Einzelplan 60 ist ab dem Jahr 2014 eine Globale Minderausgabe in Höhe der Nettobelastung des Bundes ausgebracht.

Zudem werden die im Bundeskinderschutzgesetz unter Berücksichtigung des Vermittlungsergebnisses vom 14. Dezember 2011 vorgesehenen höheren Ausgaben für Familienhebammen,

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2013 UND FINANZPLAN BIS 2016

die Gewährung von Zuschüssen bei ungewollter Kinderlosigkeit, die verstärkte Förderung von Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie und die beiden Entschädigungsfonds für die Heimkinder West und Ost berücksichtigt. Bei den Jugendfreiwilligendiensten und dem Bundesfreiwilligendienst wird wie schon im Jahr 2012 der hohen Nachfrage nach Plätzen Rechnung getragen. Beim Bundesfreiwilligendienst können 35 000 Plätze gefördert werden. Bei den Jugendfreiwilligendiensten können in Abhängigkeit von den Eigenmitteln der Träger circa 50 000 Jugendliche gefördert werden.

Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Im Regierungsentwurf 2013 sind für den Haushalt (Einzelplan 10) des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) Ausgaben in Höhe von rund 5,3 Mrd. € vorgesehen.

Den Schwerpunkt bildet hierbei die Agrarsozialpolitik, für die im Jahr 2013 Ausgaben von rund 3,7 Mrd. € veranschlagt werden. Mit dem Gesetz zur Neuordnung der Organisation der landwirtschaftlichen Sozialversicherung wurde der rechtliche Rahmen für den Erhalt einer eigenständigen landwirtschaftlichen Sozialversicherung geschaffen. Um die Umsetzung der Organisationsreform finanziell zu flankieren, sind im Bundeshaushalt in den Jahren 2012 bis 2014 zusätzliche Mittel vorgesehen. Für die landwirtschaftliche Unfallversicherung sollen dementsprechend im Jahr 2013 insgesamt 150 Mio. € – und damit deutlich mehr als die ursprünglich geplanten 100 Mio. € – zur Verfügung gestellt werden.

Die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" behält mit einer Ausstattung seitens des Bundes in Höhe von effektiv 600 Mio. € ihren Stellenwert als bedeutsames förderpolitisches Instrument für die Agrarwirtschaft, den Küstenschutz sowie die ländlichen Räume. In der Verbraucherpolitik werden u. a. im Rahmen der Qualitätsoffensive Verbraucherfinanzen über die Erhöhung der Zuwendungen an die Stiftung Warentest um 1,5 Mio. € sowie der geplanten Bewilligung zusätzlichen Personals für die Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) deutliche Signale für mehr Transparenz und Verbraucherinformation bei Finanzprodukten gesetzt. Darüber hinaus ist die Verstärkung der Mittel für die Information der Verbraucher von bisher 20 Mio. € auf 25 Mio. € vorgesehen.

Auch in weiteren wichtigen Handlungsfeldern – insbesondere Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation – sind im Rahmen der Mittelausstattung des BMELV neue und zusätzliche Akzentuierungen geplant. Einen Schwerpunkt dabei bilden Modell- und Demonstrationsvorhaben im Bereich Tierschutz und Tierhaltung.

2.4 Steuereinnahmen

Die im Regierungsentwurf 2013 und im Finanzplan bis 2016 eingestellten Steuereinnahmen basieren auf den Ergebnissen der Steuerschätzung aus dem Mai 2012, der die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung zugrunde lagen. In dieser geht die Bundesregierung – nach der konjunkturellen Schwächephase im Schlussquartal des vergangenen Jahres - von einem Zuwachs des nominalen BIP in Höhe von 2,3% für das Jahr 2012 und in Höhe von 3,2% für das Jahr 2013 aus. Für den mittelfristigen Schätzzeitraum für die Jahre 2014 bis 2016 rechnet die Bundesregierung in ihrer Frühjahrsprojektion mit einem Anstieg des nominalen BIP um jährlich 3,0 %. Die als gesamtwirtschaftliche Bemessungsgrundlage für die Steuerschätzung besonders relevanten Bruttolöhne und -gehälter wurden dabei wegen der unerwartet deutlichen Verbesserung der Arbeitsmarktlage – erheblich nach oben korrigiert. Im Ergebnis wird mit moderaten Steuermehreinnahmen gegenüber der Schätzung vom November 2011 gerechnet.

So prognostiziert der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" – wie stets auf der

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2013 UND FINANZPLAN BIS 2016

Grundlage des geltenden Steuerrechts – für das laufende Jahr Steuereinnahmen in Höhe von insgesamt 596,5 Mrd. €, davon entfallen auf den Bund 252,3 Mrd. €. Diese Einschätzung hat ihren Niederschlag im Nachtrag zum Bundeshaushalt 2012 gefunden. Für die Folgejahre wird ein wachsendes Aufkommen erwartet: von 618,1 Mrd. € im Jahr 2013 (Bund: 260,1 Mrd. €) über 642,1 Mrd. € im Jahr 2014 (Bund: 270,5 Mrd. €) und 664,7 Mrd. € im Jahr 2015 (Bund: 278,7 Mrd. €) bis hin zu 687,3 Mrd. € im Jahr 2016 (Bund: 290,1 Mrd. €). Die Schätzansätze des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" für die Einzelsteuern wurden in den vorliegenden Entwurf des Bundeshaushalts 2013 und den Finanzplan bis 2016 übernommen.

2.5 Sonstige Einnahmen

Die sonstigen Einnahmen fallen im Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2013 gegenüber dem bisherigen Finanzplan um rund 6,7 Mrd. € geringer aus. Dies beruht vor allem auf folgenden Veränderungen:

Mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2013 fällt der von der Bundesagentur für Arbeit (BA) an den Bund zu entrichtende Eingliederungsbeitrag in Höhe von bisher rund 4 Mrd. € p. a. weg. Im bisherigen Finanzplan waren zudem Einnahmen aus der Rückzahlung eines Darlehens des Bundes an die BA in Höhe von 2,5 Mrd. € veranschlagt. Dieses Darlehen benötigte die BA jedoch nicht, sodass auch keine Rückeinnahme erfolgen kann.

In den beiden vergangenen Haushaltsjahren blieb der von der Bundesbank überwiesene Reingewinn teilweise deutlich unter den jeweiligen Ansätzen im Bundeshaushalt. Die Bundesbank hat angekündigt, auch im nächsten Jahresabschluss ihre Rückstellungen noch einmal zu erhöhen. Dies würde die Höhe des Bundesbankgewinns beeinträchtigen. Vor diesem Hintergrund senkt die Bundesregierung ihren Ansatz zum Bundesbankgewinn für das Jahr 2013 um 1 Mrd. € auf nunmehr 1,5 Mrd. € ab.

Gegenläufig wirkt sich die Abführung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben an den Bundeshaushalt aus, die trotz der künftig eigenfinanzierten Bauausgaben – als Folge des wachsenden Mietflächenbestandes - um rund 0,5 Mrd. € ansteigt.

3 Personal und Verwaltung

Bei der Aufstellung des Personalhaushalts gab erneut der Beschluss des Kabinetts vom 6./7. Juni 2010, wonach bis zum Jahr 2014 dauerhaft 10 000 Stellen abgebaut werden sollen, die Richtung vor. Dementsprechend wurden in den Verhandlungen zum Personalhaushalt neue Planstellen und Stellen (im Folgenden: Stellen) nur für Aufgabenfelder mit anerkannt hoher Bedeutung und unter Beachtung eines äußerst strengen und restriktiven Maßstabs bewilligt. Dies betrifft die prioritären Politikfelder "Bekämpfung des Rechtsextremismus" und "Energiewende" sowie die Intensivierung der Stilllegung der "Schachtanlage Asse". Zudem wurden verbindliche Zusagen aus vergangenen Haushaltsjahren nachvollzogen. Im Ergebnis wurden unter Berücksichtigung von Kompensationen durch den Wegfall von Stellen und der ausschließlich für Überhangpersonal ausgebrachten Stellen insgesamt rund 820 Stellen neu ausgebracht.

Auf dieser Grundlage wird die Bundesregierung mit dem Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2013 ihre im Sommer 2010 definierte Zielsetzung – Einsparung von mehr als 10 000 Planstellen und Stellen bis 2014 – erfolgreich umsetzen. Der Stellenbestand des Bundes wird im Haushalt 2013 unter Berücksichtigung der gesetzlichen Einsparungen aus dem Jahr 2012 und der für Überhangpersonal ausgebrachten Stellen voraussichtlich 251 289 Stellen betragen. Gegenüber dem Haushalt 2010 (262 661 Stellen) wird sich damit der Stellenbestand um mehr als 10 000 Stellen verringern. Mit Blick auf dieses Ergebnis kann auf eine gesetzliche pauschale Stelleneinsparung verzichtet werden.

Dieser Verzicht bedeutet gleichwohl nicht, dass die weiterhin erforderliche Konsolidierung

REGIERUNGSENTWURF ZUM BUNDESHAUSHALT 2013 UND FINANZPLAN BIS 2016

des Stellenbestandes aufgegeben wird. Vielmehr wird sich der Stellenbestand des Bundes auch zukünftig merklich verringern: Durch die Fortsetzung der Stelleneinsparung in Höhe von 0,4% der Planstellen aufgrund der Verlängerung der Arbeitszeit für Beamte, durch das Wirksamwerden einer Vielzahl von kw-Vermerken sowie vor allem durch die Auswirkungen der Strukturreform der Bundeswehr wird der Stellenbestand zukünftig deutlich zurückgehen. So wird die Bundeswehrreform mit einer Verringerung der Haushaltsstellen für das Zivilpersonal um 21 000 Stellen einhergehen. Ein Großteil dieser Stellen wird – neben der bedarfsgerechten Umsetzung in andere Bereiche des Öffentlichen Dienstes – in Abgang gestellt.

4 Sondervermögen "Energieund Klimafonds"

Die Bundesregierung verfolgt mit der Energiewende das Ziel, in Zukunft eine klima- und umweltverträgliche, zuverlässige sowie wirtschaftliche Energieversorgung sicherzustellen. So werden durch den beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergie und den damit erforderlichen Umbau der Energieversorgung in den nächsten Jahren erhebliche Investitions- und Forschungsmaßnahmen erforderlich. Gleichzeitig setzt das Energiekonzept der Bundesregierung aber auch Schwerpunkte bei der Steigerung der Energieeffizienz und bei der Energieeinsparung sowie bei der Erforschung neuer Antriebs- und Speichertechnologien. Zudem steht Deutschland zu seinen Verpflichtungen, auch international den Umwelt- und Klimaschutz in Entwicklungsländern zu unterstützen.

Für die Umsetzung dieser Ziele steht in den Jahren 2013 bis 2016 im Wirtschaftsplan des Sondervermögens "Energie- und Klimafonds" (EKF) ein Gesamtvolumen von knapp 9,7 Mrd. € zusätzlich zu den im Bundeshaushalt veranschlagten Mitteln zur Verfügung (siehe Tabelle 3).

Im Wirtschaftsplan für das Jahr 2013 werden die für die Umsetzung der Energiewende elementaren Vorhaben in den Bereichen "erneuerbare Energien" und "Energieeffizienz" gegenüber den Vorjahren deutlich aufgestockt. Allein für Ausgaben für Forschung und Entwicklung in den vorgenannten Bereichen stehen im nächsten Jahr rund 180 Mio. € zusätzlich zu den im Bundeshaushalt veranschlagten Ausgabemitteln zur Verfügung.

Daneben wird das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im Jahr 2013 mit zusätzlichen Programmmitteln in Höhe von 1,5 Mrd. € aus dem EKF ausgestattet. Hierdurch werden die klima- und energiepolitischen Ziele der Bundesregierung im Gebäudebereich umgesetzt und erhebliche Investitionen in der Bauwirtschaft angestoßen.

Für den internationalen Klimaschutz stehen im Jahr 2013 allein 394 Mio. € zur Verfügung. Mit den Mitteln sollen dringend benötigte, zusätzliche bilaterale und multilaterale Maßnahmen zur Treibhausgasminderung, zur Anpassung an den Klimawandel sowie zum Schutz der Wälder und der Biodiversität in Partnerländern finanziert werden.

Tabelle 3: Entwicklung der Einnahmen des Sondervermögens "Energie- und Klimafonds" in Mio. €

Jahr	2013	2013 2014 2015		2016		
	in Mio. €					
Prognostizierte Einnahmen	2 180	2 400	2 500	2 600		
auf Preisbasis p. t. CO ₂	10,0	11,2	11,8	12,4		

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2012

Das Europäische Semester 2012

- Mit dem Europäischen Semester wird die finanz-, wirtschafts- und beschäftigungspolitische Überwachung auf europäischer Ebene miteinander verknüpft. Im Zentrum des Europäischen Semesters stehen die länderspezifischen Empfehlungen an die Mitgliedstaaten.
- In den länderspezifischen Empfehlungen adressiert der Europäische Rat die jeweiligen finanz-, wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Herausforderungen in den Mitgliedstaaten. Sie stellen operative, nicht rechtsverbindliche Leitlinien für Reformmaßnahmen zur Haushaltskonsolidierung sowie zur Förderung von Potenzialwachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung dar.
- Die Mitgliedstaaten sind gefordert, bei ihren anstehenden Entscheidungen über Haushalte,
 Strukturreformen und Beschäftigungspolitik die länderspezifischen Empfehlungen zu berücksichtigen und umzusetzen.

1	Zielsetzung und Ablauf des Europäisches Semesters	20
	Die Umsetzung des Europäischen Semesters 2012 – Phase I	
2.1	Jahreswachstumsbericht 2012 der EU-Kommission	22
2.2	Der Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates: Verabschiedung horizontaler politischer Leitlinien .	23
	Die Umsetzung des Europäischen Semesters 2012 – Phase II	
3.1	Die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme und Nationalen Reformprogramme	24
		24

1 Zielsetzung und Ablauf des Europäisches Semesters

Im Juni 2010 hat der Europäische Rat das Konzept des "Europäischen Semesters" beschlossen, das die wirtschafts-, finanz- und beschäftigungspolitische Koordinierung im Rahmen der Strategie EU2020 zusammenführt und zur besseren Durchsetzung notwendiger Reformen beitragen soll. Beim Europäischen Semester handelt es sich um einen mit dem Jahresbeginn einsetzenden Sechsmonatszyklus, an dessen Ende die Mitgliedstaaten im Vorfeld ihrer nationalen Haushaltsverfahren politische Leitlinien und Empfehlungen erhalten. Damit wird der Koordinierung und Überwachung der Wirtschaftspolitik in der EU eine stärkere exante-Dimension verliehen. Das Europäische Semester wurde 2012 zum zweiten Mal durchgeführt.

Das Europäische Semester beginnt mit dem Jahreswachstumsbericht, den die EU-Kommission am Anfang des Jahres erstellt. Darin benennt sie die wichtigsten finanz-, wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Herausforderungen in der EU und empfiehlt vorrangige Maßnahmen zu deren Bewältigung. Gestützt auf diesen Bericht formuliert der Europäische Rat auf seiner Frühjahrstagung horizontale Leitlinien, die den Mitgliedstaaten als Orientierung dienen sollen. Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, diese Leitlinien bei der Ausarbeitung ihrer mittelfristigen Haushaltsstrategien im Rahmen der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme (SCP) zu berücksichtigen sowie in ihren Nationalen Reformprogrammen (NRP) die geplanten beziehungsweise umgesetzten Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele der EU2020-Strategie, zur Umsetzung der Integrierten Leitlinien und gegebenenfalls der Selbstverpflichtungen im Rahmen des Euro-Plus-Paktes darzulegen.

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2012

Beide nationalen Programme werden der EU-Kommission bis spätestens Mitte/Ende April übermittelt. Im Juni beraten der Rat "Wirtschaft und Finanzen" (ECOFIN) und der Rat "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz" (EPSCO) – ausgehend von einem Vorschlag der EU-Kommission – länderspezifische Empfehlungen zu den SCPs und NRPs. Diese werden Ende Juni vom Europäischen Rat gebilligt und anschließend formal vom Rat angenommen (Abbildung 1).

Abbildung 1: Zeitplan und Ablauf des Europäischen Semesters Januar Februar März April Mai Juni Juli KOM verabschiedet Empfehlungen für die Einschätzungen Europäische des Rates zu den SCPs und Kommission **Jahreswachstumsbericht** länderspezifische Empfehlungen Rat verabschiedet Einschät-**Ministerrat** zungen zu den SCPs und länderspezifische Empfehlungen Debatte und Orientierungen **Europäisches Parlament** Debatte und Orientierungen Billigung der Europäischer Jährlicher Frühjahrsgipfel, länderspezifischen Rat Leitlinien für die Politik Empfehlungen Verabschiedung der nationalen Mitgliedstaaten und Konvergenzprogramme (SCPs) Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2012

2 Die Umsetzung des Europäischen Semesters 2012 – Phase I

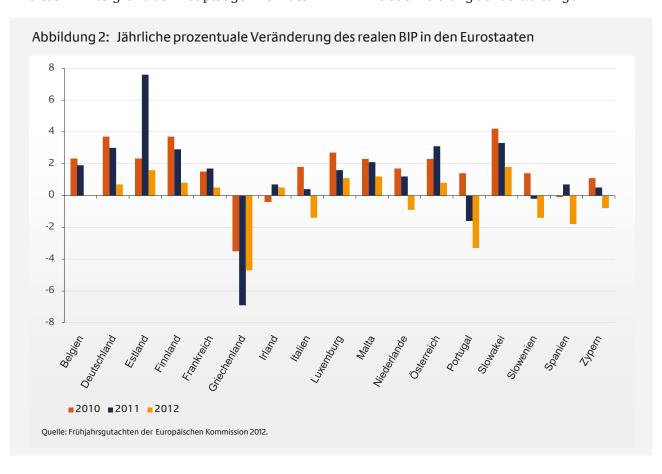
2.1 Jahreswachstumsbericht 2012 der EU-Kommission

Die EU-Kommission hat mit der Vorlage ihres Jahreswachstumsberichts (Ende November 2011) das Europäische Semester 2012 eingeleitet. Der Bericht identifiziert die aus Sicht der EU-Kommission wichtigsten horizontalen finanz-, wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Herausforderungen in der EU. Die EU-Kommission legt einen verstärkten Fokus auf die Umsetzung des für Wachstumssteigerung und Konsolidierung erforderlichen Politikwandels. Sie legt vor diesem Hintergrund den Hauptaugenmerk des

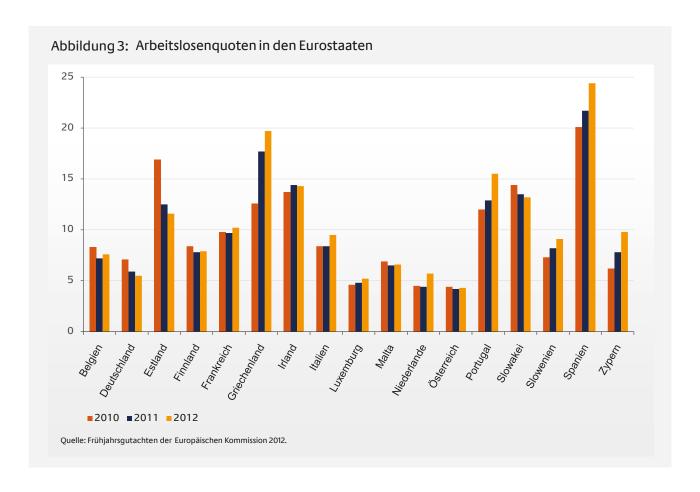
Berichts auf die Implementierung wirtschaftsund finanzpolitischer Strukturreformen.

Die EU-Kommission benennt als zentrale Handlungsfelder (mit konkreten Maßnahmen) die

- Fortsetzung einer wachstumsorientierten Konsolidierung, einschließlich Steuerpolitik
- Wiederherstellung einer normalen Kreditvergabe an die Wirtschaft
- Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Bewältigung der sozialen Folgen der Krise
- Modernisierung der Verwaltungen



DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2012



2.2 Der Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates: Verabschiedung horizontaler politischer Leitlinien

Der Europäische Rat hat auf seiner Frühjahrstagung am 1. und 2. März 2012 u. a. Schlussfolgerungen zur europäischen Wirtschaftspolitik verabschiedet. Er billigt darin die fünf im Jahreswachstumsbericht der EU-Kommission genannten Prioritäten für 2012 und betont die Dringlichkeit der Umsetzung von - zum Teil bereits beschlossenen -Strukturreformen in den Mitgliedstaaten. Die Staats- und Regierungschefs bekräftigen zudem den zweigleisigen Ansatz, wonach sowohl Maßnahmen zur Gewährleistung der Finanzstabilität und der Haushaltskonsolidierung als auch zur Förderung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung erforderlich sind. Der Fokus sollte hier insbesondere auf Maßnahmen gelegt

werden, die das Wachstumspotenzial stärken und bereits kurzfristig Wachstumsund Beschäftigungsimpulse entfalten (Abbildungen 2 und 3).

Angemahnte Maßnahmen auf nationaler Ebene betreffen die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt, die Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen und der Selbstverpflichtungen aus dem Euro-Plus-Pakt sowie Maßnahmen im Kontext des neuen Verfahrens zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte.

Ein besonderer Fokus der Schlussfolgerungen liegt – unter Bezug auf das Statement der Staats- und Regierungschefs zum Informellen Europäischen Rat am 30. Januar – abermals auf der Steigerung von Beschäftigung. Im Januar hatten die Staats- und Regierungschefs vereinbart, dass sich mit dem Ziel einer Stärkung des Wachstumspotenzials die Bemühungen

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2012

zuvörderst auf die drei Bereiche Stimulierung von Beschäftigung, insbesondere von jungen Menschen, Förderung der Finanzierung der Wirtschaft, insbesondere kleiner und mittelständischer Unternehmen, und Vollendung des Binnenmarktes konzentrieren sollen.

In den Schlussfolgerungen genannte
Maßnahmen auf EU-Ebene betreffen
insbesondere die weitere Entwicklung
des Binnenmarktes, insbesondere auch
im Energiebereich, den Ausbau des
digitalen Binnenmarktes, den Abbau von
Bürokratieaufwand, die Beseitigung von
Handelshemmnissen sowie Förderung
von Forschung und Innovation. Weitere
Maßnahmen betreffen die Steuerpolitik sowie
die Finanzmarkt- und Bankenregulierung.

3 Die Umsetzung des Europäischen Semesters 2012 – Phase II

3.1 Die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme und Nationalen Reformprogramme

Gemäß den Bestimmungen des präventiven Arms des Stabilitäts- und Wachstumspakts haben die Mitgliedstaaten des Euroraums ihre Stabilitätsprogramme und die übrigen Mitgliedstaaten ihre Konvergenzprogramme bis Ende April der EU-Kommission und dem ECOFIN-Rat vorgelegt. In den SCPs wird insbesondere die finanzpolitische Strategie der Mitgliedstaaten dargestellt, die zur Erfüllung des jeweiligen mittelfristigen Haushaltsziels des präventiven Arms des Stabilitäts- und Wachstumspakts führt. In den zeitgleich vorgelegten NRPs haben die Mitgliedstaaten dargestellt, welche Reformmaßnahmen sie zur Erreichung der EU2020-Ziele und zur Umsetzung der Integrierten Leitlinien (Grundzüge der Wirtschaftspolitik, beschäftigungspolitische Leitlinien), der länderspezifischen Empfehlungen und gegebenenfalls der Selbstverpflichtungen aus dem Euro-Plus-Pakt ergriffen beziehungsweise umgesetzt haben.

3.2 Paket der EU-Kommission zum Europäischen Semester 2012

Am 30. Mai 2012 legte die EU-Kommission das Gesamtpaket zum Europäischen Semester 2012 vor.¹ Es umfasst drei Komponenten:

- Vorschläge für die länderspezifischen Empfehlungen an die EU-27 und den Euroraum
- 2. Ergebnisse der eingeleiteten Untersuchungen im Rahmen des Verfahrens zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte
- Mitteilungen, die über das Europäische Semester hinaus horizontale Schlussfolgerungen für die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion formulieren

Im Rahmen des Gesamtpakets empfahl die EU-Kommission darüber hinaus, das Verfahren wegen übermäßigen Defizits gegen Deutschland und Bulgarien einzustellen. Die EU-Kommission legte zudem einen Vorschlag für einen Beschluss des Rates vor, demzufolge Ungarn wirksame Maßnahmen zur Korrektur seines übermäßigen Defizits ergriffen hat und die Aussetzung der Kohäsionsfondmittel für 2013 aufgehoben wird.

Länderspezifische Empfehlungen der EU-Kommission

Die länderspezifischen Empfehlungen sollen eine Hilfestellung der EU für die nationale Politik darstellen, bei gleichzeitiger Wahrung der nationalen Zuständigkeit für die Finanzund Wirtschaftspolitik. Die länderspezifischen Empfehlungen stützen sich auf eine Analyse der Lage jedes Mitgliedstaates sowie auf die Umsetzung der Vorjahresempfehlungen. Die EU-Kommission betont die unterschiedlichen

¹ URL: http://ec.europa.eu/europe2020/makingit-happen/country-specific-recommendations/ index_en.htm

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2012

Ausgangssituationen in den Mitgliedstaaten. Daher seien in den Empfehlungen die jeweiligen Stärken und Schwächen der einzelnen Mitgliedstaaten berücksichtigt worden.

Die EU-Kommission arbeitet in ihrer Analyse für das Europäische Semester 2012 heraus, dass die neue wirtschaftspolitische Steuerung der EU beginnt, Wirkung zu zeigen, und den Mitgliedstaaten hilft, sich auf die wesentlichen Reformen zu konzentrieren, die nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze hervorbringen werden. Die Mitgliedstaaten ergreifen notwendige Maßnahmen zur Beseitigung der Ungleichgewichte in den öffentlichen Finanzen und zur Gewährleistung der Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte. Die Arbeitslosigkeit, allen voran die Jugendarbeitslosigkeit, sei jedoch ein ernstes Problem, das sich nur langfristig lösen lässt. Die EU-Kommission empfiehlt, entschlossen zu handeln, um die Beschäftigungsquote und die Produktivität zu erhöhen und die Qualifikationen sowie die Ausbildung besser auf den Bedarf auf dem Arbeitsmarkt abzustellen.

Die EU-Kommission konstatiert einerseits deutliche Reformanstrengungen, aber auch Umsetzungsdefizite. Besonders die Programmländer und die Länder, die unter genauer Marktbeobachtung stehen, haben umfassende Strukturreformen, darunter auch Arbeitsmarktreformen eingeleitet. Diese Anstrengungen sind für die Konjunkturerholung und dauerhaftes Wachstum unerlässlich und tragen zur Verringerung der makroökonomischen Ungleichgewichte in Europa bei. Die EU-Kommission weist jedoch darauf hin, dass in der gesamten EU noch mehr getan werden muss, damit sich das Wachstumspotenzial entfalten kann, Möglichkeiten für die Unternehmensentwicklung entstehen, das Potenzial für die Schaffung von Arbeitsplätzen genutzt wird und sich das Innovationsniveau verbessert.

Die von der EU-Kommission vorgelegten Empfehlungen enthalten operative Leitlinien für die Mitgliedstaaten zur Vorbereitung ihrer Haushaltsstrategien und für Wirtschaftsreformen, die in den kommenden zwölf Monaten in die Wege geleitet beziehungsweise umgesetzt werden sollen, um die Haushalte zu konsolidieren, das Potenzialwachstum und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu fördern sowie Arbeitsplätze zu schaffen. Rechtsgrundlage bilden zum einen Artikel 121 (2) und 148 (4) AEUV für die wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Empfehlungen sowie die Vorschriften des Stabilitäts- und Wachstumspaktes für die finanzpolitischen Empfehlungen.

Die EU-Kommission hat Empfehlungen für die 27 EU-Mitgliedstaaten sowie für den Euroraum als Ganzes ausgesprochen, die zwischen den Mitgliedstaaten nach dem Grad der jeweiligen finanz-, wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Herausforderungen differenzieren. So unterscheiden sich etwa die Anzahl, aber auch Duktus und Konkretheitsgrad der Empfehlungen. Einigen Mitgliedstaaten werden dabei sehr weitreichende und detaillierte Reformempfehlungen aufgezeigt. Die wenigsten Empfehlungen haben Deutschland und Schweden erhalten (vier Empfehlungen). Fünf Empfehlungen wurden an Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Luxemburg und die Niederlande ausgesprochen. Die Tschechische Republik, Großbritannien, Italien, Litauen, Malta und Polen erhielten sechs Empfehlungen. An Österreich, Belgien, Bulgarien, Zypern, Spanien, Ungarn, Lettland, die Slowakei und Slowenien wurden sieben und mehr Empfehlungen ausgesprochen. Die Programmländer Griechenland, Irland, Portugal und Rumänien erhalten lediglich die Empfehlung, ihre Anpassungsprogramme umzusetzen. Exemplarisch enthält Anlage 1 eine Zusammenfassung der länderspezifischen Empfehlungen für Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und Großbritannien.

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2012

Länderspezifische Empfehlungen zur Berücksichtigung der Ergebnisse aus den eingehenden Untersuchungen der EU-Kommission im Rahmen des Verfahrens zur Vermeidung und Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte

Die EU-Kommission hat ihre Arbeiten an den vertieften Analysen, die sie im Rahmen des neuen Verfahrens zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte durchgeführt hat, zeitgleich mit der Prüfung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme beziehungsweise der Nationalen Reformprogramme abgeschlossen. Den Kreis der Mitgliedstaaten, für die eine vertiefte Analyse grundsätzlich für notwendig befunden worden war, hatte sie bereits im Februar 2012 bei der Vorlage ihres Frühwarnberichts ("Alert Mechanism Report") identifiziert. Die Ergebnisse ihrer Untersuchungen hat die EU-Kommission in speziellen Berichten niedergelegt und die

daraus gezogenen Schlussfolgerungen in die länderspezifischen Empfehlungen für die betreffenden Mitgliedstaaten einfließen lassen.

Die EU-Kommission kommt zu dem Schluss. dass die näher untersuchten Mitgliedstaaten mit Ungleichgewichten von unterschiedlicher Schwere zu kämpfen haben, diese aber in keinem Land als übermäßig hoch ("exzessiv") anzusehen sind. Bis auf Weiteres sieht die EU-Kommission eine Beaufsichtigung im präventiven Arm des Verfahrens daher als ausreichend an. Bei ihrer Beurteilung trifft die EU-Kommission folgende Unterscheidung: Sie identifiziert sehr schwerwiegende Ungleichgewichte im Falle von Spanien und Zypern ("very serious imbalances"), schwerwiegende Ungleichgewichte im Falle von Frankreich, Italien, Ungarn, Slowenien ("serious imbalances") und Ungleichgewichte (ohne näher benanntes Ausmaß) im Falle von Belgien, Bulgarien, Dänemark, Großbritannien, Schweden und Finnland. Für Deutschland sieht die EU-Kommission keine Erfordernis für eine vertiefte Analyse.

Anlage 1:

Zusammenfassung der länderspezifischen Empfehlungen 2012 für Deutschland

- Weiterhin eine solide Finanzpolitik betreiben, um das mittelfristige Haushaltsziel bis 2012 zu erreichen; Haushaltsstrategie wie geplant umsetzen; an einem wachstumsfreundlichen Konsolidierungskurs festhalten; zusätzliche Anstrengungen unternehmen, um die Effizienz des Gesundheitswesens zu erhöhen; die noch ungenutzten Möglichkeiten für ein effizienteres Steuersystem ausschöpfen; vorhandenen Spielraum nutzen, damit erhöhte und effizientere wachstumsfördernde Ausgaben für Bildung und Forschung getätigt werden; die Schuldenbremse in allen Bundesländern umsetzen und Kontrollverfahren und Korrekturmechanismen sicherstellen.
- 2. Verbleibende strukturelle Schwächen im Finanzsektor angehen; Umstrukturierung derjenigen Landesbanken, die ein angemessen finanziertes und rentables Geschäftsmodell benötigen; übermäßigen Abbau von fremdkapitalfinanzierten Bilanzpositionen vermeiden.
- 3. Steuer- und Abgabenlast vor allem für Geringverdiener in einer haushaltsneutralen Weise verringern; geeignete Aktivierungs- und Integrationsmaßnahmen insbesondere für Langzeitarbeitslose aufrechterhalten; Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Lohnentwicklung mit dem Produktivitätszuwachs Schritt hält; Maßnahmen ergreifen, um das Bildungsniveau benachteiligter Bevölkerungsgruppen anzuheben; fiskalische Fehlanreize für Zweitverdiener abschaffen; Zahl der Ganztagskindertagesstätten und -schulen erhöhen.

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2012

4. Gesamtwirtschaftlichen Kosten des Umbaus des Energiesystems so gering wie möglich halten; sicherstellen, dass der institutionelle Rahmen für einen wirksamen Wettbewerb im Schienenverkehr gewährleistet wird; Wettbewerb im Dienstleistungssektor weiter fördern, einschließlich der freien Berufe und bestimmter Handwerke, insbesondere im Baugewerbe.

Zusammenfassung der länderspezifischen Empfehlungen 2012 für Frankreich

- 1. Die Haushaltsstrategie für das Jahr 2012 ausbauen und umsetzen; Gewährleistung einer Korrektur des übermäßigen Defizits bis 2013; angemessene Bemühungen um strukturelle Anpassung sicherstellen, damit das Land sowohl bei der Erreichung des mittelfristigen Haushaltsziels, als auch bei der Erreichung des Richtwerts für den Schuldenabbau ausreichende Fortschritte macht; Überprüfung der Tragfähigkeit und Angemessenheit des Rentensystems fortsetzen und erforderlichenfalls zusätzliche Maßnahmen treffen.
- 2. Weitere Reformen einführen, um der Segmentierung des Arbeitsmarktes durch die Überprüfung ausgewählter Aspekte der Beschäftigungsschutzvorschriften in Konsultation mit den Sozialpartnern gemäß den nationalen Gepflogenheiten entgegenzuwirken; dauerhaft sicherstellen, dass etwaige Entwicklungen beim Mindestlohn der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Wettbewerbsfähigkeit förderlich sind; Maßnahmen zur Förderung der Inanspruchnahme des lebenslangen Lernens ergreifen.
- 3. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen beschließen, um dafür zu sorgen, dass ältere Arbeitskräfte länger beschäftigt bleiben; die Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen verbessern; die Arbeitsmarktpolitik intensivieren und sicherstellen, dass die staatlichen Arbeitsvermittlungsdienste wirkungsvoller dem einzelnen Betroffenen helfen.
- 4. Weitere Schritte zur Einführung eines einfacheren und ausgeglicheneren Steuersystems ergreifen, bei dem die steuerliche Belastung der Arbeit zunehmend durch andere Besteuerungsarten ersetzt wird, die das Wachstum und die außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit weniger beeinträchtigen; Anstrengungen zum Abbau und zur Eingrenzung von Steuervergünstigungen fortsetzen; Wirksamkeit der derzeit ermäßigten Mehrwertsteuersätze im Hinblick auf die Wachstums- und Beschäftigungsförderung überprüfen.
- 5. Anstrengungen zur Beseitigung ungerechtfertigter Beschränkungen bei reglementierten Gewerben und Berufen weiterführen; weitere Schritte zur Liberalisierung der netzgebundenen Industrien, zum Ausbau der Energieverbundnetzkapazitäten und zur Erleichterung des Zugangs neuer Betreiber zum Güterverkehr und zur grenzüberschreitenden Personenbeförderung ergreifen.

Zusammenfassung der länderspezifischen Empfehlungen 2012 für Italien

- 1. Haushaltsstrategie wie geplant umsetzen und Korrektur des übermäßigen Defizits im Jahr 2012 gewährleisten; geplante strukturelle Primärüberschüsse sicherstellen; angemessene Annäherung an das mittelfristige Haushaltsziel sicherstellen und gleichzeitig den Richtwert für die Ausgaben einhalten; ausreichende Fortschritte im Hinblick auf die Einhaltung des Richtwerts für den Schuldenabbau erzielen.
- 2. Gewährleisten, dass die Konkretisierung der zentralen Merkmale der in der Verfassung niedergelegten Regel des ausgeglichenen Haushalts in den Durchführungsvorschriften mit dem

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2012

EU-Rahmen in Einklang steht; durch die geplante Überprüfung der Ausgaben und die Umsetzung des Kohäsionsaktionsplans 2011, mit dem der Einsatz und die Verwaltung von EU-Mitteln verbessert werden soll, eine dauerhafte Verbesserung der Effizienz und Qualität der öffentlichen Ausgaben verfolgen.

- 3. Weitere Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit ergreifen, unter anderem durch Verbesserung der Arbeitsmarktrelevanz der Bildung, Erleichterung des Einstiegs ins Berufsleben, auch über Anreize für Unternehmensneugründungen und Einstellung von Personal; die landesweite Anerkennung von Fähigkeiten und Qualifikationen durchsetzen; Maßnahmen zur Reduzierung der Studienabbruchquote treffen und den Schulabbruch bekämpfen.
- 4. Arbeitsmarktreform beschließen, um der Segmentierung des Arbeitsmarkts entgegenzuwirken und ein integriertes System der Arbeitslosenunterstützung einrichten; weitere Maßnahmen ergreifen, um Anreize für die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu schaffen; Umsetzung des neuen Lohnfindungsrahmens überwachen und erforderlichenfalls verstärken.
- 5. Steuerhinterziehung weiter bekämpfen; weiter gegen die Schattenwirtschaft und die Schwarzarbeit vorgehen; Maßnahmen ergreifen, um den Umfang der Steuerbefreiungen und der Steuervergünstigungen sowie der reduzierten Mehrwertsteuersätze zu verringern; das Steuerrecht vereinfachen; die Steuerlast von den Faktoren Kapital und Arbeit auf Eigentum und Verbrauch sowie die Umwelt verlagern.
- 6. Beschlossene Liberalisierungs- und Vereinfachungsmaßnahmen im Dienstleistungssektor umsetzen; Marktzugang in den netzgebundenen Wirtschaftszweigen sowie die Kapazität der Infrastruktur und die Vernetzung verbessern; das Regulierungsumfeld für Unternehmen vereinfachen; Kapazität der Verwaltung stärken; Zugang zu Finanzinstrumenten verbessern; geplante Neuorganisation der Zivilgerichtsbarkeit umsetzen und die Nutzung alternativer Streitbeilegungsverfahren fördern.

Zusammenfassung der länderspezifischen Empfehlungen 2012 für Spanien

- 1. In der Empfehlung des Rates im Rahmen des Defizitverfahrens vorgesehene jährliche durchschnittliche strukturelle Haushaltskonsolidierung von über 1,5 % des BIP im Zeitraum von 2010 bis 2013 erreichen, indem die im Haushaltsplan für 2012 verabschiedeten Maßnahmen umgesetzt werden und der angekündigte mehrjährige Haushaltsplan für 2013 bis 2014 bis Ende Juli 2012 verabschiedet wird; Maßnahmen auf regionaler Ebene in Einklang mit den gebilligten Plänen zur Haushaltsjustierung annehmen und umsetzen und die neuen Bestimmungen des Gesetzes über die Haushaltsstabilität zur Transparenz und zur Kontrolle des Haushaltsvollzugs strikt anwenden sowie weiterhin für eine rechtzeitigere und genauere Finanzberichterstattung auf allen staatlichen Ebenen sorgen; eine unabhängige Einrichtung für Analyse, Beratung und Überwachung im Bereich der Haushaltspolitik schaffen; Reformen im öffentlichen Sektor durchführen, um Effizienz und Qualität der öffentlichen Ausgaben auf allen staatlichen Ebenen zu verbessern.
- 2. Dafür sorgen, dass bei der Regelung des Nachhaltigkeitsfaktors das Renteneintrittsalter entsprechend der höheren Lebenserwartung angehoben wird und die allgemeine Beschäftigungsstrategie für ältere Arbeitnehmer mit konkreten Maßnahmen zur Weiterentwicklung des lebenslangen Lernens, zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zur Wiedereingliederung dieser Gruppe in den Arbeitsmarkt untermauern.

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2012

- 3. Steuersystem einführen, das mit den Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung in Einklang steht und wachstumsfreundlicher ist, insbesondere die niedrigen Einnahmen aus der Mehrwertsteuer durch eine Verbreiterung der Mehrwertsteuerbemessungsgrundlage erhöhen; steuerliche Regelungen abbauen, die die Verschuldung und den Erwerb von Wohnraum begünstigen.
- 4. Reform des Finanzsektors umsetzen, insbesondere die laufende Umstrukturierung des Bankensektors dadurch ergänzen, dass die Lage der verbleibenden schwächelnden Institute in Angriff genommen wird, eine umfassende Strategie zum effektiven Umgang mit illiquiden Vermögenswerten in den Bilanzen der Banken vorlegen sowie eine klare Haltung zur Finanzierung und Nutzung von Backstop-Fazilitäten festlegen.
- 5. Arbeitsmarktreformen umsetzen und weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Wirksamkeit der aktiven Arbeitsmarktpolitik ergreifen, indem diese zielgerichteter gestaltet, die Nutzung von Fortbildungs-, Beratungs- und Arbeitsvermittlungsdiensten intensiviert, ihre Verbindung zu passiven Maßnahmen gestärkt und die Abstimmung zwischen nationalen und regionalen staatlichen Arbeitsverwaltungen, unter anderem der Austausch von Informationen über offene Stellen, verbessert wird.
- 6. Ausgabenprioritäten überprüfen und die Mittel umwidmen, um den Zugang der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu Finanzmitteln, Forschung und Innovation und junge Menschen zu unterstützen; den Jugendaktionsplan umsetzen und die Anstrengungen zur Senkung der Schulabbruchquote verstärken sowie die Teilnahme an der beruflichen Aus- und Fortbildung durch Präventions-, Interventions- und Ausgleichsmaßnahmen erhöhen.
- 7. Beschäftigungsfähigkeit benachteiligter Gruppen verbessern, verbunden mit effektiven Diensten zur Unterstützung von Kindern und Familien, um die Situation armutsgefährdeter und/oder von sozialer Ausgrenzung bedrohter Menschen zu verbessern und somit das Wohlergehen der Kinder zu bewirken.
- 8. Weitere Maßnahmen zur Öffnung der freiberuflichen Dienstleistungen, auch bei den stark reglementierten Berufen, ergreifen, die Bearbeitungsdauer bei der Erteilung einer Gewerbeerlaubnis verkürzen und die Hindernisse bei der Aufnahme einer Geschäftstätigkeit aufgrund der zahlreichen und einander überschneidenden Regelungen, die auf den verschiedenen staatlichen Ebenen erlassen wurden, beseitigen; den Ausbau der Verbundnetze für Strom und Gas zu den Nachbarländern abschließen und das Defizit im Bereich der Stromtarife umfassend beheben.

Zusammenfassung der länderspezifischen Empfehlungen 2012 für Großbritannien

- 1. Haushaltsstrategie für das Haushaltsjahr 2012/13 und darüber hinaus in vollem Umfang umsetzen und stärken, um eine Korrektur des übermäßigen Defizits und die Einhaltung der in der Empfehlung des Rates zum Verfahren bei einem übermäßigen Defizit festgelegten Anpassungsanstrengungen zu gewährleisten sowie einen dauerhaften Abwärtskurs für die hohe Schuldenquote einzuschlagen; wachstumsfördernden Ausgaben Vorrang einräumen.
- 2. Destabilisierende Auswirkungen hoher und volatiler Häuserpreise sowie einer hohen Verschuldung privater Haushalte bekämpfen; weitere Reformen der Immobilienmarkts, einschließlich der Hypotheken- und Mietmärkte, der Regulierung des Finanzmarkts und der

DAS EUROPÄISCHE SEMESTER 2012

Vermögensteuer durchführen, mit dem Ziel, übermäßige Volatilität und Verzerrungen des Immobilienmarkts zu verhindern.

- 3. Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen; sicherstellen, dass mehr junge Menschen an einem Ausbildungsprogramm teilnehmen, das in ausreichendem Maß den Schwerpunkt auf fortgeschrittene Fertigkeiten und höhere Qualifikationen legt sowie kleine und mittlere Unternehmen stärker einbindet; Maßnahmen ergreifen, um den hohen Anteil junger Menschen im Alter von 18 bis 24 Jahren mit sehr schlechten Grundfertigkeiten zu verringern.
- 4. Integration von Menschen aus erwerbslosen Haushalten in den Arbeitsmarkt erleichtern; sicherstellen, dass die geplanten Sozialreformen nicht zu einer Erhöhung der Kinderarmut führen; in vollem Umfang Maßnahmen umsetzen, um den Zugang zu Kinderbetreuungseinrichtungen zu erleichtern.
- 5. Finanzierungen durch Banken und Nichtbanken für den Privatsektor und insbesondere KMU deutlich besser verfügbar machen; den Wettbewerb auf dem Bankensektor stärken, z. B. durch Maßnahmen, die Marktzugangshindernisse abbauen, die Transparenz erhöhen und den Bankenwechsel erleichtern; dabei Verbesserung des Zugangs zu Wagnis- und Risikokapital sowie anderen Formen von Nichtbankenfinanzierungen.
- 6. Verbesserung der Kapazität und Qualität des Infrastrukturnetzes des Vereinigten Königreichs, einschließlich Maßnahmen, um den Druck auf Verkehrs- und Stromnetze zu verringern, indem effizientere und besser fundierte Planungs- und Entscheidungsprozesse gefördert und angemessene öffentliche oder private Finanzierungsvereinbarungen genutzt werden.

ARTIKEL-IV-KONSULTATIONEN DES INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS MIT DEUTSCHLAND

Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland

- Der Internationale W\u00e4hrungsfonds (IWF) hat am 29. Juni 2012 seine j\u00e4hrlichen Artikel-IV-Konsultationen mit Deutschland abgeschlossen.
- Der IWF stellt Deutschlands Wirtschafts- und Finanzpolitik ein gutes Zeugnis aus. Die Wirtschaftsleistung Deutschlands habe sich im zurückliegenden Jahr robust entwickelt.
 Angesichts der globalen wirtschaftlichen Verflechtung Deutschlands weist der IWF auf mögliche Risiken hin, die insbesondere aus der Schuldenkrise im Euroraum für Deutschland erwachsen können.
- Der IWF hält den deutschen haushaltspolitischen Konsolidierungskurs für einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Euroraums. Gleichzeitig rät der IWF, Deutschlands Wachstumspotenzial durch weitere Strukturreformen zu erhöhen. Die anhaltend starke deutsche Binnennachfrage trage angesichts der günstigen Arbeitsmarktsituation, dem robusten Bausektor und niedriger Finanzierungskonditionen dazu bei, Ungleichgewichte im Euroraum auszugleichen.

Zu den wesentlichen Aufgaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) gehört der Dialog mit den Mitgliedsländern über die nationalen und internationalen Auswirkungen ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Grundsätze für diese Konsultationen sind in Artikel IV des Übereinkommens über den IWF festgelegt.

Der IWF bietet allen Mitgliedsländern jährliche Konsultationen an. Üblicherweise besucht zunächst ein Team von IWF-Mitarbeitern das jeweilige Land, um sich über die Wirtschafts- und Finanzlage zu informieren und mit der Regierung die politische Ausrichtung zu diskutieren. Auf dieser Grundlage verfasst das IWF-Team einen Bericht, den die ständigen Vertreter der Mitgliedsländer beim IWF die Exekutivdirektoren – erörtern. Der IWF veröffentlicht danach eine Presseerklärung, die sogenannte "Public Information Notice" (PIN), die die wesentlichen Ergebnisse der Konsultationen zusammenfasst. Die PIN zur Artikel-IV-Konsultation 2012 mit Deutschland ist diesem Artikel in deutscher Übersetzung beigefügt. Das IWF-Exekutivdirektorium hat die letzte Artikel-IV-Konsultation mit Deutschland am 29. Juni 2012 abgeschlossen.

Nach der deutlichen Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um real 3,1% im Jahr 2011 erwartet der IWF für dieses Jahr mit einem Wachstum von 1.0 % eine moderate Fortsetzung des Wirtschaftsaufschwungs. Für 2013 wird mit einem Anstieg des BIP um 1,4% gerechnet. Die wesentlichen politischen Aufgaben werden darin gesehen, den Übergang zu einem von der Binnennachfrage getragenen Wachstum zu gestalten, die finanzielle Stabilität zu gewährleisten sowie den Herausforderungen aufgrund der Staatsschuldenkrise im Euroraum gemeinsam mit den europäischen Partnern zu begegnen. Darüber hinaus seien zur Stärkung des Potenzialwachstums strukturelle Reformen erforderlich, die zu höheren Investitionen in Deutschland führen, die Funktionsweise des Arbeitsmarkts weiter verbessern und die gesamtwirtschaftliche Produktivität erhöhen. Der IWF hält die Ausrichtung der deutschen Fiskalpolitik für angemessen und ermutigt Deutschland, durch wachstumsfreundliche Reformen die Effizienz sowohl im Steuersystem als auch bei den Staatsausgaben weiter zu verbessern.

Die Kapitalausstattung deutscher Banken hat sich zuletzt verbessert,

ARTIKEL-IV-KONSULTATIONEN DES INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS MIT DEUTSCHLAND

wenngleich aufgrund der teilweise geringen Kapitalqualität und Profitabilität sowie des hohen Fremdkapitalanteils und zu starker Abhängigkeit von der Kapitalmarktrefinanzierung Anfälligkeiten fortbestehen. Deutschland ist sich mit dem IWF einig, dass die Empfehlungen aus dem Financial Sector Assessment Program (FSAP)-Update 2011 rasch umgesetzt werden sollen.

IWF-Exekutivdirektorium schließt Artikel-IV-Konsultationen 2012 mit Deutschland ab

Am 29. Juni 2012 schloss das Exekutivdirektorium des Internationalen Währungsfonds (IWF) die Artikel-IV-Konsultationen mit Deutschland ab.¹

Hintergrund

Die deutsche Wirtschaftsleistung war trotz beträchtlichen Gegenwinds beachtlich. Die Turbulenzen auf den Finanzmärkten und die abgeschwächte Auslandsnachfrage haben im letzten Quartal 2011 in Deutschland zu einem umfassenden Konjunkturabschwung geführt, - mit der nennenswerten Ausnahme des Bausektors. Das Wirtschaftswachstum hat anscheinend jedoch die Talsohle erreicht, und die Konjunktur hat im 1. Quartal 2012 – beflügelt durch die gewachsene Auslandsnachfrage und den starken Konsumanstieg – wieder angezogen.

Nun sind in Deutschland verschiedene Voraussetzungen für einen von der Binnennachfrage getragenen Aufschwung gegeben. Es gab kräftige Beschäftigungszuwächse, und die Arbeitslosigkeit ist mit 5,3 % auf den tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung gefallen. Dank der in den 2000er Jahren umgesetzten Reformen bewegt sich der Arbeitsmarkt hin zu einer niedrigeren natürlichen Arbeitslosenquote, außerdem wächst die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze seit 2010 schneller als die atypischen Beschäftigungsverhältnisse. Infolge der zunehmenden Anspannung am Arbeitsmarkt haben auch die Löhne und Gehälter angezogen. Während die Nominallöhne 2011 um circa 2% gestiegen sind, haben die Normalisierung der Arbeitszeit und beträchtliche Einmalzahlungen die Löhne insgesamt um fast 3 % wachsen lassen. Die Anleihezinsen für Banken und die öffentliche Hand haben historische Tiefstände erreicht, während die Zinsen für Unternehmensanleihen größtenteils konstant blieben. Die Kreditzinsen der Banken sind niedriger als im restlichen Europa, wobei die Bankenkredite aufgrund der noch immer niedrigen Nachfrage der Privathaushalte und Unternehmen nur mäßig wachsen. Die Gesamtinflation ist – dem abgeschwächten Preisauftrieb für Kraftstoffe entsprechend – im April 2012 auf 2,2 % gefallen, während die Kerninflation auf ihrem niedrigen Niveau von 1,4 % blieb. Die mittelfristigen Preiserwartungen liegen weiterhin unter 2 %.

¹ Gemäß Artikel IV des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds führt der IWF in der Regel jedes Jahr mit den Mitgliedern bilaterale Gespräche. Ein Team des Mitarbeiterstabs besucht das Land, ermittelt Wirtschafts- und Finanzdaten und erörtert mit Beamten die wirtschaftlichen Entwicklungen und politischen Maßnahmen des Landes. Nach seiner Rückkehr zum Hauptsitz verfasst der Mitarbeiterstab einen Bericht, der die Grundlage für die Diskussion im Exekutivdirektorium bildet. Nach Abschluss der Diskussion fasst der Geschäftsführende Direktor in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Direktoriums die Ansichten der Exekutivdirektoren zusammen. Diese Zusammenfassung wird der Regierung des jeweiligen Mitgliedstaats übermittelt. Eine Erläuterung der in den Zusammenfassungen verwendeten Qualifikationsmerkmale finden Sie unter: http://www.imf.org/external/np/sec/misc/qualifiers.htm.

ARTIKEL-IV-KONSULTATIONEN DES INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS MIT DEUTSCHLAND

Der Leistungsbilanzüberschuss Deutschlands blieb 2011 mit 5 ¾% des BIP weiterhin hoch, was nicht zuletzt Ausdruck einer relativ komfortablen Wettbewerbsposition ist. Gleichzeitig haben sich die privaten Kapitalabflüsse umgekehrt, da sich die deutschen Banken vom grenzüberschreitenden Interbankenmarkt in Europa zurückgezogen haben und die Anlagepositionen in notleidenden Ländern abgewickelt werden. Die privaten Nettozuflüsse nach Deutschland spiegeln sich in einem Zuwachs der Bundesbank-Forderungen gegenüber dem Eurosystem wider, die bis April auf 644 Mrd. € (circa 24 % des BIP) gestiegen sind. Angesichts der hohen Nachfrage nach sicheren Anlagen sind die Renditen für deutsche Staatsanleihen auf historische Tiefstände gesunken.

Die deutschen Banken haben an Stärke gewonnen, weisen jedoch weiterhin Schwachstellen auf. Sie erfüllen zwar im Allgemeinen die aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalanforderungen und verfügen über reichlich Liquidität, dennoch sind sie noch immer in hohem Maße fremdfinanziert, von der Refinanzierung am Kapitalmarkt abhängig und haben eine geringe Kapitalqualität und Rentabilität. Einige Institute haben ein sehr hohes Kreditengagement in den Euro-Peripheriestaaten. Einige der großen internationalen Finanzinstitute sind in beträchtlichem Umfang grenzüberschreitend aktiv und durch ihre großen Derivatportfolios mit sehr hohen Kontrahentenrisiken behaftet. Sechs Großbanken, die infolge des letzten Stresstests der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) ihre Eigenkapitaldecke stärken mussten, kommen auf dem Weg zur Einhaltung der EBA-Anforderungen gut voran (wobei sich eine Bank in Abwicklung befindet). Die Behörden haben sicherheitshalber den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin II) wieder aufgelegt mit einer bis Ende 2012 verfügbaren Gesamtausstattung von 480 Mrd. €.

Die Haushaltskonsolidierung schreitet voran. Das Gesamtdefizit ist 2011 auf 1% des BIP geschrumpft (von 4,3 % im Jahr 2010), was u. a. der Rückführung der einmaligen Hilfsmaßnahmen für den Finanzsektor zu verdanken ist. Der strukturelle Haushaltssaldo hat sich 2011 um circa 1¼ % des BIP verbessert – dank der Rücknahme von Konjunktur- und Förderprogrammen einschließlich zeitlich begrenzter Steuer- und Arbeitsmarktmaßnahmen, der Abschaffung einiger Vergünstigungen sowie Kürzungen bei den Sozialausgaben und Verwaltungskosten. Insgesamt hat die Finanzkrise jedoch zu einem Anstieg der Staatsverschuldung geführt: von 65 % im Jahr 2007 auf 81 % des BIP im Jahr 2011, u. a. aufgrund der Rettungsmaßnahmen für den Finanzsektor.

Beurteilung durch das Exekutivdirektorium

Die Exekutivdirektoren würdigten Deutschlands starkes makroökonomisches Management, das trotz des unsicheren externen Umfelds zu einer günstigen Wirtschaftsentwicklung geführt hat. Sie stellten allerdings auch fest, dass die kurzfristigen Aussichten von Abwärtsrisiken umschattet sind, dazu gehören u. a. eine Verschärfung der Krise im Euroraum sowie potenziell schlechtere Wachstumsaussichten weltweit. Die Hauptprioritäten in nächster Zeit werden darin bestehen, den Übergang zu einem von der Binnennachfrage getragenen Wachstum zu gestalten, die Finanzstabilität zu sichern und gemeinsam mit den europäischen Partnern die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Euro-Krise zu bewältigen.

Die Direktoren betonten Deutschlands Schlüsselrolle beim Abbau der Ungleichgewichte im Euroraum und weltweit. Sie forderten die Regierung auf, weiterhin gemeinsam mit den europäischen Partnern die weiteren Anstrengungen, die zur Verbesserung einer umfassenden europäischen Antwort auf die aktuelle Krise nötig sind, klar und konkret aufzuzeigen. Darüber hinaus forderten sie die Regierung nachdrücklich zur Umsetzung von Maßnahmen auf, die die Binnennachfrage ankurbeln, was wiederum wichtige positive Übertragungseffekte im Euroraum und weltweit mit sich bringen wird.

ARTIKEL-IV-KONSULTATIONEN DES INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS MIT DEUTSCHLAND

Die Direktoren waren sich einig, dass in Reaktion auf die angespannten Arbeitsmarktbedingungen, die reichliche Liquidität und die niedrigen Zinsen sowie den Disinflationsdruck in den Euro-Peripherieländern die verschiedenen Wachstumsfaktoren voraussichtlich wieder auf natürliche Weise ins Gleichgewicht kommen werden. Sie wiesen jedoch ausdrücklich darauf hin, dass Strukturreformen zur Förderung von Investitionen, Beseitigung von Arbeitsmarktengpässen sowie zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit und Produktivität für eine Anhebung des Potenzialwachstums und Wiederherstellung des Gleichgewichts dringend notwendig sind.

Die meisten Direktoren hielten den aktuellen fiskalpolitischen Kurs für angemessen, solange die automatischen Stabilisatoren freie Wirkung entfalten können. Im Falle eines spürbaren Konjunkturabschwungs bedarf es jedoch aktiverer Fiskalmaßnahmen innerhalb des vorhandenen Spielraums und im Einklang mit dem EU-Fiskalrahmen. Einige wenige Direktoren vertraten die Auffassung, dass zur Unterstützung der regionalen und globalen Wirtschaftsentwicklung ein Konjunkturprogramm erforderlich sei. Die Direktoren ermutigten wachstumsorientierte Reformen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite, einschließlich Maßnahmen zur Steigerung der Steuer- und Ausgabeneffizienz.

Die Direktoren stellten fest, dass trotz Fortschritten bei der Finanzsektorreform und Wahrung der Finanzstabilität der Bankensektor aufgrund der starken Fremdfinanzierung, der Abhängigkeit von der Kapitalmarktrefinanzierung sowie der niedrigen Kapitalqualität und Rentabilität noch immer anfällig ist für externe Schocks. Sie forderten die Regierung nachdrücklich auf, die Umsetzung der Empfehlungen des aktualisierten Financial Sector Assessment Program 2011 (Programm zur Beurteilung des Finanzsektors) zu beschleunigen. In diesem Zusammenhang forderten die Direktoren, die Anstrengungen zur Umstrukturierung der Landesbanken zu erhöhen und den Krisenmanagementrahmen zu stärken. Sie begrüßten auch die vorsorgliche Reaktivierung der Stabilisierungsfazilität für Finanzinstitute sowie die aktuellen Schritte zur Schaffung eines Rahmens zur Umsetzung makroprudenzieller Maßnahmen aufgrund einschlägiger EU-Initiativen. Die Direktoren stellten fest, dass eine Verbreiterung der Kanäle der Finanzintermediation dazu beitragen würde, die Mittelallokation in Richtung Innovation und neuer Wachstumsmotoren zu lenken.

Die Direktoren würdigten die außergewöhnlich positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt aufgrund früherer Reformen und begrüßten die laufenden Bemühungen, das Arbeitskräfteangebot durch eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Menschen sowie die Zuwanderung von Fachkräften zu erhöhen. Sie sprachen sich für weitere Verbesserungen am Bildungs- und Ausbildungssystem aus.

Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland

Tabelle 1: Ausgewählte Konjunkturindikatoren laut IWF-Artikel IV-Konsultationen zu Deutschland

	2007	2008	2009	2010	2011	2012 ¹	2013 ¹
Wirtschaftliche Aktivität und Preise (Veränderung in %, falls nicht anders angegeben)							
Reales BIP	3,4	0,8	-5,1	3,6	3,1	1,0	1,4
Nettoexporte ²	1,5	-0,1	-2,8	1,4	0,7	0,5	0,2
Gesamte Inlandsnachfrage	1,9	1,3	-2,6	2,4	2,5	0,4	1,3
Private Konsumausgaben	-0,2	0,6	-0,1	0,6	1,4	0,9	1,3
Bruttoanlageinvestitionen	4,7	1,7	-11,4	5,5	6,4	0,6	2,3
Bauinvestitionen	-0,3	-0,7	-3,0	2,2	5,8	-0,2	1,6
inländische Bruttosparquote (in % des BIP)	25,9	24,8	23,2	23,6	23,9	23,2	22,6
Bruttoinlandsinvestitionen (in % des BIP)	18,4	18,6	17,2	17,5	18,2	17,9	18,0
Erwerbsbevölkerung ³	43,4	43,4	43,5	43,6	43,7	43,7	43,8
Beschäftigung ³	39,8	40,3	40,3	40,5	41,0	41,4	41,5
Standardisierte Arbeitslosenquote (in $\%$)	8,8	7,6	7,7	7,1	6,0	5,3	5,2
Lohnstückkosten (gewerbliche Wirtschaft)	-2,8	6,8	21,6	-8,6	-2,2	2,3	1,5
BIP-Deflator	1,5	1,0	1,1	0,7	0,7	2,0	1,7
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	2,3	2,8	0,2	1,2	2,5	2,2	2,0
Öffentliche Finanzen (in % des BIP)							
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo ⁴	0,2	-0,1	-3,2	-4,3	-1,0	-0,7	-0,4
Struktureller Finanzierungssaldo	-1,1	-0,8	-1,2	-2,3	-1,0	-0,7	-0,4
Gesamtstaatliche Bruttoverschuldung	65,4	66,9	74,7	83,5	81,2	82,2	80,2
Geld- und Kreditvolumen							
(prozentuale Veränderung in 12 Monaten)							
Kredite an Unternehmen und	3,3	6,6	-0,6	-1,9	1,0	0,9	_
Privatpersonen ⁵							
Geldmenge M3 ⁶	10,8	9,8	-1,6	4,4	5,9	6,3	
Zinssätze (Periodendurchschnitt in %)							
Dreimonatiger Interbankensatz ⁷ Rendite auf zehnjährige	4,3	4,6	1,2	0,8	1,3	0,9	-
Staatsanleihen ⁷	4,3	4,1	3,3	2,8	2,7	1,9	
Zahlungsbilanz (in Mrd. USD, falls nicht anders angegeben)							
Ausfuhren ⁸	1 579	1 760	1 400	1 552	1 807	1784	1 845
Einfuhren ⁸	1 345	1 534	1 234	1 367	1 624	1 604	1 663
Handelsbilanz (in % des BIP) 9	7,6	6,6	5,4	5,8	5,4	5,5	5,4
Leistungsbilanzsaldo	248,0	226,1	195,8	199,9	205,4	181,7	165,8
Leistungsbilanz (in % des BIP)	7,4	6,2	5,9	6,1	5,7	5,2	4,6

ARTIKEL-IV-KONSULTATIONEN DES INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS MIT DEUTSCHLAND

noch Tabelle 1: Ausgewählte Konjunkturindikatoren laut IWF-Artikel IV-Konsultationen zu Deutschland

	2007	2008	2009	2010	2011	2012 ¹	2013 ¹
Wechselkurs (Periodendurchschnitt in %)							
Euro je US-Dollar ⁷	0,73	0,73	0,68	0,76	0,76	0,76	-
Nominaler effektiver Kurs (1990 = 100) ⁷	103,8	104,1	106,1	100,1	100,1	99,2	-
Realer effektiver Kurs (1990 = 100) ^{5, 10}	99,9	99,1	104,6	98,0	96,5	96,2	-

¹IWF-Stabsschätzungen und –prognosen.

Quellen: Deutsche Bundesbank, International Financial Statistics (IWF), World Economic Outlook (IWF) und IWF-Stabsprognosen.

² Beitrag zum BIP-Wachstum.

³ Gemäß VGR.

⁴ Finanzierung süberschuss/-defizit.

⁵ Die Daten für 2012 beziehen sich auf April.

 $^{^6\,}Entspricht\,Deutschlands\,Beitrag\,zur\,M3-Geldmenge\,im\,Euroraum.\,Die\,Daten\,f\"ur\,2012\,beziehen\,sich\,auf\,April.$

⁷ Die Daten für 2012 beziehen sich auf April.

⁸ Güter und Dienstleistungen.

⁹ Warenhandel einschließlich Ergänzungen.

¹⁰ Auf Basis der relativen normierten Lohnstückkosten im verarbeitenden Gewerbe.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITISCHE SCHWERPUNKTE DES G20-GIPFELS IN LOS CABOS, MEXIKO

Wirtschafts- und finanzpolitische Schwerpunkte des G20-Gipfels in Los Cabos, Mexiko

- Auf dem G20-Gipfel in Los Cabos sind die bisherigen weitreichenden europäischen Maßnahmen zur Bewältigung der Krise ausdrücklich anerkannt worden. Dem Euroraum wurde weiterhin deutliche Unterstützung zugesagt. Bekräftigt wurde, dass jedes G20-Land einen Beitrag zur Bewältigung der aktuellen globalen Herausforderung leisten wird.
- Mit dem "Los Cabos Action Plan" wurden konkrete Verpflichtungen hin zu einem starken, nachhaltigen und ausgewogenen Wachstum eingegangen.
- Die bereits im April 2012 beschlossene IWF-Ressourcenaufstockung konnte mit den erfolgten Zusagen der Schwellenländer finalisiert werden.
- Im Bereich der Finanzmarktregulierung wurde die Selbstverpflichtung zur fristgerechten, vollständigen und konsistenten Umsetzung der beschlossenen Reformen bekräftigt. Wichtige Entscheidungen waren die Umsetzung der Reform zur Stärkung des Financial Stability Board und der Beschluss zur Einführung eines "Legal Entity Identifier".

1	Einleitung	37
	Lage der Weltwirtschaft und Framework for Growth	
3	Stärkung der Internationalen Finanzarchitektur	38
4	Reform der Finanzmärkte und "Financial Inclusion"	39
5	Weiters Thomas	20

1 Einleitung

Vom 18. bis 19. Juni 2012 haben sich in Los Cabos die Staats- und Regierungschefs zum diesjährigen G20-Gipfel unter mexikanischer Präsidentschaft getroffen. Für Deutschland nahm neben Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auch Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble teil. Das dominierende Thema des Gipfels war die Lage der Weltwirtschaft. Ein zentrales Ergebnis ist in diesem Zusammenhang die Verabschiedung des "Los Cabos Action Plan". Daneben wurden Fortschritte bei der Finanzmarktregulierung erzielt und weitere Zusagen zur Erhöhung der Ressourcen des Internationalen Währungsfonds (IWF) erreicht. Weitere Themen des Gipfels waren u. a. "Financial Inclusion", Beschäftigung, Handel, Entwicklung, Klima, "Green Growth" und Kampf gegen Korruption.

2 Lage der Weltwirtschaft und Framework for Growth

Die Lage der Weltwirtschaft war erneut ein zentrales Thema des Treffens der Staats- und Regierungschefs in Los Cabos. Gemeinsame Einschätzung aller Teilnehmer war, dass sich die Weltwirtschaft in einer kritischen Phase befinde. Wichtig sei, ein starkes Signal der Vertrauensbildung für Bürger und Märkte vom Gipfel auszusenden. Die aktuelle Entwicklung im Euroraum stand dabei erneut im Mittelpunkt. Die europäischen Vertreter verwiesen geschlossen auf die zahlreichen Maßnahmen wie den Fiskalpakt und die Erhöhung der Brandmauern und stellten in Aussicht, beim Europäischen Rat am 28. bis 29. Juni 2012 weitere Ansätze für mehr Wachstum und die politische Integration zu diskutieren.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITISCHE SCHWERPUNKTE DES G20-GIPFELS IN LOS CABOS, MEXIKO

Von vielen Seiten wurde dem Euroraum ausdrückliche Anerkennung für die bereits eingeleiteten Maßnahmen ausgesprochen und weiterhin deutliche Unterstützung für die Reformpolitik zugesichert. Auch das Interesse an einem Verbleib Griechenlands im Euroraum wurde von der G20 betont. Griechenland, wo am Vortag des Gipfels Parlamentswahlen stattgefunden hatten, müsse dafür den eingeschlagenen Reformweg fortsetzen. Darüber hinaus wurden Spaniens Ankündigung zur Rekapitalisierung seines Bankensystems und die Bereitschaft des Euroraums, die spanischen Behörden dabei zu unterstützen, in der Abschlusserklärung ausdrücklich begrüßt. Die G20 wies gleichzeitig aber auch auf die Verantwortung anderer Weltregionen zur Stärkung der globalen Konjunktur hin. Insbesondere bestehe auch außerhalb Europas Handlungsbedarf zur weiteren Verringerung fiskalischer, finanzieller und wirtschaftlicher Ungleichgewichte. In ihrer Abschlusserklärung betonte die G20, dass internationale Zusammenarbeit in dieser Situation wichtiger denn je sei, um die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen. Mit diesem Bekenntnis zum Multilateralismus setzt sich die G20 für die Stärkung von finanzieller und fiskalischer Stabilität, Wachstum und Vertrauen ein. Jedes G20-Land wird im Rahmen seiner Möglichkeiten einen Beitrag zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen leisten.

In diesem Zusammenhang war die Verabschiedung des "Los Cabos Growth and Jobs Action Plan" ein zentrales Ergebnis des Gipfels. Mit ihm verpflichten sich die einzelnen G20-Staaten zu Maßnahmen, die zu einem starken, nachhaltigen und ausgeglichenen Wachstum beitragen sollen. Der "Los Cabos Action Plan" löst den "Cannes Action Plan" ab, der unter französischer G20-Präsidentschaft im Jahr 2011 verabschiedet wurde. Zentrale Elemente des Aktionsplans sind das Festhalten an den bereits im Jahr 2010 in Toronto formulierten Zielen der Fiskalkonsolidierung sowie Strukturreformen aller G20-Länder. Deutschland erfüllt dabei seine

eingegangen Verpflichtungen, sowohl was die Fiskalkonsolidierung als auch die vereinbarte Stärkung der Binnennachfrage angeht.

3 Stärkung der Internationalen Finanzarchitektur

Ein weiteres zentrales Ergebnis des Gipfels und großer Erfolg der mexikanischen Präsidentschaft ist die Finalisierung der im April 2012 beschlossenen Ressourcenaufstockung des Internationalen Währungsfonds (IWF). Viele Länder nutzten die Sitzung, um ihre Zusagen zur temporären Aufstockung der IWF-Ressourcen zu konkretisieren: China 43 Mrd. US-Dollar, Brasilien 10 Mrd. US-Dollar, Russland 10 Mrd. US-Dollar, Mexiko 10 Mrd. US-Dollar, Indien 10 Mrd. US-Dollar, Türkei 5 Mrd. US-Dollar, Südafrika 2 Mrd. US-Dollar, Kolumbien 1,5 Mrd. US-Dollar. Damit wurde der bei der Frühjahrstagung des IWF in Aussicht gestellte Betrag von 430 Mrd. US-Dollar mit insgesamt 456 Mrd. US-Dollar sogar noch übertroffen. Besonders zu begrüßen ist, dass mit den erfolgten Zusagen von Schwellenländern eine faire und international ausgeglichene Lastenteilung gelungen ist, die den IWF mit den notwendigen Mitteln ausstattet.

Ebenso wurde die IWF-Quoten- und Governance-Reform diskutiert. Die G20 unterstrich ihre Absicht, die im Jahr 2010 vereinbarte Quoten- und Governance-Reform bis zum vereinbarten Termin der Jahrestagung von IWF und Weltbank im Oktober 2012 umzusetzen. Deutschland konnte in Los Cabos bekanntgeben, dass die nationale Gesetzgebung zur Umsetzung der Reform im Mai 2012 innerhalb der gesetzten Frist abgeschlossen wurde. In anderen wichtigen Staaten steht die Umsetzung dagegen noch aus. Auch die Überprüfung der allgemeinen Quotenformel bis Januar 2013 soll fristgerecht abgeschlossen werden. Allerdings befindet sich die Diskussion hierzu noch in einem frühen Stadium.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITISCHE SCHWERPUNKTE DES G20-GIPFELS IN LOS CABOS, MEXIKO

Des Weiteren verständigten sich die Staats- und Regierungschefs darauf, die Überwachungsfunktion des IWF zu stärken, indem die bilaterale und multilaterale Überwachung im Interesse der Finanzstabilität miteinander verzahnt werden. Die G20 begrüßte den von den internationalen Organisationen vorgelegten Bericht zur Stärkung lokaler Anleihemärkte und hob die Bedeutung dieser Märkte insbesondere für Schwellen- und Entwicklungsländer hervor.

4 Reform der Finanzmärkte und "Financial Inclusion"

Finanzmarktregulierung ist unverändert ein zentraler Bereich der internationalen Bemühungen. In der Abschlusserklärung wiederholte die G20 ihre Selbstverpflichtung zu einer fristgerechten, vollständigen und konsistenten Umsetzung der beschlossenen Reformen und betonte, dass diese sowie die Bewältigung noch offener Regulierungsaufgaben zentral seien, um zukünftige Krisen zu verhindern und stabiles Wachstum zu erzielen. Der regelmäßig vorgelegte Fortschrittsbericht zur Implementierung von G20-Reformen zeigt insgesamt gute Fortschritte auf internationaler Ebene, wohingegen auf nationaler Ebene noch einige Anstrengungen erforderlich sind. Eine wichtige Entscheidung des Gipfels ist die Umsetzung der Reform zur Stärkung des Financial Stability Board (FSB). Damit erhält das FSB einen klaren und dauerhaften institutionellen Rahmen, der ihm erlaubt, seine wichtigen Aufgaben bei der Erarbeitung und Durchsetzung internationaler Finanzmarktstandards auch in Zukunft effizient wahrzunehmen. Auch die Einführung eines Legal Entity Identifiers (LEI) wurde beschlossen. Dieser stellt einen wichtigen Schritt in Richtung mehr Transparenz auf den Finanzmärkten dar, indem es künftig möglich sein wird, die Vertragsparteien von Finanzmarkttransaktionen eindeutig zu identifizieren. Daneben hat sich der Gipfel unter anderem mit Fortschritten bei der Umsetzung des Rahmenwerks für

systemrelevante Finanzinstitute (SIFIs) und seiner Erstreckung auf national relevante Banken und Nichtbanken befasst. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Bewältigung des "too-big-to-fail"-Problems. Auch die dringend notwendige Regulierung des Schattenbankensektors wurde beim Gipfel betont. Sowohl zu den SIFIs als auch zum Schattenbanksystem wird das FSB noch in diesem Jahr konkrete Vorschläge vorlegen. Schließlich bekannte sich die G20 zur Regulierung der außerbörslich gehandelten (OTC-)Derivate. Der Zeitplan zur Umsetzung der Beschlüsse (Handel über Börsen/ elektronische Plattformen, Abwicklung über zentrale Clearingstellen und Meldung an Transaktionsregister) bis Ende 2012 wurde bestätigt. Hier wurden auf internationaler Ebene, aber auch in einigen Staaten, namentlich in der EU, den USA und Japan, erhebliche Fortschritte erzielt. Weitere Bemühungen zu deren Umsetzung sind jedoch erforderlich.

Ein Schwerpunktthema der mexikanischen Präsidentschaft ist darüber hinaus "Financial Inclusion", also die Verbesserung des Zugangs zu Finanzdienstleistungen vor allem in Entwicklungsländern. Auch die Stärkung des Verbraucherschutzes und der finanziellen Grundbildung wird in diesem Zusammenhang forciert. In Los Cabos wurden Fortschritte bei der Umsetzung der bereits beim Gipfel in Cannes angenommenen Empfehlungen zu "Financial Inclusion" begrüßt. Des Weiteren wurden u. a. "Financial Inclusion Indicators" vorgelegt und ein "Peer-Learning"-Programm vorgestellt, das Informationen zu nationalen "Financial-Inclusion"-Strategien bündelt. Im Bereich der finanziellen Grundbildung wurden "High Level Principles" für nationale Strategien verabschiedet. Deutschland begrüßt diese Ziele ausdrücklich und hat sich aktiv an den Arbeiten der Gremien beteiligt.

5 Weitere Themen

Die G20 nannte die Erhöhung der Produktion von Agrarrohstoffen und die

Wirtschafts- und finanzpolitische Schwerpunkte des G20-Gipfels in Los Cabos, Mexiko

Steigerung der Produktivität im Anbau eine der zentralen Herausforderungen zur Ernährungssicherung unserer Zeit. Um Privatinvestitionen im Agrarsektor in Entwicklungsländern zu fördern und Marktverzerrungen entgegenzuwirken, wurde das neue Finanzierungsinstrument "AgResults" geschaffen. Besondere Beachtung fand in der Aussprache die Frage, wie übermäßige Preisvolatilität einzudämmen sei. Der Gipfel nahm einen Bericht entgegen, der die Auswirkungen weltweit steigender und volatiler Rohstoffpreise in größeren makroökonomischen Zusammenhängen, auch mit Blick auf geld- und fiskalpolitische Wechselwirkungen, analysiert und dabei nicht nur Agrarrohstoffe, sondern alle Rohstoffklassen untersucht. Die G20 sprach sich insbesondere für eine Erhöhung der Markttransparenz und eine bessere Regulierung der Derivatemärkte aus und bekräftigte, dass die Arbeiten zu diesen wichtigen Themen fortgeführt werden.

Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wird die G20 ihre Kooperation mit Blick auf die Bildung und berufliche Ausbildung weiter verstärken. Die internationalen Organisationen wurden dazu aufgefordert, Vorschläge für die Stärkung des sozialen Basisschutzes in den Entwicklungsländern zu erarbeiten. Die G20 begrüßte die Beiträge der Treffen der Wirtschaftsvertreter (B20) und Sozialpartner (L20). Um die Diskussion in der G20 weiterzuführen, wurde das Mandat der G20-Arbeitsgruppe "Beschäftigung" um ein Jahr verlängert.

Die Staats- und Regierungschefs verpflichteten sich auf die Erhaltung investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen und bekräftigten ihr Interesse am Abschluss der Doha-Runde. Die G20 verlängerte ihre Selbstverpflichtungen, von der Errichtung neuer Handels- und Investitionsbeschränkungen abzusehen, um ein weiteres Jahr bis Ende 2014.

Mexiko stellte im Bereich Entwicklung drei Themen in den Vordergrund:
Ernährungssicherung, Grünes Wachstum und Infrastruktur. Der Fokus der Diskussionen lag auf der Verbesserung der Infrastruktur, insbesondere des Personennahverkehrs in Megacities der Entwicklungsländer sowie auf der Schaffung besserer Rahmenbedingungen für private Investitionen.

Beim Thema Klima bekräftigte die G20 ihre Zusage, die Vereinbarungen von Cancun und Durban vollständig umzusetzen. Des Weiteren wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, Strategien zur Erreichung einer kohlenstoffarmen Wirtschaft zu entwickeln und Green-Growth-Strategien auch im Rahmen von Strukturreformen zu berücksichtigen, um einen nachhaltigen Wirtschaftspfad zu erreichen. Außerdem bekräftigten die Staats- und Regierungschefs ihr Ziel, Subventionen fossiler Energieträger weiter abzubauen.

Zum Zweck der Korruptionsbekämpfung wurden neue Leitlinien zu Einreiseverboten von korrupten Beamten und zur Offenlegung der Vermögensverhältnisse hochrangiger Amtsträger indossiert. Daneben wurde ein umfangreiches Handbuch zu Verfahren bei Rechtshilfeersuchen in allen G20-Staaten veröffentlicht, um die Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden aller Mitgliedstaaten zu verbessern. Das Mandat der G20-Arbeitsgruppe "Antikorruption" wurde um zwei Jahre bis 2014 verlängert.

Ein weiteres Treffen der G20 unter mexikanischer Präsidentschaft ist das Finanzministertreffen am 4. und 5. November in Mexico City. Am 1. Dezember 2012 übernimmt Russland die G20-Präsidenschaft. Der kommende G20-Gipfel soll im September 2013 in St. Petersburg stattfinden.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die industrielle Aktivität hat sich im Mai wieder etwas belebt. Insgesamt ist jedoch im weiteren Jahresverlauf mit einer etwas ruhigeren Gangart in der Industrie zu rechnen.
- Mit dem jüngsten Anstieg der nominalen Warenexporte setzte sich der Aufwärtstrend fort.
- Die gute Verbraucherstimmung sowie der bis zuletzt anhaltende Beschäftigungsaufbau sprechen für positive Wachstumsimpulse des privaten Konsums im 2. Quartal.
- Die Beruhigung des Preisklimas setzte sich fort. Die Inflationsrate verringerte sich im Juni weiter.

Die vorliegenden Wirtschaftsdaten sprechen dafür, dass die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts im 2. Quartal in der Verlaufsbetrachtung etwas niedriger ausgefallen sein dürfte als im vorangegangenen Vierteljahr. Darauf deutet insbesondere die Industrieproduktion hin, die sich nach einer Erholung zum Ende des 1. Quartals im Durchschnitt der Monate April und Mai abgeschwächt hat. Auch die Verschlechterung der Einschätzungen zur Geschäftslage der vom ifo Institut befragten Unternehmen lässt eine Verringerung der konjunkturellen Dynamik im 2. Vierteljahr erkennen. Dies wird auch von den in die Zukunft weisenden Stimmungsindikatoren wie den ifo Geschäftserwartungen und den ZEW-Konjunkturerwartungen angezeigt. Diese Indikatoren sind derzeit wohl in starkem Maße von den Unsicherheiten hinsichtlich der Bewältigung der Schuldenkrise im Euroraum geprägt; dies erschwert eine verlässliche Einschätzung der konjunkturellen Grunddynamik in der deutschen Volkswirtschaft. Das gesamte Indikatorbild deutet aber auf eine moderate Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im weiteren Jahresverlauf hin. Ein wichtiger Grund hierfür ist – auf der außenwirtschaftlichen Seite – die Abschwächung der wirtschaftlichen Aktivität in einigen wichtigen Handelspartnerländern des Euroraums. Dagegen wirkt die binnenwirtschaftliche Entwicklung in

Deutschland stabilisierend. Sie ist die wichtigste Stütze des Wirtschaftswachstums in Deutschland.

Mit dem kräftigen Anstieg der nominalen Warenexporte im Mai um saisonbereinigt 3,9% konnte der Rückgang im Vormonat mehr als ausgeglichen werden. Damit hat sich der Aufwärtstrend der nominalen Warenausfuhren im 2. Quartal fortgesetzt (Zweimonatsvergleich: saisonbereinigt + 0,6%). Nach Ursprungswerten lag das nominale Ausfuhrergebnis für den Zeitraum Januar bis Mai über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Dabei wurden sowohl Ausfuhren in Drittländer (+ 9,4%) als auch in den Nicht-Euroraum der Europäischen Union (+3,7%) deutlich ausgeweitet. Die Exporte in den Euroraum wurden hingegen leicht eingeschränkt (- 0,6 %). Dies deutet auf die Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität in diesen Ländern hin, die bereits die deutsche Ausfuhrtätigkeit belastet.Im weiteren Jahresverlauf dürfte insgesamt mit einer schwächeren Exportdynamik in Deutschland zu rechnen sein. Dies spiegelt sich unter anderem in dem jüngsten leichten Rückgang des OECD Leading Indicator, des Welthandelsindikators des niederländischen CPB, des globalen Einkaufsmanagerindex und der ifo Exporterwartungen wider. Der deutliche Anstieg des ausländischen Bestellvolumens im Mai spricht hingegen

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

dafür, dass in den kommenden Monaten noch positive Impulse von der Ausfuhrtätigkeit ausgehen dürften.

Auch die nominalen Warenimporte nahmen im Mai kräftig zu (saisonbereinigt +6,3 % gegenüber dem Vormonat). Im Zweimonatsvergleich sind die Wareneinfuhren aufgrund des Rückgangs im Vormonat jedoch abwärtsgerichtet. Währenddessen zeigt sich im Dreimonatsvergleich noch eine Aufwärtstendenz. Im Vorjahresvergleich wurden die Einfuhren im Zeitraum Januar bis Mai insgesamt um 2,6 % ausgeweitet. Dabei fiel die Steigerung der Importe aus dem Nicht-Euroraum der Europäischen Union (+3,7%) etwas höher aus als die aus anderen Regionen (Euroraum: +2,4%, Drittländer: +2,2%).

Nach dem aufgrund der diesjährigen Feiertagskonstellationen ungünstigen Start der Industrie in das 2. Quartal belebte sich die industrielle Aktivität im Mai wieder etwas. Der Rückgang im April kann damit jedoch noch nicht vollständig kompensiert werden. Insgesamt stieg die Erzeugung im Verarbeitenden Gewerbe im Mai um saisonbereinigt 1,8 % gegenüber dem Vormonat an. Dabei wurde vor allem die Produktion von Konsumgütern kräftig gesteigert. Aber auch die Produktion von Vorleistungs- und Investitionsgütern wurde ausweitet. Im Zweimonatsvergleich ist die Industrieproduktion aufgrund des spürbaren Rückgangs im Vormonat dennoch leicht abwärtsgerichtet. Auch die industrielle Umsatzentwicklung ist im Zweimonatsdurchschnitt der Tendenz nach leicht rückläufig, was sowohl auf verringerte Auslands- als auch Inlandsumsätze zurückzuführen ist.

Die Auftragseingänge zogen im Mai wieder etwas an. Dabei resultiert die Zunahme des industriellen Auftragsvolumens ausschließlich aus einem Anstieg der Bestellungen aus dem Euroraum. Dieser ist jedoch zu einem großen Teil auf Großaufträge im Bereich Sonstiger Fahrzeugbau zurückzuführen und sollte daher nicht überinterpretiert werden. Die Inlandsnachfrage nach Industriegütern ging dagegen merklich zurück. Auch das Volumen der Großaufträge fiel im Mai leicht unterdurchschnittlich aus. Im Zweimonatsvergleich ist der industrielle Auftragseingang weiterhin leicht aufwärtsgerichtet (saisonbereinigt + 0,4%), wobei der Anstieg der Bestellungen aus dem Inland etwas höher ausfällt als der aus dem Ausland.

Insgesamt zeichnet sich mit der aktuellen Auftragslage derzeit noch eine günstige Entwicklung der Industrieproduktion ab. Im weiteren Verlauf dürfte jedoch mit einer etwas ruhigeren Gangart in der Industrie zu rechnen sein als noch zu Jahresbeginn. Darauf deuten auch der fünfte Rückgang des Einkaufsmanagerindex sowie die ungünstigeren Geschäftserwartungen der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe (ifo Umfrage) hin.

Die Produktion im Bauhauptgewerbe stieg im Mai gegenüber dem Vormonat kräftig an (saisonbereinigt + 3,1%). Im aussagekräftigeren Zweimonatsvergleich ist die Bauproduktion somit klar aufwärtsgerichtet. Auch die Stimmung im Bauhauptgewerbe hat sich laut ifo Umfrage im Juni leicht verbessert. Dabei stand eine unveränderte Lagebeurteilung einer zuversichtlicheren Bewertung der Geschäftsperspektiven gegenüber. Angesichts der positiven Entwicklung der Baugenehmigungen sowie der insgesamt noch guten Auftragslage im Bauhauptgewerbe sind die Aussichten für diesen Wirtschaftsbereich im 2. Quartal günstig.

Von den Konsumausgaben der privaten Haushalte dürften auch im 2. Quartal Wachstumsimpulse für die deutsche Wirtschaft ausgegangen sein. So sind die saisonbereinigten Einzelhandelsumsätze im Zweimonatsdurchschnitt leicht angestiegen. Auch die Stimmung der Verbraucher erwies sich gemessen am GfK-Konsumklima – trotz

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2011	Veränderung in % gegenüber									
Gesamtwirtschaft/Einkommen	Mrd. €	ggü Vori in%	Vorpe	eriode saiso	nbereinigt		Vorjah	r				
	bzw. Index	ggü. Vorj. in %	3.Q.11	4.Q.11	1.Q.12	3.Q.11	4.Q.11	1.Q.12				
Bruttoinlandsprodukt												
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	109,7	+3,0	+0,6	-0,2	+0,5	+2,6	+1,5	+1,7				
jeweilige Preise	2 5 7 1	+3,8	+0,8	+0,0	+0,9	+3,5	+2,6	+3,0				
Einkommen												
Volkseinkommen	1 971	+3,8	+1,9	+0,1	+1,9	+4,3	+3,1	+3,4				
Arbeitnehmerentgelte	1319	+4,4	+0,2	+0,8	+1,5	+4,3	+3,9	+3,8				
Unternehmens- und												
Vermögenseinkommen	652	+2,7	+5,4	-1,2	+2,6	+4,3	+1,1	+2,7				
Verfügbare Einkommen												
der privaten Haushalte	1 625	+3,1	+1,0	+0,7	+1,2	+3,4	+2,8	+3,6				
Bruttolöhne ugehälter	1.075	+4,7	+0,1	+0,7	+1,9	+4,5	+4,2	+4,1				
Sparen der privaten Haushalte	181	+0,1	+0,0	+3,4	+0,0	+0,3	+3,3	+4,1				
		2011			Veränderung ir	n % gegenüb	er					
Außenhandel/Umsätze/	14.1.6		Vorpe	eriode saiso	nbereinigt		r ¹					
Produktion/Auftragseingänge	Mrd. € bzw. Index	ggü.Vorj. in%	Apr 12	Mai 12	Zweimonats- durchschnitt	Apr12	Vorjahi Mai 12	Zweimonats- durchschnitt				
in jeweiligen Preisen												
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	92	+12,5	-0,1		+5,8	+0,2		-0,9				
Außenhandel (Mrd. €)												
Waren-Exporte	1.060	+11,4	-1,7	+3,9	+0,6	+3,4	+0,5	+1,9				
Waren-Importe	902	+13,2	-4,9	+6,3	-1,4	-1,0	-0,2	-0,6				
in konstanten Preisen von 2005												
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2005 = 100)	112,1	+7,9	-2,1	+1,6	-0,3	-0,6	+0,0	-0,3				
Industrie ²	113,9	+8,8	-2,3	+1,8	-0,8	-1,1	-0,5	-0,8				
Bauhauptgewerbe	123,1	+13,4	-5,5	+3,1	+7,0	+0,0	+2,2	+1,1				
Umsätze im Produzierenden Gewerbe												
$Industrie (Index 2005 = 100)^2$	110,5	+7,6	-0,9	+0,7	-0,4	-0,7	+0,7	+0,0				
Inland	106,4	+7,5	-0,5	+0,1	-0,3	-1,3	-1,2	-1,3				
Ausland	115,4	+7,7	-1,4	+1,5	-0,4	-0,2	+2,9	+1,4				
Auftragseingang (Index 2005 = 100)												
Industrie ²	114,0	+7,8	-1,4	+0,6	+0,4	-3,4	-5,4	-4,4				
Inland	110,3	+7,4	+0,6	-1,3	+0,6	-2,5	-12,7	-7,8				
Ausland	117,3	+8,1	-3,1	+2,3	+0,2	-4,1	+1,2	-1,5				
Bauhauptgewerbe	101,1	+4,5	-2,1		-0,6	+7,2		+7,0				
Umsätze im Handel (Index 2005=100)												
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	98,5	+1,2	-0,2	-0,3	+0,7	-4,3	-1,1	-2,7				
Handel mit Kfz	94,3	+5,9	-5,4	+1,4	-3,3	-1,6	-7,0	-4,4				

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

		2011			Veränderung in	Tsd. gegenü	iber	·	
Arbeitsmarkt	Personen	aaii Mari in W	Vorpe	eriode saison	bereinigt		Vorjahr		
	Mio.	ggü. Vorj. in %	Apr 12	Mai 12	Jun 12	Apr 12	Mai 12	Jun 12	
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	2,98	-8,1	+18	+1	+7	-115	-105	-84	
Erwerbstätige, Inland	41,10	+1,3	+30	+37		+572	+561		
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	28,38	+2,4	+46			+666			
	2011				Veränderung i	% gegenüber			
Preisindizes 2005 = 100		ggÿ Vori in∜		Vorperio	le		Vorjahr		
2000 .00	Index	ggü. Vorj. in %	Apr 12	Mai 12	Jun 12	Apr 12	Mai 12	Jun 12	
Importpreise	117,0	+8,0	-0,5	-0,7		+2,3	+2,2		
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	115,9	+5,7	+0,2	-0,3		+2,4	+2,1		
Verbraucherpreise	110,7	+2,3	+0,2	-0,2	-0,1	+2,1	+1,9	+1,7	
ifo-Geschäftsklima				saisonbere	inigte Salden				
gewerbliche Wirtschaft	Nov 11	Dez 11	Jan 12	Feb 12	Mrz 12	Apr 12	Mai 12	Jun 12	
Klima	+6,1	+7,2	+9,2	+11,6	+12,0	+12,0	+6,3	+3,2	
Geschäftslage	+21,4	+21,4	+20,6	+22,7	+22,6	+22,8	+14,8	+16,1	
Geschäftserwartungen	-8,1	-6,1	-1,7	+1,1	+1,8	+1,8	-1,9	-8,8	

¹ Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bau saisonbereingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

rückläufiger Konjunkturerwartungen insgesamt bisher als stabil. Zuletzt erwarteten mehr Konsumenten als zuvor per saldo eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage und gaben vermehrt an, größere Anschaffungen tätigen zu wollen. Dies deutet darauf hin, dass die Verbraucher die Erwartungen hinsichtlich des weiteren Konjunkturverlaufs offenbar bisher nicht auf ihre persönliche Situation beziehen. Hierbei dürften der bis zuletzt anhaltende Beschäftigungsaufbau mit den damit einhergehenden Einkommensverbesserungen sowie die in diesem Jahr bereit erfolgten Tariflohnabschlüsse eine wichtige Rolle gespielt haben. Hiervon dürfte auch die Anschaffungsneigung beflügelt worden sein. Hinzu kommt, dass es für die Verbraucher aufgrund der anhaltenden Unsicherheit auf den Finanzmärkten und den historisch niedrigen Zinsen nicht besonders attraktiv

ist, Geld anzulegen. Dies spiegelt sich auch in einer stark unterdurchschnittlichen Sparneigung wider. Insgesamt deutet die Verbraucherstimmung damit auf eine weiterhin positive Entwicklung des privaten Konsums hin, die voraussichtlich auch im weiteren Jahresverlauf von der günstigen Arbeitsmarktsituation begünstigt wird.

Dies steht nicht im Widerspruch zur Entwicklung der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl, die im Juni gegenüber dem Vormonat zum dritten Mal in Folge leicht anstieg. Hier schlug vor allem die Zunahme des Arbeitskräfteangebots zu Buche, die sich aus einer Ausweitung des Wanderungssaldos gegenüber dem Ausland sowie einer gestiegenen Erwerbsneigung ergibt. Darüber hinaus spielt auch die Zurückführung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente eine Rolle.

²Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Die Arbeitsmarktentwicklung stellte sich zuletzt nach Regionen deutlich differenziert dar. Während die Arbeitslosenzahl in Westdeutschland um 9 000 Personen gegenüber dem Vormonat anstieg, ging sie in Ostdeutschland weiter zurück (- 2 000 Personen). Die Zahl registrierter Arbeitsloser in Deutschland betrug im Juni 2,8 Millionen Personen. Das Vorjahresniveau wurde erstmals seit März 2010 um weniger als 100 000 Personen unterschritten (- 2,9 %). Die Arbeitslosenquote lag bei 6,6 % (- 0,3 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr).

Die Beschäftigungsexpansion setzte sich zuletzt fort, sodass aus konjunktureller Sicht die Lage auf dem Arbeitsmarkt noch als gut einzustufen ist. So stieg die Erwerbstätigenzahl nach dem Inlandskonzept (Ursprungswerte) im Mai auf ein Niveau von 41,6 Millionen Personen an. Damit waren gut eine halbe Million Personen mehr erwerbstätig als vor einem Jahr (+1,4% gegenüber dem Vorjahr). Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen nahm dabei um 37 000 Personen gegenüber dem Vormonat zu. Der Anstieg war etwas höher als in den beiden Monaten zuvor.

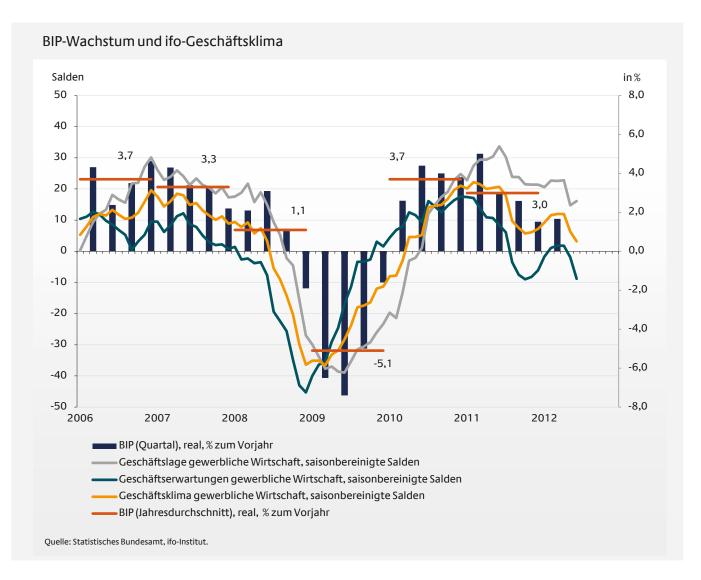
Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wurde im April 2012 gegenüber dem Vormonat – entsprechend der Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit – um saisonbereinigt 46 000 Personen ausgeweitet. Nach Ursprungswerten überschritten die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse das Niveau des Vorjahres um 666 000 Personen (+2,4%). Damit zeigt die Erwerbstätigkeit, insbesondere die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, weiterhin einen deutlichen Aufwärtstrend. Der Beschäftigungsaufbau hat auch zum spürbaren Anstieg der Einnahmen aus der Lohnsteuer beigetragen. So erhöhten sich im Zeitraum Januar bis Juni die Einnahmen aus der Lohnsteuer vor Abzug der aus dem Lohnsteueraufkommen zu zahlenden Leistungen Kindergeld und Altersvorsorgezulage um 4,2 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Allerdings bestehen wohl auch Arbeitsmarktrisiken. So spiegelt sich die in Umfragen abzeichnende Verschlechterung der Geschäftsaussichten der Unternehmen auch in den vorlaufenden Indikatoren hinsichtlich der weiteren Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wider. Dabei wollen die Unternehmen, insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe (ifo Beschäftigungsbarometer, Einkaufsmanagerindex), ihr Personal nicht weiter aufstocken. Jedoch liegt der aktuelle Wert des ifo Beschäftigungsbarometers für die gewerbliche Wirtschaft immer noch deutlich über seinem zehnjährigen Durchschnitt. Darüber hinaus sind die Beschäftigungsabsichten im Dienstleistungsgewerbe weiterhin auf Ausweitung ausgerichtet. Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit deutet ebenfalls auf eine nachlassende Arbeitskräftenachfrage hin, aber auch er befindet sich nach wie vor auf hohem Niveau.

Das Preisklima in Deutschland hat sich weiter beruhigt. So stieg der Verbraucherpreisindex für Deutschland im Juni um 1,7% gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum an. Die Inflationsrate lag damit den zweiten Monat in Folge unter der Zweiprozentmarke. Die Teuerung wurde maßgeblich von der Preisniveauentwicklung bei Energie und Nahrungsmitteln bestimmt. Ohne die Berücksichtigung beider Gütergruppen hätte der Preisniveauanstieg bei 1,1% gelegen. Dennoch trug ein geringerer Preisniveauanstieg bei Energieprodukten deutlich zu der insgesamt nachlassenden Teuerung bei. Dies ist insbesondere auf eine rückläufige Preisentwicklung bei Mineralölprodukten auf dem Weltmarkt zurückzuführen. So lagen die Rohölpreise (US-Dollar pro Barrel der Sorte Brent) im Juni knapp 17% unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Unter Berücksichtigung der Entwicklung des €/Dollar-Wechselkurses gab es jedoch einen deutlich geringeren Rückgang des Rohölpreises um rund 4%.

Auf den Preisstufen, die dem Verbrauch vorgelagert sind, flachte sich der

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT



Preisniveauanstieg weiter ab. Zwar wurde die Zunahme von Import- und Erzeugerpreisen noch maßgeblich von der Verteuerung von Energieprodukte bestimmt, diese ließ jedoch weiter nach. Darüber hinaus waren Importe von nichtenergetischen Rohstoffen zum Teil deutlich billiger als vor einem Jahr.

Für sich genommen ist die sich abzeichnende Beruhigung des Preisklimas auf dem Weltmarkt Ausdruck einer verhalteneren weltwirtschaftlichen Aktivität. Von der aktuellen Preisniveauentwicklung auf dem Weltmarkt geht derzeit daher kein Inflationsrisiko für Deutschland aus.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2012

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2012

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Monat Juni 2012 im Vorjahresvergleich um 7,5 % gestiegen. Hierzu haben die gemeinschaftlichen Steuern mit + 8,0 % und die Bundessteuern mit + 6,4% beigetragen. Die Ländersteuern unterschritten das Vorjahresniveau um 0,2%. Aufgrund der Vorauszahlungstermine bei der veranlagten Einkommensteuer und bei der Körperschaftsteuer zählt der Juni zu den aufkommensstarken Monaten. Der deutliche Zuwachs der Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahresmonat wurde allerdings vor allem von der Lohnsteuer und den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag verursacht. Ein unerwartet deutlicher Rückgang bei den Steuern vom Umsatz wirkte dämpfend auf das Aufkommen. Im Zeitraum Januar bis Juni 2012 erhöhte sich das Steueraufkommen insgesamt im Vorjahresvergleich um 4,4%. Nach Bundesergänzungszuweisungen war der Aufkommenszuwachs des Bundes im Juni mit 8,9% stärker als bei den Ländern (7,4%). Im kumulierten Zeitraum Januar bis Juni ergibt sich weiterhin ebenfalls ein gutes Plus: Bund 2.8 %, Länder 4.5 %.

Die Kasseneinnahmen bei der Lohnsteuer lagen im Juni 2012 um 7,6 % über dem Niveau des Vorjahresmonats. Der Anstieg des Bruttoaufkommens der Lohnsteuer (vor Abzug des Kindergeldes) war im Berichtsmonat nach einer eher enttäuschenden Entwicklung im Vormonat (Mai: +3,1%) mit +6,4% der bisher höchste monatliche Zuwachs in diesem Jahr. Neben einer verzerrenden Wirkung der Vorjahresbasis kann auch von einer Aufkommenssteigerung aufgrund verschiedener Tarifabschlüsse und der fortgesetzten Beschäftigungsexpansion ausgegangen werden. Das Volumen der Kindergeldzahlungen stieg um 1,6%. Im Zeitraum Januar bis Juni 2012 ist im

kassenmäßigen Lohnsteueraufkommen ein Plus von 5,5 % zu verzeichnen.

Die Kasseneinnahmen der veranlagten Einkommensteuer erhöhten sich im Juni 2012 um 6,5 %. Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer brutto stieg im Vorjahresmonatsvergleich sogar um 7,4 %. Der Zuwachs wird durch eine Erhöhung der Vorauszahlungen um mehr als 8 % angetrieben, während Erstattungen (ohne Arbeitnehmererstattungen) und Nachzahlungen per saldo nahezu unverändert blieben. Die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG nahmen um 13,1 % zu. Im Zeitraum Januar bis Juni 2012 erreichte das Kassenaufkommen bisher ein deutliches Plus von 14,5 %.

Bei den Kasseneinnahmen der Körperschaftsteuer waren im Juni 2012 lediglich Mehreinnahmen von 1,4% zu verzeichnen. Trotz eines Anstiegs der Vorauszahlungen um circa 7% verbesserten sich die Bruttoeinnahmen lediglich um 1,5%, da die Erstattungen ebenfalls zunahmen. Vom Bruttoaufkommen wurden circa 60 Mio. € an ausgezahlten Investitionszulagen abgezogen. Im Zeitraum Januar bis Juni 2012 konnte das Kassenergebnis deutlich von 6,7 Mrd. € auf nunmehr 10,5 Mrd. € erhöht werden.

Das Kassenaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag hat sich im Berichtsmonat Juni gegenüber dem Vorjahresmonat von 1,3 Mrd. € auf nunmehr 4,1 Mrd. € erhöht. Die infolge der Umstellung des Abrechnungsverfahrens zum 1. Januar 2012 (Einführung des sogenannten Zahlstellenverfahrens) eingetretenen Einnahmeausfälle insbesondere im Mai sind nunmehr im Berichtsmonat Juni in großem Maße ausgeglichen geworden. Es kann davon

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2012

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2012	Juni	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Juni	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2012 ⁴	Veränderun ggü. Vorjah
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	13 077	+7,6	70 253	+5,5	147 450	+5,5
veranlagte Einkommensteuer	9 163	+6,5	18 466	+14,5	34 700	+8,5
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	4104	+205,1	12 100	-9,5	17 650	-2,7
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	507	+3,8	5116	-0,5	8 020	+0,0
Körperschaftsteuer	5 2 3 5	+1,4	10 466	+56,2	18 300	+17,1
Steuern vom Umsatz	14663	-5,5	95 566	+2,2	196 350	+3,3
Gewerbesteuerumlage	1	-44,0	1 044	-5,5	3 811	+3,8
erhöhte Gewerbesteuerumlage	1	-45,4	892	-6,4	3 239	+0,6
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	46 752	+8,0	213 904	+5,1	429 520	+4,6
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 300	-5,4	14113	-2,4	39 950	-0,2
Tabaksteuer	1 163	+13,3	5 855	-5,5	14200	-1,5
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	164	-3,8	1 066	+1,0	2 120	-1,4
Versicherungsteuer	549	+1,2	7 192	+4,4	11 000	+2,3
Stromsteuer	843	+13,3	3 680	-1,7	6 920	-4,5
Kraftfahrzeugsteuer	687	-2,8	4585	+0,5	8 400	-0,3
Luftverkehrsteuer	83	+2,5	421	+21,0	960	+6,
Kernbrennstoffsteuer	344	X	663	Х	1 470	+59,4
Solidaritätszuschlag	1 769	+11,1	6 952	+6,6	13 300	+4,1
übrige Bundessteuern	118	-8,5	767	+0,0	1 507	+0,3
Bundessteuern insgesamt	9 019	+6,4	45 294	+1,7	99 827	+0,7
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	294	-14,3	2 029	-11,8	4280	+0,8
Grunderwerbsteuer	563	+8,6	3 559	+17,9	7 3 3 0	+15,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	108	+0,4	716	-0,9	1 419	-0,1
Biersteuer	71	-1,7	337	-1,4	700	-0,3
Sonstige Ländersteuern	25	+13,9	243	+4,5	378	+4,6
Ländersteuern insgesamt	1 060	-0,2	6 884	+4,1	14 107	+7,7
EU-Eigenmittel						
Zölle	338	-9,6	2 139	-3,2	4750	+3,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	80	-10,6	1 191	+30,1	2 030	+7,4
BSP-Eigenmittel	811	-16,3	11 784	+19,6	22 760	+26,4
EU-Eigenmittel insgesamt	1 230	-14,2	15 114	+16,4	29 540	+20,8
Bund ³	28 013	+8,9	121 330	+2,8	252 254	+1,7
Länder ³	24 237	+7,4	115 947	+4,5	234 206	+4,4
EU	1 230	-14,2	15 114	+16,4	29 540	+20,8
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	3 690	+6,0	15 829	+6,3	32 204	+5,5
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	57 169	+7,5	268 220	+4,4	548 204	+4,0

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $^{^2\,\}text{Nach\,Abzug\,der\,Kindergelderstattung\,durch\,das\,Bundeszentralamt\,f\"{u}r\,\text{Steuern.}}$

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2012.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2012

ausgegangen werden, dass in den kommenden zwei Monaten weitere Einnahmesteigerungen aus diesem Sachverhalt resultieren. Die Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern unterschritten das Ergebnis des Vorjahresmonats um 20,8 %. Im Zeitraum Januar bis Juni 2012 sank das Kassenaufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag insgesamt von 13,4 Mrd. € auf 12,1 Mrd. €.

Das Volumen der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge übertraf das Vorjahresmonatsniveau um 3,8 %. Im Zeitraum Januar bis Juni 2012 wurde das Ergebnis des Vorjahres allerdings noch um 0,5 % unterschritten.

Die Steuern vom Umsatz lagen im Berichtsmonat Juni 2012 um 5,5 % unter dem Niveau des Vorjahres. Erstmals in diesem Jahr sanken auch die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer gegenüber dem Vorjahreszeitraum (-2,8%). Die (Binnen-) Umsatzsteuer verzeichnet mit 6,6 % sogar den bei weitem höchsten Rückgang in diesem Jahr. Im gesamten Zeitraum Januar bis Juni 2012 ergeben sich bei den Steuern vom Umsatz insgesamt nur noch Mehreinnahmen von 2,2 %. Angesichts eines stabilen binnenwirtschaftlichen Umfeldes sollte die Entwicklung im aktuellen Monat nicht überbewertet werden; die Grundtendenz der Aufkommensentwicklung dürfte aufwärtsgerichtet bleiben.

Bei den reinen Bundessteuern konnte im Juni 2012 das Vorjahresergebnis mit 6,4% deutlich übertroffen werden. Hierzu trugen insbesondere die Tabaksteuer (+ 13,3 %), der Solidaritätszuschlag (+11,1%), die Stromsteuer (+13,3%) und die Versicherungsteuer (+1,2%) bei. Bei der Luftverkehrsteuer kam es zu einem leichten Plus von 2,5 %. Kernbrennstoffsteuer wurde in Höhe von 343,5 Mio. € gezahlt (kumuliert für die Monate Januar bis Juni 2012 liegt hier der Wert nunmehr bei 662,9 Mio. €). Unter den aufkommensstarken Bundessteuern wies allein die Energiesteuer einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 5,4% auf, welcher vor allem auf Mindereinnahmen bei der Energiesteuer auf Erdgas (-39,7%) beruht. Die Bundessteuern insgesamt stiegen im Berichtszeitraum Januar bis Juni 2012 mit 1,7 % eher verhalten.

Die reinen Ländersteuern unterschritten im Berichtsmonat das Vorjahresniveau um 0,2%. Die Mehreinnahmen bei der Grunderwerbsteuer (+ 8,6%) konnten – wie bereits im Mai 2012 – den deutlichen Rückgang der Erbschaftsteuer (- 14,3%) nicht ausgleichen. Während die Feuerschutzsteuer (+ 7,9%) und die Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 0,4%) noch Mehreinnahmen verbuchten, kam es bei der Biersteuer zu einem Rückgang um 1,7%. Die Ländersteuern insgesamt stiegen im Berichtszeitraum Januar bis Juni 2012 im Vorjahresvergleich allerdings noch um 4,1%.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis Juni 2012

Entwicklung des Bundeshaushalts bis Juni 2012

Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes von Januar bis einschließlich Juni 2012 beliefen sich auf 148,0 Mrd. €. Sie lagen um 2,3 Mrd. € (-1,5 %) unter dem Ergebnis des Vergleichszeitraums des Vorjahres. Rückgängen bei den Zinsausgaben (-1,0 Mrd. €), bei den Ausgaben am Arbeitsmarkt (-2,4 Mrd. €) und in anderen Bereichen stehen Mehrausgaben, wie zum Beispiel beim Hochschulpakt 2020, gegenüber.

Einnahmenentwicklung

Die Einnahmen des Bundes bis einschließlich Juni 2012 lagen mit 129,7 Mrd. € um 1,8 Mrd. € (+1,4%) über den Einnahmen des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Die Steuereinnahmen legten im Betrachtungszeitraum mit 119,1 Mrd. € um 2,9 Mrd. € (+ 2,5 %) zu. Die Verwaltungseinnahmen gingen im Betrachtungszeitraum um 1,1 Mrd. € (- 9,3 %) zurück. Hauptursächlich ist hier im Wesentlichen der Rückgang des Bundesbankgewinns von rund 1,6 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr.

Finanzierungssaldo

Die Aussagekraft der Zahlen zum jetzigen Zeitpunkt ist noch wenig verlässlich. Eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungsdefizit von 18,2 Mrd. € ableiten.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2011	Soll 2012 ¹	Ist - Entwicklung ² Januar bis Juni 2012
Ausgaben (Mrd. €)	296,2	312,7	148,0
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			-1,5
Einnahmen (Mrd. €)	278,5	280,2	129,7
$Unterj\"{a}hrige\ Ver\"{a}nderung\ gegen\"{u}ber\ Vorjahr\ in\ \%$			1,4
Steuereinnahmen (Mrd. €)	248,1	252,2	119,1
$Unterj\"{a}hrige\ Ver\"{a}nderung\ gegen\"{u}ber\ Vorjahr\ in\ \%$			2,5
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-17,7	-32,5	-18,2
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	-1,6
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,3	-0,4	-0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-17,3	-32,1	-16,5

¹Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

² Buchungsergebnisse.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis Juni 2012

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	ls	t	So	II ¹	Ist - Entv	vicklung	Unterjährige
	20	11	20	12	Januar bis Juni 2011	Januar bis Juni 2012	Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	io.€	11170
Allgemeine Dienste	54 407	18,4	63 904	20,4	25 546	26 354	+3,
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 931	2,0	6 292	2,0	2 618	2 891	+10,
Verteidigung	31 710	10,7	31 734	10,1	15 133	15 629	+3,
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6 3 6 9	2,2	5 798	1,9	2 989	2 860	-4,
Finanzverwaltung	3 754	1,3	4326	1,4	1 759	1 856	+5,
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	16 086	5,4	17 994	5,8	6 915	7 600	+9,
BAföG	1 584	0,5	1 763	0,6	918	928	+1,
Forschung und Entwicklung	9 3 6 1	3,2	10 083	3,2	3 308	3 591	+8,
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben,	155 255	52,4	154 880	49,5	84 116	81 539	-3,
Wiedergutmachungen Sozialversicherung	77 976	26,3	78 711	25,2	44 217	44 762	+1,
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	8 046	2,7	7 238	2,3	5 160	3 5 1 4	-31
Grundsicherung für Arbeitssuchende	33 035	11,2	32 735	10,5	16 571	15 808	-4
darunter: Arbeitslosengeld II	19384	6,5	19370	6,2	10 102	9 8 7 9	-2
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	4 855	1,6	4900	1,6	2 3 7 5	2 452	+3,
Wohngeld	745	0,3	650	0,2	417	308	-26
Erziehungsgeld/Elterngeld	4712	1,6	4904	1,6	2 432	2 477	+1,
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	1 684	0,6	1 613	0,5	944	849	-10
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 335	0,5	1 548	0,5	542	587	+8,
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 033	0,7	2 066	0,7	757	855	+12
Wohnungswesen	1 3 6 6	0,5	1 387	0,4	658	715	+8.
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 656	1,9	5 672	1,8	2 828	2 573	-9,
Regionale Förderungsmaßnahmen	937	0,3	635	0,2	279	193	-30
Kohlenbergbau	1 349	0,5	1 200	0,4	1 350	1182	-12,
Gewährleistungen	797	0,3	1 500	0,5	321	368	+14
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 645	3,9	12 384	4,0	4 521	4 314	-4,
Straßen (ohne GVFG)	6115	2,1	6126	2,0	1 938	1 769	-8
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	15 986	5,4	16 407	5,2	7 747	7 888	+1
Bundeseisenbahnvermögen	5 020	1,7	5 239	1,7	2 3 3 7	2 3 0 5	-1
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4037	1,4	4016	1,3	1 579	1 600	+1
Allgemeine Finanzwirtschaft	33 825	11,4	37 846	12,1	17 332	16 304	-5
Zinsausgaben	32 800	11,1	34207	10,9	16 891	15 844	-6
Ausgaben zusammen	296 228	100,0	312 700	100,0	150 304	148 013	-1,

¹Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

Entwicklung des Bundeshaushalts bis Juni 2012

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	ls	t	So	II ¹	Ist - Entw	ricklung	Unterjährige
	20	11	20	12	Januar bis Juni 2011	Januar bis Juni 2012	Veränderung ggü. Vorjahr in%
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mi	o.€	111 /0
Konsumtive Ausgaben	270 850	91,4	277 293	88,7	140 968	139 026	-1,4
Personalausgaben	27 856	9,4	28 497	9,1	14 682	14 303	-2,6
Aktivbezüge	20 702	7,0	21 349	6,8	10 798	10370	-4,0
Versorgung	7 154	2,4	7 147	2,3	3 884	3 933	+1,3
Laufender Sachaufwand	21 946	7,4	23 828	7,6	8 884	9 801	+10,3
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 545	0,5	1 283	0,4	696	548	-21,3
Militärische Beschaffungen	10 137	3,4	10 673	3,4	4066	4 0 5 5	-0,3
Sonstiger laufender Sachaufwand	10 264	3,5	11 871	3,8	4122	5 199	+26,1
Zinsausgaben	32 800	11,1	34 207	10,9	16 891	15 844	-6,2
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	187 554	63,3	190 295	60,9	100 298	98 852	-1,4
an Verwaltungen	15 930	5,4	17 600	5,6	7 420	7 2 1 1	-2,8
an andere Bereiche	171 624	57,9	172 696	55,2	92 989	91 691	-1,4
darunter:							
Unternehmen	23 882	8,1	25 106	8,0	12 153	12 004	-1,2
Renten, Unterstützungen u. a.	26718	9,0	26 931	8,6	13 988	13 765	-1,6
Sozialversicherungen	115 398	39,0	113 678	36,4	64314	62 421	-2,9
Sonstige Vermögensübertragungen	695	0,2	467	0,1	214	226	+5,6
Investive Ausgaben	25 378	8,6	35 650	11,4	9 335	8 988	-3,7
Finanzierungshilfen	18 202	6,1	27 653	8,8	7 072	6 655	-5,9
Zuweisungen und Zuschüsse	14589	4,9	14734	4,7	5 550	5 670	+2,2
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 825	1,0	4231	1,4	894	985	+10,2
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	788	0,3	8 687	2,8	628	0	-100,0
Sachinvestitionen	7 175	2,4	7 997	2,6	2 264	2 333	+3,0
Baumaßnahmen	5 8 1 4	2,0	6 5 1 9	2,1	1 889	1 938	+2,6
Erwerb von beweglichen Sachen	869	0,3	899	0,3	298	310	+4,0
Grunderwerb	492	0,2	578	0,2	76	85	+11,8
Globalansätze	0	0,0	- 243	-0,1	0	0	
Ausgaben insgesamt	296 228	100,0	312 700	100,0	150 304	148 013	-1,5

¹ Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

$\ \ \square$ Aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage

Entwicklung des Bundeshaushalts bis Juni 2012

Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	t	Sol	l ¹	Ist - Entw	icklung	
	20	11	201	2	Januar bis Juni 2011	Januar bis Juni 2012	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahi in %
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mi	o . €	III /o
I. Steuern	248 066	89,1	252 223	90,0	116 269	119 123	+2,
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	196 908	70,7	204 546	73,0	96 591	100 514	+4
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	93 488	33,6	98 887	35,3	45 746	49 066	+7
davon:							
Lohnsteuer	59 475	21,4	62 666	22,4	26 657	28 078	+5
veranlagte Einkommensteuer	13 599	4,9	14717	5,3	6 852	7 848	+14
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	9 0 6 8	3,3	8 8 2 5	3,1	6 685	5 729	-14
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 529	1,3	3 529	1,3	2 203	2 177	-1
Körperschaftsteuer	7817	2,8	9 150	3,3	3 350	5 233	+56
Steuern vom Umsatz	101 899	36,6	104 080	37,1	50 387	51 015	+1
Gewerbesteuerumlage	1 520	0,5	1 579	0,6	458	433	-5
Energiesteuer	40 036	14,4	39 950	14,3	14 459	14113	-2
Tabaksteuer	14414	5,2	14 200	5,1	6 193	5 855	-5
Solidaritätszuschlag	12 781	4,6	13 300	4,7	6 522	6 952	+6
Versicherungsteuer	10755	3,9	11 000	3,9	6886	7 192	+4
Stromsteuer	7 2 4 7	2,6	6 920	2,5	3 744	3 680	-1
Kraftfahrzeugsteuer	8 422	3,0	8 400	3,0	4 5 6 4	4585	+0
Kernbrennstoffsteuer	922	0,3	1 470	0,5	0	663	
Branntweinabgaben	2 151	0,8	2 121	0,8	1 057	1 067	+0
Kaffeesteuer	1 028	0,4	1 040	0,4	521	523	+0
Luftverkehrsteuer	905	0,3	960	0,3	348	421	+21
Ergänzungszuweisungen an Länder	-12 110	-4,3	-11 283	-4,0	-6 104	-5 671	-
BNE-Eigenmittel der EU	-18 003	-6,5	-22 760	-8,1	-9 856	-11 784	+19
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-1 890	-0,7	-2 030	-0,7	-916	-1 191	+30
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 980	-2,5	-7 085	-2,5	-3 490	-3 542	+1
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,2	-8 992	-3,2	-4496	-4 496	+0
II. Sonstige Einnahmen	30 455	10,9	28 014	10,0	11 710	10 617	-9
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 9 7 1	1,8	4244	1,5	3 602	2518	-30
Zinseinnahmen	483	0,2	519	0,2	125	107	-14
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	5 267	1,9	6713	2,4	1 276	1 351	+5
Einnahmen zusammen	278 520	100,0	280 237	100,0	127 980	129 741	+1

¹Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

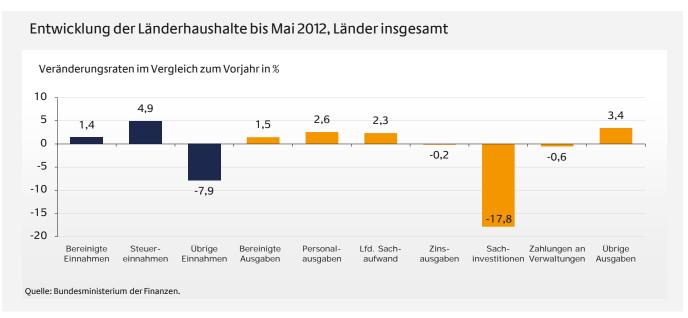
Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2012

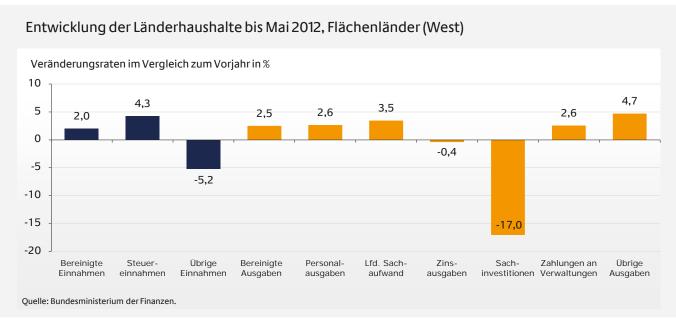
Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2012

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich Mai 2012 vor.

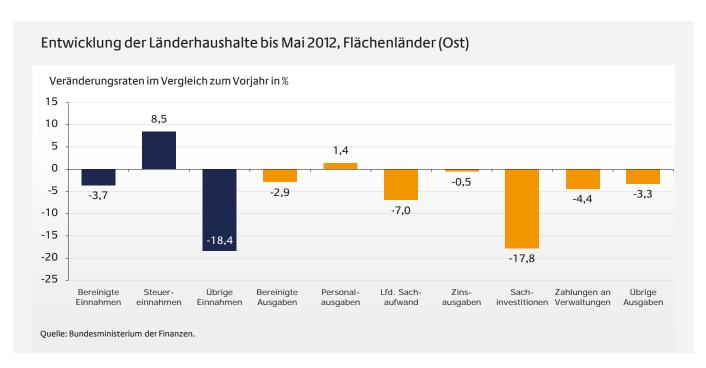
Die Ausgaben der Länder insgesamt erhöhten sich im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 1,5 %, während die Einnahmen um 1,4 % anstiegen.

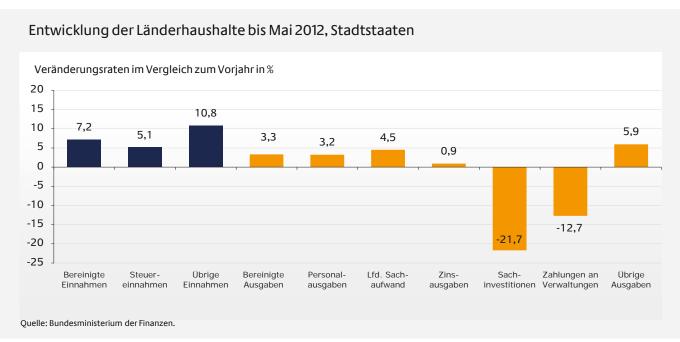
Die Steuereinnahmen lagen Ende Mai um 4,9 % über dem Vorjahreswert. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit beträgt am Ende des Berichtszeitraums rund 6,5 Mrd. € und übersteigt damit den entsprechenden Vorjahreswert um knapp 0,2 Mrd. €. Derzeit planen die Länder für das Haushaltsjahr 2012 ein Finanzierungsdefizit von rund 15 Mrd. €.





Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2012





FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Juni durchschnittlich 4,15 % (4,13 % im Mai).

Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe betrug Ende Juni 1,62 % (1,29 % Ende Mai).

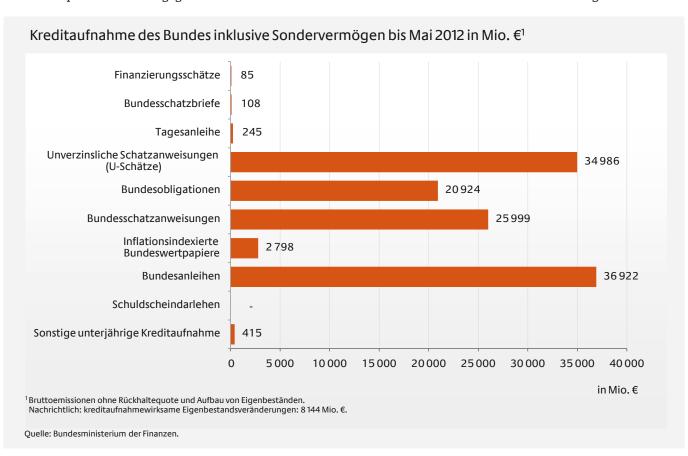
Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende Juni auf 0,65 % (0,67 % Ende Mai).

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in der EZB-Ratssitzung am 5. Juli 2012 beschlossen, mit Wirkung vom 11. Juli 2012 den Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte um 25 Basispunkte auf 0,75 %, den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität um 25 Basispunkte auf 1,50 % und die Einlagefazilität um 25 Basispunkte auf 0,00 % zu senken.

Der deutsche Aktienindex betrug 6 416 Punkte am 29. Juni (6 264 Punkte am 31. Mai). Der Euro Stoxx 50 stieg von 2 119 Punkten am 31. Mai auf 2 265 Punkte am 29. Juni.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Mai bei 2,9 % nach 2,5 % im April und 3,0 % im März. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 für den Zeitraum von März bis Mai 2012 lag



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

bei 2,8 % nach 2,7 % im vorangegangenen Dreimonatszeitraum.

Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im Mai - 0,2 % nach 0,0 % im Vormonat.

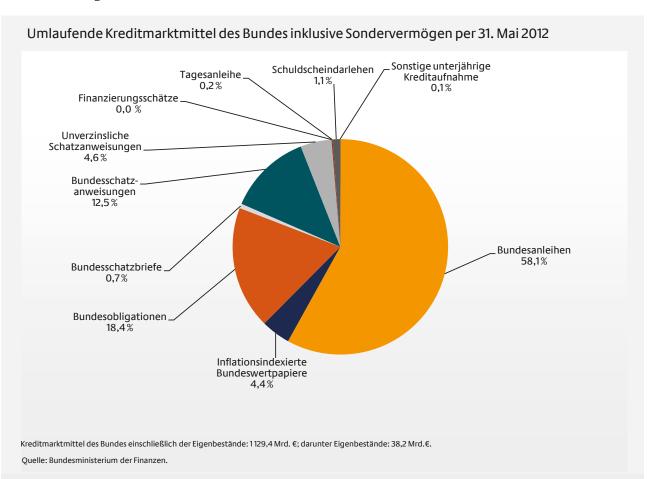
In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 0,11% im Mai gegenüber 0,41% im April.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen betrug bis einschließlich Mai 2012 insgesamt 122,48 Mrd. €. Davon wurden 109,94 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt.

Am 21. März 2012 wurde die 0,10 %ige inflationsindexierte Bundesanleihe (ISIN DE 0001030542) mit einem Volumen von 2,0 Mrd. € erstmals emittiert und am 23. Mai 2012 um 1,5 Mrd. € im Tenderverfahren aufgestockt. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsabbau: 8,14 Mrd. €).

Die konkreten Kapital- und Geldmarktemissionen für die Finanzierung von Bund und Sondervermögen sind in der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2012" dargestellt.



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2012 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd. €	•					
Anleihen	25,0	-	-	-	-								25,0
Bundesobligationen	-	-	-	16,0	-								16,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	19,0	-	-								19,0
U-Schätze des Bundes	8,9	8,9	8,9	7,0	7,0								40,7
Bundesschatzbriefe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2								0,7
Finanzierungsschätze	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0								0,2
Tagesanleihe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0								0,3
Schuldscheindarlehen	-	-	-	-	-								-
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	0,0	-	0,7	-	-								0,7
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	-0,0	-0,0	0,0	0,0								-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	34,5	9,2	28,8	23,1	7,2								102,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2012 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	11,2	0,8	-0,1	4,4	-0,9								15,4

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Bis Ende Mai dieses Jahres beliefen sich die Tilgungen für Bund und Sondervermögen auf 102,54 Mrd. € und die Zinszahlungen auf 15,36 Mrd. €.

Die aufgenommenen Mittel wurden zur Finanzierung des Bundeshaushalts in Höhe von 119,95 Mrd. € und des Finanzmarktstabilisierungsfonds (FMS) in Höhe von 2,73 Mrd. € eingesetzt. Die Nettotilgungen des Investitions- und Tilgungsfonds (ITF) in Höhe von 0,19 Mrd. € wurden an den Bundeshaushalt und den FMS abgeführt.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2012 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	idertermin Laufzeit		Volumen ¹ Ist
Bundesobligation ISIN DE0001141620 WKN 114162	Aufstockung	4. April 2012	5 Jahre / fällig 24. Februar 2017 Zinslaufbeginn 13. Januar 2012 erster Zinstermin 24. Februar 2013	3 Mrd. €/ 4 Mrd. €	4 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135473 WKN 113547	Neuemission	11. April 2012	10 Jahre / fällig 4. Juli 2022 Zinslaufbeginn 13. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	5 Mrd.€	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137370 WKN 113737	Aufstockung	18. April 2012	2 Jahre / fällig 14. März 2014 Zinslaufbeginn 24. Februar 2012 erster Zinstermin 14. März 2013	5 Mrd.€	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135481 WKN 113548	Neuemission	25. April 2012	30 Jahre fällig 2. Juli 2044 Zinslaufbeginn 27. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141638 WKN 114163	Neuemission	9. Mai 2012	5 Jahre / fällig 7. April 2017 Zinslaufbeginn 7. April 2012 erster Zinstermin 7. April 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135473 WKN 113547	Aufstockung	16. Mai 2012	10 Jahre / fällig 4. Juli 2022 Zinslaufbeginn 13. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137388 WKN113738	Neuemission	23. Mai 2012	2 Jahre / fällig 13. Juni 2014 Zinslaufbeginn 25. Mai 2012 erster Zinstermin 13. Juni 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141638 WKN 114163	Aufstockung	6. Juni 2012	5 Jahre / fällig 7. April 2017 Zinslaufbeginn 7. April 2012 erster Zinstermin 7. April 2013	4 Mrd. € / 5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135473 WKN 113547	Aufstockung	13. Juni 2012	10 Jahre / fällig 4. Juli 2022 Zinslaufbeginn 13. April 2012 erster Zinstermin 4. Juli 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137388 WKN113738	Aufstockung	20. Juni 2012	2 Jahre / fällig 14. März 2014 Zinslaufbeginn 24. Februar 2012 erster Zinstermin 14. März 2013	5 Mrd. €	5 Mrd. €
			2. Quartal 2012 insgesamt	45 Mrd. €/ 47 Mrd. €	47 Mrd. €

¹Volumen einschließlich Marktpflegequote.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2012 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹ Soll (Jahresvor- schau/aktueller Emissions- kalender)	Volumen ¹ Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001116051 WKN 111605	Neuemission	2. April 2012	6 Monate / fällig 10. Oktober 2012	4 Mrd.€	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001116069 WKN 111606	Neuemission	23. April 2012	12 Monate / fällig 24. April 2013	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001116077 WKN 111607	Neuemission	14. Mai 2012	6 Monate / fällig 14. November 2012	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119600 WKN 111960	Neuemission	21. Mai 2012	12 Monate / fällig 22. Mai 2013	3 Mrd. €	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119618 WKN 111961	Neuemission	11. Juni 2012	6 Monate / fällig 5. Dezember 2012	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001119626 WKN 111962	Neuemission	25. Juni 2012	12 Monate / fällig 26. Juni 2013	3 Mrd.€	3 Mrd. €
			2. Quartal 2012 insgesamt	21 Mrd. €	21 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2012 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Tendertermin Laufzeit		Volumen ¹ Ist
Inflations indexierte Bundes wert papiere ISIN DE0001030542 WKN 103054	Aufstockung	23. Mai 2012	10 Jahre / fällig 15. April 2023 Zinslaufbeginn: 23. März 2012 erster Zinstermin 15. April 2013	2 - 3 Mrd. €/ 1,5 Mrd. €	1,5 Mrd. €
Inflations indexierte Bundes wert papiere ISIN DE0001030534 WKN 103053	Aufstockung	13. Juni 2012	7 Jahre / fällig 15. April 2018 Zinslaufbeginn: 15. April 2011 erster Zinstermin 15. April 2012	2 - 3 Mrd. €/ 1,0 Mrd. €	1,0 Mrd. €
			1. Quartal 2012 insgesamt	2 - 3 Mrd. €/ 2,5 Mrd. €	2,5 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf die ECOFIN-Tagungen am 22. Juni und 10. Juli 2012

1 Legislative Beratungen

Geänderte Vorschriften für die Eigenkapitalanforderungen (CRD IV)

Die Präsidentschaft bekräftigte ihre Bereitschaft, auf einen schnellstmöglichen Abschluss der Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament (EP) im Trilogverfahren hinzuarbeiten. Auch die EU-Kommission und die Europäische Zentralbank (EZB) betonten die Bedeutung eines schnellen Abschlusses der Verhandlungen im Hinblick auf die G20-Verpflichtung, die Baseler Empfehlungen zu Eigenkapitalanforderungen zum 1. Januar 2013 umzusetzen. Die neue Kapitalrichtlinie CRD IV ist ein zentraler Baustein der zukünftigen europäischen Bankenregulierung. Die Umsetzung stellt sicher, dass Banken besser kapitalisiert sind und gegenüber Krisen deutlich widerstandfähiger werden.

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen

Die EU-Kommission präsentierte ihren Richtlinienvorschlag. Er zielt darauf ab, in ganz Europa tätige Banken künftig nach einheitlichen Standards sanieren oder abwickeln zu können, und ist ein weiteres wichtiges Element der künftigen Aufsichtsund Regelungsarchitektur im europäischen Bankenwesen. Rat und Europäisches Parlament werden den Richtlinienvorschlag in den kommenden Monaten diskutieren. Die Richtlinie soll bis 2014 umgesetzt und ab Januar 2015 angewendet werden.

Wirtschaftspolitische Steuerung ("Two-Pack")

Der Trilog zu den beiden Verordnungsvorschlägen hat begonnen. Die Präsidentschaft erläuterte, dass es eine Reihe von rechtlichen und politischen Bedenken gegen die Änderungsvorschläge des Europäischen Parlaments gebe. Der Juristische Dienst des Rates führte aus, dass die Vorschläge zur Einrichtung eines Schuldentilgungsfonds sowie zur Einführung von Schuldenregeln und eines Gläubigerschutzes für Staaten in den vorliegenden Verordnungsvorschlägen rechtlich unzulässig seien, da sie die zulässigen Grenzen des Artikels 136 Absatz 1 AEUV überschritten. Substanzielle Trilogverhandlungen sind für September, eine inhaltliche Befassung der Minister beim Oktober-ECOFIN vorgesehen.

Richtlinie Energiebesteuerung

Die Minister haben in einer Orientierungsaussprache Leitlinien für die weiteren Arbeiten zum Vorschlag der EU-Kommission zu einer Änderung der Richtlinie 2003/96/EG vom 27. Oktober 2003 (Energiesteuerrichtlinie) diskutiert. Nahezu alle Mitgliedstaaten lehnten dabei das von der EU-Kommission vorgeschlagene Äquivalenzprinzip ab, das zu einer höheren Besteuerung von Dieselgegenüber Ottokraftstoff führen würde. Viele Delegationen sprachen sich darüber hinaus für gleiche Wettbewerbsbedingungen in Bezug auf Steuerbefreiungen und Steuerermäßigungen aus. Hinsichtlich der Einführung einer CO₂-Steuerkomponente gab es dagegen keine Übereinstimmung.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

2 Nichtlegislative Beratungen

Vorstellung des Arbeitsprogramms der zyprischen Präsidentschaft

Die neue zyprische Präsidentschaft stellte ihr ECOFIN-Arbeitsprogramm mit den Schwerpunkten Umsetzung und Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung und des Stabilitäts- und Wachstumspakts, Wachstum, Finanzmarktreformen und Steuerpolitik vor.

Finanztransaktionsteuer

Der ECOFIN-Rat hat festgestellt, dass die Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionsteuer auf absehbare Zeit nicht konsensfähig ist. Die Präsidentschaft hielt fest, dass eine substanzielle Zahl von Mitgliedstaaten interessiert ist, im Wege der sogenannten Verstärkten Zusammenarbeit gemeinschaftsrechtlich voranzugehen, und sagte zu, das weitere Verfahren zu unterstützen. Die EU-Kommission bestätigte, einen Antrag von mindestens neun Mitgliedstaaten auf Verstärkte Zusammenarbeit zeitnah zu prüfen.

Europäisches Semester

Der ECOFIN-Rat hat im Rahmen des Europäischen Semesters die länderspezifischen Empfehlungen zu den von den Mitgliedstaaten vorgelegten Nationalen Reformprogrammen und den aktualisierten Stabilitätsbeziehungsweise Konvergenzprogrammen sowie die Empfehlung an den Euroraum gebilligt. Den einzelnen Mitgliedstaaten wird größtenteils ein Festhalten an der Abbaufrist im Rahmen der Defizitverfahren empfohlen. Die Mitgliedstaaten sind gehalten, diese Empfehlungen – bei grundsätzlicher Wahrung der nationalen Zuständigkeit – in der Ausgestaltung ihrer Finanz-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik zu berücksichtigen.

Darüber hinaus erfolgte eine erste Bestandsaufnahme und ein Gedankenaustausch zum Ablauf des Europäischen Semesters 2012. Die Minister und europäischen Institutionen teilten die Einschätzung, dass das diesjährige Europäische Semester gut verlaufen sei, sahen jedoch auch Raum für Verbesserungen. Seitens der Mitgliedstaaten wurde insbesondere der Zeitdruck für die Diskussion unter den Mitgliedstaaten kritisiert. Die Präsidentschaft kündigte eine ausführliche Diskussion beim Oktober-ECOFIN an. Die EU-Kommission, der Wirtschafts- und Finanzausschuss (WFA) und der Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) wurden gebeten, zur Vorbereitung konkrete Vorschläge für eine Verbesserung des Verfahrens zu erarbeiten.

Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes: Verfahren bei übermäßigem Defizit

Der ECOFIN-Rat hat beschlossen, die Verfahren bei übermäßigem Defizit (VÜD) für Deutschland und Bulgarien aufzuheben. In beiden Ländern wurde der Referenzwert von 3 % im Jahr 2011 unterschritten. Die Entscheidungen sind ein gutes Signal, dass sich eine Konsolidierungsstrategie auszahlt.

Der ECOFIN-Rat nahm einstimmig den Vorschlag der EU-Kommission für eine Ratsempfehlung zur Verlängerung der Frist für Spanien an, sein übermäßiges Defizit zu beenden. Damit verlängert sich die Frist zur Beendigung des übermäßigen Defizits von 2013 auf 2014. Die Minister stellten fest, dass die beiden Voraussetzungen für eine Verlängerung erfüllt seien: Spanien habe wirksame Maßnahmen zur strukturellen Konsolidierung im Rahmen des vereinbarten Zeitplans ergriffen; zugleich sei ein unerwarteter Wachstumseinbruch mit schwerwiegenden Konsequenzen für die Lage der öffentlichen Finanzen eingetreten.

Zugleich entschieden die Minister, den Beschluss des Rates vom März dieses Jahres zur Aussetzung der Kohäsionsfondsmittel für Ungarn aufzuheben. Die EU-Kommission hatte bescheinigt, dass Ungarn in den vergangenen Monaten wirksame Maßnahmen ergriffen hat,

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

um sein übermäßiges Defizit zu korrigieren. Vereinbarungsgemäß konnte daher die Sanktion aufgehoben werden.

Konvergenzbericht der EU-Kommission und der EZB

Die Minister haben die Konvergenzberichte der EU-Kommission und der EZB zur Kenntnis genommen. Die Analysen kommen zu dem Ergebnis, dass derzeit keines der untersuchten Länder, die noch nicht Mitglied der Währungsunion sind und nicht über eine opt-out-Option verfügen, also Bulgarien, Tschechien, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Rumänien und Schweden, derzeit die Voraussetzungen für einen Eurobeitritt erfüllt.

Folgearbeiten zum Europäischen Rat am 28./29. Juni 2012

Die Diskussion fokussierte sich auf den Auftrag der Staats- und Regierungschefs vom 28. Juni 2012, einen gemeinsamen Bankenaufsichtsmechanismus unter Einbeziehung der EZB einzurichten. Die EU-Kommission kündigte an, bis Anfang September hierzu Gesetzgebungsvorschläge vorzulegen und unterstrich, dass im Interesse eines einheitlichen Binnenmarkts eine gemeinsame Bankenaufsicht möglichst für alle 27 Mitgliedstaaten anzustreben sei. In der Diskussion wurden insbesondere der Anwendungsbereich sowie das Verhältnis eines solchen neuen Mechanismus zu bestehenden nationalen Aufsichtsbehörden thematisiert. Die Präsidentschaft stellte eine spätere Fortsetzung der Diskussion in Aussicht.

Nominierung eines Kandidaten für das EZB-Direktorium

Der ECOFIN-Rat verabschiedete eine Empfehlung an den Europäischen Rat, den Präsidenten der Nationalbank Luxemburgs, Yves Mersch, als neues Mitglied des Direktoriums der EZB zu benennen. Der Europäische Rat entscheidet darüber nach Anhörung des EP und der EZB.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

14./15. September 2012	Informeller ECOFIN in Zypern
8./9. Oktober 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Luxemburg
12./14. Oktober 2012	Jahrestagung von IWF und Weltbank in Tokio
18./19. Oktober 2012	Europäischer Rat in Brüssel
4./5. November 2012	Treffen der G20-Finanzminister und Notenbankgouverneure in Mexiko City
12./13. November 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2013 und des Finanzplans bis 2016

18. Januar 2012	Vorstellung Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
bis Ende Februar 2012	Entwicklung des Eckwertebeschlusses und Erarbeitung der Kabinettvorlage durch das BMF
21. März 2012	Kabinettsitzung für Eckwertebeschluss
25. April 2012	Mittelfristprojektion zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
8. bis 10. Mai 2012	Steuerschätzung in Frankfurt/Oder
24. Mai 2012	Sitzung des Stabilitätsrats
27. Juni 2012	Kabinettsitzung für Regierungsentwurf
10. August 2012	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
11. bis 14. September 2012	1. Lesung Bundestag
21. September 2012	1. Durchgang Bundesrat
ab 39. Kalenderwoche 2012	Beratungen im Haushaltsausschuss
29. bis 31. Oktober 2012	Steuerschätzung in Frankfurt a. M.
8. November 2012	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
20. bis 23. November 2012	2./3. Lesung Bundestag
14. Dezember 2012	2. Beratung Bundesrat
Ende Dezember 2012	Verkündung im Bundesgesetzblatt

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
August 2012	Juli 2012	20. August 2012
September 2012	August 2012	21. September 2012
Oktober 2012	September 2012	22. Oktober 2012
November 2012	Oktober 2012	22. November 2012
Dezember 2012	November 2012	21. Dezember 2012

Publikationen des BMF

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikation neu herausgegeben:

- Fachblick: Datensammlung zur Steuerpolitik (Ausgabe 2012)

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

broschueren@bmf.bund.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90¹ Telefax: 01805 / 77 80 94¹

Internet

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

 $^{^1}$ Jeweils 0,14 \in / Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Statistiken und Dokumentationen

Über	sichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	68
1	Kreditmarktmittel	68
2	Gewährleistungen	
3	Bundeshaushalt 2007 bis 2012	
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	03
-	2007 bis 2012	70
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen,	
	Soll 2012	
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012	
7	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
10	Entwicklung der Staatsquote	
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012	
10		
Über	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	95
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2012 im Vergleich zum Jahressoll 2012	
Abb.	Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2011/2012	
2	Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	
	Länder bis Mai 2012	96
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2012	
Kenn	nzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	102
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	102
2	Preisentwicklung	103
3	Außenwirtschaft	104
4	Einkommensverteilung	105
	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	106
5	Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten	107
6	Prouktionspotenzial und -lücken	108
7	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	
	Potenzialwachstum	109
8	Bruttoinlandsprodukt	110
9	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	111
10	Kapitalstock und Investitionen	
11	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	
12	Preise und Löhne	
13	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	116
14	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	117

☐ Statistiken und Dokumentationen

15	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	118
16	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	119
17	Übersicht Weltfinanzmärkte	120
Abb.	Entwicklung von DAX und Dow Jones	121
18	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	122
19	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
	zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	126

□ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand: 30. April 2012	Zunahme	Abnahme	Stand: 31. Mai 2012				
		in Mio. €						
Inflations indexier te Bundes wert papiere	48 000	1 500	0	49 500				
Anleihen ¹	650 736	5 000	0	655 736				
Bundesobligationen	203 000	5 000	0	208 000				
Bundesschatzbriefe ²	7 7 7 8	26	190	7 613				
Bundesschatzanweisungen	136 000	5 000	0	141 000				
Unverzinsliche Schatzanweisungen	52 066	6 998	6 9 5 9	52 106				
Finanzierungsschätze ³	392	19	33	379				
Tagesanleihe	2 118	32	41	2 109				
Schuldscheindarlehen	12 061	0	0	12 061				
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	852	0	0	852				
Kreditmarktmittel insgesamt	1 113 004			1 129 356				

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:
	30. April 2012			31. Mai 2012
		in M	lio. €	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	226 581			226511
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	362 000			367 003
langfristig (mehr als 4 Jahre)	524 423			535 842
Kreditmarktmittel insgesamt	1 113 004			1 129 356

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und €-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

² Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

³1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

☐ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen Belegung am 30. Juni 2012		Belegung am 30. Juni 2011
		in Mrd. €	
Ausfuhren	135,0	122,1	115,9
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	50,0	41,4	37,3
FZ-Vorhaben	9,00	4,0	2,7
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	0,0
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	171,0	108,2	110,4
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	56,1	55,9
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,18	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	8,0	8,0	6,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	211,0	95,3	9,2

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2007 bis 2012 Gesamtübersicht

	2007	2008	2009	2010	2011	2012			
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll ¹			
		Mrd.€							
1. Ausgaben	270,4	282,3	292,3	303,7	296,2	312,7			
Veränderung gegen Vorjahr in %	+3,6	+4,4	+3,5	+3,9	-2,4	+5,6			
2. Einnahmen ²	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	280,2			
Veränderung gegen Vorjahr in %	+9,8	+5,8	- 4,7	+0,6	+7,4	+0,6			
darunter:									
Steuereinnahmen	230,0	239,2	227,8	226,2	248,1	252,2			
Veränderung gegen Vorjahr in %	+12,8	+4,0	- 4,8	-0,7	+9,7	+1,7			
3. Finanzierungssaldo	-14,7	-11,8	-34,5	-44,4	-17,7	-32,5			
in % der Ausgaben	5,4	4,2	11,8	14,6	6,0	10,4			
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos									
4. Bruttokreditaufnahme ³ (-)	222,1	229,6	269,0	288,2	274,2	255,7			
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	-8,4	0,5	-6,4	5,0	3,1	11,1			
6. Tilgungen (+)	216,2	216,2	228,5	239,2	260,0	232,0			
7. Nettokreditaufnahme	-14,3	-11,5	-34,1	-44,0	17,3	32,1			
8. Münzeinnahmen	-0,4	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,4			
Nachrichtlich:									
Investive Ausgaben	26,2	24,3	27,1	26,1	25,4	35,6			
Veränderung gegen Vorjahr in %	+15,4	-7,2	+11,5	-3,8	- 2,7	+40,3			
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,5	3,5	2,2	0,6			

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Juni 2012.

¹ Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

 $^{^2}$ Gem. BHO \S 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

³ Nach Abzug der Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

☐ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2007 bis 2012

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Ausgabeart	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll 1
	in Mio. €					
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 038	27 012	27 939	28 196	27 856	28 497
Aktivitätsbezüge	19 662	20 298	20977	21 117	20 702	21 349
Ziviler Bereich	8 498	8 870	9 2 6 9	9 443	9274	11 468
Militärischer Bereich	11 164	11 428	11 708	11 674	11 428	9 881
Versorgung	6376	6714	6962	7 079	7154	7 147
Ziviler Bereich	2 334	2 416	2 462	2 459	2 472	2 483
Militärischer Bereich	4 041	4 2 9 8	4500	4 620	4 682	4 665
Laufender Sachaufwand	18 757	19 742	21 395	21 494	21 946	23 828
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 365	1 421	1 478	1 544	1 545	1 283
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	8 908	9 622	10281	10 442	10 137	10 673
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 484	8 699	9 635	9 508	10 264	11 871
Zinsausgaben	38 721	40 171	38 099	33 108	32 800	34 207
an andere Bereiche	38 721	40 171	38 099	33 108	32 800	34 207
Sonstige	38 721	40 171	38 099	33 108	32 800	34 207
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	38 677	40 127	38 054	33 058	32 759	34 165
an Ausland	3	3	3	8	0	C
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	160 352	168 424	177 289	194 377	187 554	190 295
an Verwaltungen	14003	12 930	14396	14114	15 930	17 600
Länder	8 698	8 341	8 754	8 579	10 642	11 856
Gemeinden	38	21	18	17	12	11
Sondervermögen	5 2 6 7	4 568	5 624	5 5 1 8	5 2 7 6	5 732
Zweckverbände	1	0	1	1	1	1
an andere Bereiche	146 349	155 494	162 892	180 263	171 624	172 696
Unternehmen	15 399	22 440	22 951	24212	23 882	25 106
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 123	29 120	29 699	29 665	26718	26 93 1
an Sozialversicherung	97 712	99 123	105 130	120 831	115 398	113 678
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	869	1 099	1 249	1 336	1 665	1 673
an Ausland	3 240	3 708	3 858	4216	3 958	5 3 0 5
an Sonstige	5	4	5	3	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	243 868	255 350	264 721	277 175	270 156	276 826

¹ Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2007 bis 2012

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Ausgabeart	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Soll 1
			in Mic	o. €		
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	6 903	7 199	8 504	7 660	7 175	7 997
Baumaßnahmen	5 478	5 777	6830	6 2 4 2	5814	6 5 1 9
Erwerb von beweglichen Sachen	909	918	1 030	916	869	899
Grunderwerb	516	504	643	503	492	578
Vermögensübertragungen	16 947	16 660	15 619	15 350	15 284	15 201
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	16 580	14018	15 190	14944	14 589	14734
an Verwaltungen	8 234	5 713	5 852	5 209	5 243	5 006
Länder	6 030	5 654	5 804	5 142	5 178	4 9 3 0
Gemeinden und Gemeindeverbände	54	59	48	68	65	74
Sondervermögen	2 150	0	0	0	0	2
an andere Bereiche	8 345	8 305	9 3 3 8	9 735	9 3 4 6	9 728
Sonstige - Inland	6 099	5 836	6 462	6 599	6 060	6368
Ausland	2 247	2 469	2876	3 136	3 287	3 360
Sonstige Vermögensübertragungen	367	2 642	429	406	695	467
an andere Bereiche	367	2 642	429	406	695	467
Unternehmen - Inland	0	2 267	0	0	260	0
Sonstige - Inland	162	149	148	137	123	145
Ausland	205	225	282	269	311	322
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	2 732	3 099	3 409	3 473	3 613	12 919
Darlehensgewährung	2 100	2 3 9 5	2 490	2 663	2 825	4 2 3 1
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	79
Länder	1	1	1	1	1	1
Sondervermögen	0	0	0	0	0	78
an andere Bereiche	2 100	2 3 9 5	2 490	2 662	2 825	4 153
Sozialversicherung	0	0	0	0	0	
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	900	922	872	1 075	1 1 1 1 5	2 271
Ausland	1 199	1 473	1 618	1 587	1710	1 881
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	632	704	919	810	788	8 687
Inland	28	26	13	13	0	1
Ausland	604	678	905	797	788	8 687
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 582	26 958	27 532	26 483	26 072	36 117
Darunter: Investive Ausgaben	26 215	24316	27 103	26077	25 378	35 650
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	0	0	0	0	- 243
Ausgaben zusammen	270 450	282 308	292 253	303 658	296 228	312 700

¹ Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2012 ¹

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			i	in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	63 904	49 101	23 258	19 096	-	6 747
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	5 798	5 585	3 450	1 363	-	772
2	Auswärtige Angelegenheiten	17967	4773	508	175	-	4089
3	Verteidigung	31 734	31 461	14 546	15 908	-	1 008
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 707	3 3 3 0	2 108	998	-	224
5	Rechtsschutz	371	356	248	92	-	16
6	Finanzverwaltung	4326	3 596	2 398	560	-	638
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	17 994	14 714	479	892	-	13 343
13	Hochschulen	4032	3 0 3 7	10	10	-	3 018
14	Förderung von Schülern, Studenten	2 491	2 491	-	-	-	2 491
15	Sonstiges Bildungswesen	616	540	9	65	-	465
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 083	8 091	459	812	-	6820
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	771	555	1	6	-	549
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	154 880	153 940	229	399	-	153 312
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	109 004	109 004	52	-	-	108 953
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	8 327	8 327	-	3	-	8 324
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 524	2 198	-	30	-	2 168
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	33 049	32 933	49	113	-	32 771
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	280	280	-	-	-	280
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 695	1 198	128	253	-	817
3	Gesundheit und Sport	1 548	918	277	312	-	329
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	455	372	147	177	-	48
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	455	372	147	177	-	48
32	Sport	131	115	-	4	-	111
33	Umwelt- und Naturschutz	440	254	80	72	-	102
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	521	176	50	59	-	68
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 066	818	-	19	-	799
41	Wohnungswesen	1 387	801	-	2	-	799
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	12	-	-	-	-	-
44	Städtebauförderung	666	17	-	17	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	957	546	29	179	-	338
52	Verbesserung der Agrarstruktur	567	199	-	1	-	198
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	132	132	-	70	-	62
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	132	132	-	70	-	62
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	258	215	29	108	-	78

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2012 ¹

		Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunte Investive Ausgaber
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	901	2 681	11 219	14 802	14 770
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	211	2	-	212	212
2	Auswärtige Angelegenheiten	114	2 5 1 2	10 568	13 194	13 193
3	Verteidigung	205	67	-	273	241
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	278	99	-	377	377
5	Rechtsschutz	15	-	-	15	15
6	Finanzverwaltung	78	1	651	730	730
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	133	3 147	-	3 280	3 280
13	Hochschulen	1	993	-	995	995
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	
15	Sonstiges Bildungswesen	0	77	-	77	77
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	131	1 861	-	1 992	1 992
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	216	-	216	216
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	9	930	1	940	505
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	-	-	-	-	
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	324	1	326	3
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	4	113	-	116	4
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	•	
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	494	-	498	498
3	Gesundheit und Sport	417	213	-	630	630
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	72	11	-	83	83
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	72	11	-	83	83
32	Sport	-	16	-	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	6	180	-	186	186
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	339	6	-	345	345
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 244	4	1 248	1 248
41	Wohnungswesen	-	583	4	587	587
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	-	-	-	-	
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	12	-	12	12
44	Städtebauförderung	-	649	-	649	649
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2	409	1	411	411
52	Verbesserung der Agrarstruktur	-	367	1	368	368
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	
533	Gasölverbilligung		-	-	-	
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	-	-	-	-	
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	2	42	_	44	44

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2012 $^{\rm 1}$

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe			ir	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 715	2 309	62	473	-	1 773
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	720	557	-	353	-	204
621	Kernenergie	288	188	-	-	-	188
622	Erneuerbare Energieformen	51	20	-	4	-	16
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	381	349	-	349	-	-
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 443	1 425	-	0	-	1 425
64	Handel	63	63	-	9	-	54
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	635	9	-	8	-	1
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 855	254	62	103	-	89
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 384	4 173	1 050	1 982	-	1 141
72	Straßen	7 462	1 040	-	886	-	154
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 770	889	511	310	-	69
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	3	-	-	-	3
	Luftfahrt	203	200	50	24	-	126
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 615	2 042	489	762	-	790
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 407	12 257	-	6	-	12 251
81	Wirtschaftsunternehmen	11 090	7018	-	6	-	7012
832	Eisenbahnen	4016	76	-	5	-	71
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	7 074	6 942	-	2	-	6 940
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5317	5 239	-	-	-	5 239
873	Sondervermögen	5317	5 2 3 9	-	-	-	5 2 3 9
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	37 846	38 050	3 113	469	34 207	262
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	300	261	-	-	-	261
92	Schulden	34220	34 220	-	13	34207	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	3 3 2 6	3 569	3 113	456	-	0
Summe al	ller Hauptfunktionen	312 700	276 826	28 497	23 828	34 207	190 295

¹Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2012 ¹

		Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ^a	^a Darunter Investive Ausgaben
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	101	714	1 591	2 407	2 407
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	100	62	-	162	162
621	Kernenergie	100	-	-	100	100
622	Erneuerbare Energieformen	-	31	-	31	31
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	32	-	32	32
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	19	-	19	19
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	626	-	626	626
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	8	1 591	1 600	1 600
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 434	1 777	-	8 211	8 211
72	Straßen	4992	1 429	-	6 421	6 421
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	881	-	-	881	881
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	333	-	333	333
75	Luftfahrt	3	-	-	3	3
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	558	16	-	573	573
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	4 047	103	4 150	4 150
81	Wirtschaftsunternehmen	-	4 0 4 7	25	4072	4072
832	Eisenbahnen	-	3 9 1 5	25	3 940	3 940
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	132	-	132	132
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	78	78	78
873	Sondervermögen	-	-	78	78	78
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	-	-	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe a	iller Hauptfunktionen	7 997	15 201	12 919	36 117	35 650

¹Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
				Ist-Erg	jebnisse			
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche								
Vergleichsdaten Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5
5	wiid.e	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7
Veränderung gegenüber Vorjahr								
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. Personalausgaben des	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9
öffentl. Gesamthaushalts ³ Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	wiid.e	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%							
Anteil a. d. investiven Ausgaben des	/0	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1
Anteil am gesamten	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5
Steueraufkommen ³								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,4	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	0,1	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4
Anteil am Finanzierungdsaldo des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	21,2	48,3	47,5	57,0	49,5	45,8	69,9
nachrichtlich: Schuldenstand ³								
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1210,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
				Ist-Erge	bnisse				Soll ⁴
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	296,2	312
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	- 2,4	5
Einnahmen	Mrd.€	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5	280
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,8	1,9	9,8	5,8	- 4,7	0,6	7,4	0
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-31,4	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 17,7	- 32
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 32
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,2	- 0,3	-0,4	- 0,3	- 0,3	-0,3	- 0,3	- 0
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,4	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,9	28
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,4	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	0,9	-1,2	2
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,1	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,4	9
Anteil a. d. Personalausgaben des									
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	15,3	14,9	14,8	15,0	14,4	14,2	13,1	
Zinsausgaben	Mrd.€	37,4	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	32,8	34
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,0	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 13,1	- 0,9	4
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,1	10
Anteil an den Zinsausgaben des	%	58,3	57,9	58,6	59,7	61,0	55,5	43,1	
öffentl. Gesamthaushalts³	Mrd.€	22.0	22.7	26.2	242	27.1	26.1	25.4	2.5
Investive Ausgaben		23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	25,4	35
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	6,2	-4,4	15,4	- 7,2	11,5	-3,8	- 2,7	40
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. investiven Ausgaben des	%	9,1	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	8,6	11
öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,2	33,7	39,9	37,1	25,3	29,5	27,0	
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	248,1	252
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,7	7,2	12,8	4,0	- 4,8	- 0,7	9,7	1
Anteil an den Bundesausgaben	%	73,2	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	83,7	80
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	83,2	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,1	90
Anteil am gesamten	%	42,1	41,7	42,8	42,6	43,5	42,6	43,3	
Steueraufkommen ³	/0			72,0					
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 17,3	- 32
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,0	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	5,9	10
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	131,3	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	68,3	90
Anteil am Finanzierungssaldo des	%	59,5	68,8		111,2	37,1	54,5	67,3	
öffentl. Gesamthaushalts ³									
nachrichtlich: Schuldenstand ³	Mide	1 400 0	1 5 4 5 4	1.552.4	1 577 0	1.604.4	2011	2020	20
öffentliche Haushalte ² darunter: Bund	Mrd.€ Mrd.€	1 489,9 903,3	1 545,4 950,3	1 552,4 957,3	1 577,9 985,7	1 694,4 1 053,8	2 011,5	2030 1282	20: 13:

 $^{^{\}rm 1}$ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 Gesamtdeutschland.

³ Stand April 2012; 2011, 2012 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschließlich Sonderrechnungen und Kassenkredite.

⁴ Inklusive Nachtrag 2012 nach 2./3. Lesung Bundestag.

Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	626,7	638,0	649,2	679,2	716,5	734,4	774,5
Einnahmen	574,2	597,6	648,5	668,9	626,5	652,7	748,2
Finanzierungssaldo	-52,5	-40,5	-0,6	-10,4	-90,0	-82,8	-28,7
darunter:							
Bund ²							
Ausgaben	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7	296,2
Einnahmen	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	278,5
Finanzierungssaldo	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3	-17,7
Länder ³							
Ausgaben	260,0	260,0	265,5	277,2	287,1	286,7	296,7
Einnahmen	237,2	250,1	273,1	276,2	260,1	265,9	286,3
Finanzierungssaldo	-22,7	-10,1	7,6	-1,1	-27,0	-20,8	-10,3
Gemeinden ⁴							
Ausgaben	153,2	157,4	161,5	168,0	178,3	182,2	185,3
Einnahmen	150,9	160,1	169,7	176,4	170,8	174,5	183,6
Finanzierungssaldo	-2,2	2,8	8,2	8,4	-7,5	-7,7	-1,7
			Veränderun	gen gegenübe	Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	2,0	1,8	1,7	4,6	5,5	2,5	5,5
Einnahmen	4,6	4,1	8,5	3,2	-6,3	4,2	14,6
darunter:							
Bund							
Ausgaben	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	-2,4
Einnahmen	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6	7,4
Länder							
Ausgaben	1,1	0,0	2,1	4,4	3,6	-0,1	3,5
Einnahmen	1,6	5,4	9,2	1,1	-5,8	2,2	7,7
Gemeinden							
Ausgaben	2,0	2,8	2,6	4,0	6,1	2,2	1,7
Einnahmen	3,3	6,0	6,0	3,9	-3,2	2,1	5,2

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
				Quoten in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-2,4	-1,8	-0,0	-0,4	-3,8	-3,3	-1,1
darunter:							
Bund	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,5	-1,8	-0,7
Länder	-1,0	-0,4	0,3	-0,0	-1,1	-0,8	-0,4
Gemeinden	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0,3	-0,3	-0,1
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-8,4	-6,4	-0,1	-1,5	-12,6	-11,3	-3,7
darunter:							
Bund	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8	-14,6	-6,0
Länder	-8,7	-3,9	2,9	-0,4	-9,4	-7,2	-3,5
Gemeinden	-1,5	1,8	5,1	5,0	-4,2	-4,2	-0,9
Ausgaben in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,2	27,6	26,7	27,5	30,2	29,6	30,1
darunter:							
Bund	11,7	11,3	11,1	11,4	12,3	12,3	11,5
Länder	11,7	11,2	10,9	11,2	12,1	11,6	11,5
Gemeinden	6,9	6,8	6,7	6,8	7,5	7,4	7,2

¹Bund, Länder, Gemeinden und ihre jeweiligen Extrahaushalte. Der Öffentliche Gesamthaushalt ist um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnet sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: Juni 2012.

² Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

³ Kernhaushalte; bis 2008 Rechnungsergebnisse; 2009 bis 2011: Kassenergebnisse.

⁴ Kernhaushalte; bis 2009 Rechnungsergebnisse; 2010 bis 2011: Kassenergebnisse.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

			Steueraufkommen		
			dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	. Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublil	Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
			dav	/on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. € in %			
		Bundesrepublik	Deutschland		
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8
2011	573,4	282,7	290,7	49,3	50,7
2012 ²	596,5	298,2	298,4	50,0	50,0
2013 ²	618,1	313,5	304,7	50,7	49,3
2014 ²	642,1	330,9	311,2	51,5	48,5
2015 ²	664,7	346,9	317,7	52,2	47,8
2016 ²	687,3	362,9	324,4	52,8	47,2

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 8. bis 10. Mai 2012.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volk Gesamtrech		Abgrenzung der F	inanzstatistik ³
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Jahr		in Relation zu	·	
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	33,1
1970	23,0	34,8	21,8	32,6
1975	22,8	38,1	22,5	36,9
1980	23,8	39,6	23,7	38,6
1981	22,8	39,1	22,9	38,3
1982	22,5	39,1	22,5	38,1
1983	22,5	38,7	22,6	37,9
1984	22,6	38,9	22,5	37,8
1985	22,8	39,1	22,7	38,1
1986	22,3	38,6	22,3	37,7
1987	22,5	39,0	22,5	38,0
1988	22,2	38,6	22,2	37,6
1989	22,7	38,8	22,8	37,9
1990	21,6	37,3	22,2	37,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,3	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,1	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,7
1995	21,9	40,5	22,5	40,2
1996	21,8	41,0	21,8	40,0
1997	21,5	41,0	21,3	39,5
1998	22,1	41,3	21,7	39,6
1999	23,3	42,3	22,6	40,4
2000	23,5	42,1	22,8	40,3
2001	21,9	40,2	21,3	38,5
2002	21,5	39,9	20,7	38,0
2003	21,6	40,1	20,6	38,0
2004	21,1	39,2	20,2	37,2
2005	21,4	39,2	20,3	37,1
2006	22,2	39,5	21,1	38,1
2007	23,0	39,5	22,2	37,6
2008	23,1	39,7	22,7	38,1
2009	23,0	40,3	22,1	38,2
2010	22,2	39,1	21,4	37,3
2011	22,9	39,8	22,3	38,2

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet. 2007 bis 2010 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2011. 2011: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2012.

 $^{^{\}rm 3}$ Bis 2009 Rechnungsergebnisse. 2010 bis 2011: Kassenergebnisse.

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

	Ausgaben des Staates								
Jahr	insgesamt	darunte	er						
Jaili	insgesame	Gebietskörperschaften³	Sozialversicherung ³						
		in Relation zum BIP in %							
1960	32,9	21,7	1						
1965	37,1	25,4	1						
1970	38,5	26,1	1						
1975	48,8	31,2	1						
1980	46,9	29,6	1						
1981	47,5	29,7	1						
1982	47,5	29,4	1						
1983	46,5	28,8	1						
1984	45,8	28,2	1						
1985	45,2	27,8	1						
1986	44,5	27,4	1						
1987	45,0	27,6	1						
1988	44,6	27,0	1						
1989	43,1	26,4	1						
1990	43,6	27,3	1						
1991	46,2	28,2	1						
1992	47,1	27,9	1						
1993	48,1	28,2	1						
1994	48,0	28,0	2						
1995⁴	48,2	27,7	2						
1995	54,9	34,3	2						
1996	49,1	27,6	2						
1997	48,2	27,0	2						
1998	48,0	26,9	2						
1999	48,2	27,0	2						
2000 ⁵	47,6	26,4	2						
2000	45,1	23,9	2						
2001	47,6	26,3	2						
2002	47,9	26,2	2						
2003	48,5	26,4	2						
2004	47,1	25,8	2						
2005	46,9	26,0	2						
2006	45,3	25,4	1						
2007	43,5	24,5	1						
2008	44,0	25,0	1						
2009	48,1	27,0	2						
2010	47,9	27,4	2						
2011	45,7	25,9	1						

 $^{^{\}rm 1}$ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet. 2007 bis 2010 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2011. 2011: Vorläufige Ergebnis; Stand: Mai 2012.

 $^{^{\}rm 3}$ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt; Wohnungswirtschaft der DDR).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	chulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt ²	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 93
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 81
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919304	940 187	959 918	991 28
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 73
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 54
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	59 53
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 99
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	52674
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 34
Kreditmarktmittel iwS	414952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 00
Kassenkredite	8714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 33
Extrahaushalte	-	-	-	996	1124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	986	1124	1 325	2082
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 864	113 81
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 03
Kreditmarktmittel iwS	84069	84257	83 804	81 877	79 239	76 381	7638
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	3465
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 5 4 6	2 702	2612	2 682	2 77
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 5 6 0	2 626	2 72
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	531 197	560 418	586 571	595 026	595 102	592 132	640 55
Maastricht-Schuldenstand	1 383 997	1 455 032	1 526 322	1 574 606	1 582 362	1 649 271	176794
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-		
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	-	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	16 478	16983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	_	-	-	7 49
FMS Wertmanagement							

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	chulden (Mio. €)			
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	56
Kernhaushalte	-	-	-	-	-	-	53
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	-	-	53
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
Extrahaushalte	-	-	-	-	-	-	3
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	-	-	3
Kassenkredite	-	-	-	-	-	-	
			Anteil a	ın den Schulden	(in %)		
Bund	60,9	64,0	66,5	70,0	70,5	72,6	77,
Kernhaushalte	56,5	59,8	65,4	67,7	69,2	70,7	73,
Extrahaushalte	4,3	4,2	1,1	2,3	1,3	1,9	4,
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,
Gesetzliche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,
			Anteil de	r Schulden am B	IP (in %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71,
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,
Kernhaushalte	35,7	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	2,
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22,
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4,
Gesetziche Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	0,
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27,
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,3	68,6	68,0	65,2	66,7	74,
			Schu	ılden insgesamt	(€)		
je Einwohner	16 454	17331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 70
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 3 1 3,9	2 428,5	2 473,8	2 374,
Einwohner 30.06.	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 86

¹Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $^{^2\,\}mathrm{Kreditmarktschulden}\,\mathrm{im}\,\mathrm{weiteren}\,\mathrm{Sinne}\,\mathrm{zuz\ddot{u}glich}\,\mathrm{Kassenkredite}.$

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte¹ Neue Systematik

	2009	2010	2009	2010	2009	2010
	in Mi	io.€	in % der S insge		in%de	s BIP
Öffentlicher Gesamthaushalt ²		2 011 537				81,
Bund						
Kern- und Extrahaushalte		1 287 460		64,0		52,
Wertpapierschulden und Kredite	1 032 599	1 271 204		63,2	43,5	51,
Kassenkredite		16256		0,8		0,
Kernhaushalte		1 035 647		51,5		41,
Wertpapierschulden und Kredite	973 067	1 022 192		50,8	41,0	41,
Kassenkredite		13 454		0,7		0,
Extrahaushalte		251 813		12,5		10,
Wertpapierschulden und Kredite	59 533	249 011		12,4	2,6	10,
Kassenkredite		2802		0,1		0,
im Einzelnen:						
Entschädigungsfonds	0	0		0,0	0,0	0,
SoFFin	36 540	28 552		1,4	1,5	1,
Investitions- und Tilgungsfonds	7 493	13 991		0,7	0,3	0,
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation		17 302		0,9		0,
Wertpapierschulden und Kredite	15 500	14500		0,7	0,7	0,
Kassenkredite		2 802		0,1		0,
FMS Wertmanagement		191 968		9,5		7,
Länder						
Kern- und Extrahaushalte		599 970		29,8		24,
Wertpapierschulden und Kredite		595 039		29,6		24,
Kassenkredite		4930		0,2		0,
Kernhaushalte		524 182		26,1		21,
Wertpapierschulden und Kredite	498 655	519 347		25,8	21,0	21,
Kassenkredite		4835		0,2		0,
Extrahaushalte		75 788		3,8		3
Wertpapierschulden und Kredite	27 702	75 692		3,8	1,2	3
Kassenkredite		95		0,0		0,

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte¹ Neue Systematik

	2009	2010	2009	2010	2009	2010
	in Mi	io.€	in % der So insges		in % de	es BIP
Gemeinden						
Kernhaushalte, Zweckverbände und Extrahaushalte		123 569		6,1		5,
Wertpapierschulden und Kredite		84363		4,2		3,
Kassenkredite		39 206		1,9		1,
Kernhaushalte		115 253		5,7		4,
Wertpapierschulden und Kredite	75 037	76 326		3,8	3,2	3,
Kassenkredite		38 927		1,9		1,
Zweckverbände ³		1602		0,1		0,
Wertpapierschulden und Kredite	1 428	1 551		0,1	0,1	0,
Kassenkredite		52		0,0		0,
Sonstige Extrahaushalte der Gemeinden		6713		0,3		0,
Wertpapierschulden und Kredite	6322	6 486		0,3	0,3	0,
Kassenkredite		227		0,0		0,
Gesetzliche Sozialversicherung						
Kern- und Extrahaushalte		539		0,0		0,
Wertpapierschulden und Kredite		539		0,0		0,
Kassenkredite		0		0,0		0,
Kernhaushalte		506		0,0		0,
Wertpapierschulden und Kredite	531	506		0,0	0,0	0,
Kassenkredite		0		0,0		0,
Extrahaushalte ⁴		32		0,0		0,
Wertpapierschulden und Kredite	36	32		0,0	0,0	0,
Kassenkredite		0		0,0		0,
chulden insgesamt (Euro)						
je Einwohner		24606				
Maastricht-Schuldenstand	1 766 943	2 056 711			74,4	83,
achrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. Euro)	2 3 7 5	2 477				
Einwohner 30.06.	81 861 862	81750716				

 $^{^{1}} Aufgrund\ method is cher\ \ddot{A}nderungen\ und\ Erweiterung\ des\ Berichtskreises\ nur\ eingeschränkt\ mit\ den\ Vorjahren\ vergleichbar.$

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $^{^2} Einschließlich aller \"{o}ffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.$

 $^{^3}$ Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

 $^{^4\,\}mathrm{Nur}\,\mathrm{Extra}\ \mathrm{haus}\ \mathrm{halte}\ \mathrm{der}\ \mathrm{gesetz}\ \mathrm{lichen}\ \mathrm{Sozial}\ \mathrm{versicherung}\ \mathrm{unter}\ \mathrm{Bundes}\ \mathrm{aufsicht}.$

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

	Staat Gebiets- Sozial- Staat Gebiets- Sozial- Öffen							er Finanzstatist
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Ge	esamthaushalt
		in Mrd. €		i	n Relation zum BIP i	n %	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3
1995 ⁴	-55,8	-48,3	-7,5	-3,0	-2,6	-0,4	-55,9	-3,0
1995	-175,4	-167,9	0,0	-9,5	-9,1	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5
1998	-45,7	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3
2000 ⁵	-27,5	23,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0		
2000	23,3	23,4	0,0	1,1	1,1	0,0	-34,0	-1,7
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-82,0	-76,0	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-56,8	-2,7
2003	-89,2	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,2
2004	-82,5	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0
2005	-73,9	-69,9	-4,0	-3,3	-3,1	-0,2	-52,5	-2,4
2006	-37,9	-42,9	5,0	-1,6	-1,9	0,2	-40,5	-1,8
2007	5,8	-5,1	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	-1,4	-8,6	7,2	-0,1	-0,3	0,3	-10,4	-0,4
2009	-76,3	-61,1	-15,2	-3,2	-2,6	-0,6	-90,0	-3,8
2010	-105,9	-108,1	2,3	-4,3	-4,4	0,1	-82,8	-3,3
2011	-26,3	-39,7	13,5	-1,0	-1,5	0,5	-28,7	-1,1

¹ Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet. 2007 bis 2010 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2011. 2011: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2012.

 $^{^3\,}Ohne\,Sozial versicherungen, ab\,1997\,ohne\,Krankenh\"{a}user.\,Bis\,2009\,Rechnungsergebniss, 2010\,bis\,2011\,Kassenergebnisse.$

⁴ Ohne Schuldenübernahmen (Treuhandanstalt, Wohnungswirtschaft der DDR) bzw. gel. Vermögensübertragungen (DKB).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP												
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-9,5	-1,0	-3,3	-0,1	-3,2	-4,3	-1,0	-0,9	-0,7	
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,5	-1,0	-5,6	-3,8	-3,7	-3,0	-3,3	
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	-2,9	-2,0	0,2	1,0	-2,4	-1,3	
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-9,8	-15,6	-10,3	-9,1	-7,3	-8,4	
Spanien	-	-	-	-7,2	-0,9	1,3	-4,5	-11,2	-9,3	-8,5	-6,4	-6,3	
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-3,3	-7,5	-7,1	-5,2	-4,5	-4,2	
Irland	-	-10,6	-2,7	-2,0	4,7	1,7	-7,3	-14,0	-31,2	-13,1	-8,3	-7,5	
Italien	-6,9	-12,3	-11,4	-7,4	-0,8	-4,4	-2,7	-5,4	-4,6	-3,9	-2,0	-1,1	
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	0,9	-6,1	-5,3	-6,3	-3,4	-2,5	
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	3,0	-0,8	-0,9	-0,6	-1,8	-2,2	
Malta	-	-	-	-4,2	-5,8	-2,9	-4,6	-3,8	-3,7	-2,7	-2,6	-2,9	
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	2,0	-0,3	0,5	-5,6	-5,1	-4,7	-4,4	-4,6	
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-1,7	-1,7	-0,9	-4,1	-4,5	-2,6	-3,0	-1,9	
Portugal	-6,9	-8,3	-6,1	-5,4	-3,2	-6,5	-3,6	-10,2	-9,8	-4,2	-4,7	-3,1	
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-2,1	-8,0	-7,7	-4,8	-4,7	-4,9	
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-1,9	-6,1	-6,0	-6,4	-4,3	-3,8	
Finnland	3,8	3,4	5,4	-6,1	6,9	2,8	4,3	-2,5	-2,5	-0,5	-0,7	-0,4	
Euroraum	-	-	-	-7,2	-0,1	-2,5	-2,1	-6,4	-6,2	-4,1	-3,2	-2,9	
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	1,7	-4,3	3,1	-2,1	-1,9	-1,7	
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	3,2	-2,7	-2,5	-1,8	-4,1	-2,0	
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-4,2	-9,8	-8,2	-3,5	-2,1	-2,1	
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-3,3	-9,4	-7,2	-5,5	-3,2	-3,0	
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-3,7	-7,4	-7,8	-5,1	-3,0	-2,5	
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-5,7	-9,0	-6,8	-5,2	-2,8	-2,2	
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	2,2	-0,7	0,3	0,3	-0,3	0,1	
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-2,2	-5,8	-4,8	-3,1	-2,9	-2,6	
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-3,7	-4,6	-4,2	4,3	-2,5	-2,9	
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	3,6	-3,4	-5,0	-11,5	-10,2	-8,3	-6,7	-6,5	
EU	-	-	-	-7,0	0,6	-2,5	-2,4	-6,9	-6,5	-4,5	-3,6	-3,3	
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,5	-4,8	-1,9	-8,8	-8,4	-8,2	-8,2	-8,0	
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-6,4	-11,5	-10,6	-9,6	-8,3	-7,1	

 $^{^{1}\,\}mbox{F\"ur}$ EU-Mitglied staaten ab 1995 nach ESVG 95.

Für die Jahre 1980 bis 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2012.

Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2012.

 $^{^{\}rm 2}$ Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschulden quoten im internationalen Vergleich

Land						in % de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,6	66,7	74,4	83,0	81,2	82,2	80,7
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	89,3	95,8	96,0	98,0	100,5	100,8
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	4,5	7,2	6,7	6,0	10,4	11,7
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	101,2	113,0	129,4	145,0	165,3	160,6	168,0
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,4	43,1	40,2	53,9	61,2	68,5	80,9	87,0
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,4	57,4	66,7	68,2	79,2	82,3	85,8	90,5	92,5
Irland	68,3	99,5	92,1	82,1	37,5	27,2	44,2	65,1	92,5	108,2	116,1	120,2
Italien	56,9	80,2	94,3	120,9	108,5	105,4	105,7	116,0	118,6	120,1	123,5	121,8
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	48,9	58,5	61,5	71,6	76,5	78,1
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	13,7	14,8	19,1	18,2	20,3	21,6
Malta	-	-	-	35,3	55,0	69,7	62,3	68,1	69,4	72,0	74,8	75,2
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	58,5	60,8	62,9	65,2	70,1	73,0
Österreich	35,3	48,0	56,2	68,2	66,2	64,2	63,8	69,5	71,9	72,2	74,2	74,3
Portugal	29,5	56,5	53,3	59,2	48,5	62,5	71,6	83,1	93,9	107,8	113,9	117,1
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	27,9	35,6	41,1	43,3	49,7	53,5
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	21,9	35,3	38,8	47,6	54,7	58,1
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	33,9	43,5	48,4	48,6	50,5	51,7
Euroraum	33,4	50,2	56,5	72,1	69,2	70,2	70,1	79,9	85,6	88,0	91,8	92,6
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	13,7	14,6	16,3	16,3	17,6	18,5
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	33,4	40,6	42,9	46,5	40,9	42,1
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	19,8	36,7	44,7	42,6	43,5	44,7
Litauen	-	-	-	11,4	23,6	18,3	15,5	29,4	38,0	38,5	40,4	40,9
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	47,1	50,9	54,8	56,3	55,0	53,7
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	13,4	23,6	30,5	33,3	34,6	34,6
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	38,8	42,6	39,4	38,4	35,6	34,2
Tschechien	-	-	-	14,0	17,8	28,4	28,7	34,4	38,1	41,2	43,9	44,9
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	73,0	79,8	81,4	80,6	78,5	78,0
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	51,2	41,0	42,5	54,8	69,6	79,6	85,7	91,2	94,6
EU	-	-	-	69,6	61,9	62,9	62,5	74,8	80,2	83,0	86,2	87,2
Japan	47,7	68,4	63,0	85,1	133,6	174,5	175,2	194,0	197,6	211,4	219,0	221,8
USA	42,6	56,2	64,5	71,9	55,1	68,2	76,5	90,4	99,1	103,5	108,9	111,8

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2012; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2012.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP												
Lanu	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010		
Deutschland ^{2,3}	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,8	21,0	22,8	23,1	22,9	22,1		
Belgien	21,3	27,6	30,3	28,0	29,2	30,9	30,9	30,1	30,2	28,7	29,6		
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	49,7	47,9	47,1	47,1	47,2		
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,9	31,1	30,9	29,9	29,6		
Frankreich	22,5	21,1	24,3	23,5	24,4	28,4	27,8	27,5	27,3	25,7	26,3		
Griechenland	12,2	13,7	16,4	18,3	19,5	23,6	20,6	20,9	20,5	19,8	20,2		
Irland	23,3	24,8	29,5	28,2	27,8	27,0	25,7	26,2	23,9	22,2	22,3		
Italien	16,8	13,7	22,0	25,4	27,5	30,2	28,3	30,4	29,8	29,7	29,4		
Japan	14,1	14,7	18,9	21,3	17,8	17,5	17,3	18,0	17,4	15,9	-		
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,4	28,2	27,5	27,0	26,2		
Luxemburg	18,8	23,1	29,1	26,0	27,3	29,1	27,1	25,8	25,5	26,3	25,8		
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,4	25,3	24,7	24,4	-		
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,6	34,5	33,9	32,8	33,0		
Österreich	25,4	26,5	27,8	26,6	26,5	28,4	27,7	27,7	28,5	27,8	27,5		
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	20,7	22,8	22,9	20,4	-		
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,6	22,9	22,7	24,0	23,8	21,6	22,3		
Schweden	29,2	33,2	35,6	38,0	34,4	37,9	35,8	35,0	34,9	35,3	34,4		
Schweiz	14,9	19,0	19,9	19,7	20,2	22,7	22,2	22,1	22,4	22,6	22,9		
Slowakei	-	-	-	-	25,3	19,9	18,8	17,7	17,4	16,3	16,1		
Slowenien	-	-	-	-	22,3	23,1	24,4	24,0	23,0	22,4	22,5		
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,3	23,7	25,2	21,2	18,6	19,7		
Tschechien	-	-	-	-	22,0	19,6	21,5	21,1	20,0	19,4	19,3		
Ungarn	-	-	-	-	26,7	27,8	25,7	27,2	27,1	27,4	26,1		
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,0	29,4	28,9	27,6	28,3		
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	20,5	21,4	19,8	17,6	18,3		

¹Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2011.

Stand: Dezember 2011.

 $^{^2 \,} Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik, \, werden \, Finanzstatistik \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, Deutschen \, Finanzstatistik \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, Oder \, Deutschen \, Finanzstatistik \, Deutschen \, Finanzstatistik \, Deutschen \, Finanzstatistik \, Deutschen \, Deutschen$

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP										
Land	1970	1980	1990	2000	2005	2008	2009	2010			
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,5	35,0	36,4	37,3	36,3			
Belgien	33,9	41,3	42,0	44,7	44,6	44,1	43,2	43,8			
Dänemark	38,4	43,0	46,5	49,4	50,8	48,1	48,1	48,2			
Finnland	31,6	35,8	43,7	47,2	43,9	42,9	42,6	42,1			
Frankreich	34,2	40,2	42,0	44,4	44,1	43,5	42,4	42,9			
Griechenland	20,0	21,6	26,2	34,0	31,9	31,5	30,0	30,9			
Irland	28,4	31,0	33,1	31,2	30,3	29,1	27,8	28,0			
Italien	25,7	29,7	37,8	42,2	40,8	43,3	43,4	43,0			
Japan	19,5	25,1	29,0	27,0	27,4	28,3	26,9	-			
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	33,4	32,2	32,0	31,0			
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	39,1	37,6	35,5	37,6	36,7			
Niederlande	35,6	42,9	42,9	39,6	38,4	39,1	38,2	-			
Norwegen	34,5	42,4	41,0	42,6	43,5	42,9	42,9	42,8			
Österreich	33,8	38,9	39,7	43,0	42,1	42,8	42,7	42,0			
Polen	-	-	-	32,8	33,0	34,2	31,8	-			
Portugal	17,8	22,2	26,9	30,9	31,2	32,5	30,6	31,3			
Schweden	37,8	46,4	52,3	51,4	48,9	46,4	46,7	45,8			
Schweiz	19,7	25,2	25,8	30,0	29,2	29,1	29,7	29,8			
Slowakei	-	-	-	34,1	31,5	29,4	29,0	28,4			
Slowenien	-	-	-	37,3	38,6	37,0	37,4	37,7			
Spanien	15,9	22,6	32,5	34,2	35,7	33,3	30,6	31,7			
Tschechien	-	-	-	35,2	37,5	36,0	34,7	34,9			
Ungarn	-	-	-	39,3	37,3	40,1	39,9	37,6			
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	36,3	35,7	35,7	34,3	35,0			
USA	27,0	26,4	27,4	29,5	27,1	26,3	24,1	24,8			

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris 2011.

Stand: Dezember 2011.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land					Gesamtau	sgaben de	s Staates in :	% des BIP				
20.10	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland ¹	45,2	43,6	54,9	45,1	46,9	43,5	44,0	48,1	47,9	45,7	45,6	45,2
Belgien	58,4	52,2	52,1	49,0	51,8	48,2	49,8	53,7	52,7	53,2	53,9	53,7
Estland	-	-	41,3	36,1	33,6	34,0	39,5	45,2	40,6	38,2	41,2	39,3
Finnland	46,5	48,2	61,5	48,4	50,2	47,4	49,3	55,9	55,2	53,7	54,3	54,7
Frankreich	51,9	49,6	54,4	51,7	53,5	52,6	53,3	56,8	56,5	55,9	56,3	56,2
Griechenland	-	45,2	46,2	47,1	44,4	47,3	50,5	53,8	50,0	50,0	49,7	50,6
Irland	52,6	42,3	40,9	31,2	33,8	36,6	42,8	48,8	66,8	48,8	44,1	43,1
Italien	49,6	52,6	52,2	45,8	47,9	47,7	48,6	52,0	50,6	50,0	50,4	49,5
Luxemburg	-	37,7	39,7	37,6	41,5	36,3	37,1	43,0	42,4	42,0	43,6	44,0
Malta	-	-	39,7	40,3	44,6	42,8	44,1	43,5	43,3	43,0	44,4	43,8
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,2	46,2	51,6	51,3	50,2	50,8	50,8
Österreich	53,5	51,5	56,2	51,8	49,9	48,5	49,3	52,9	52,6	50,5	51,4	50,6
Portugal	37,5	38,5	41,9	41,6	46,6	44,3	44,7	49,7	51,2	48,9	47,7	46,1
Slowakei	-	-	48,6	52,1	38,0	34,2	34,9	41,5	40,0	37,4	37,7	37,3
Slowenien	-	-	52,3	46,5	45,3	42,5	44,2	49,3	50,3	50,9	48,7	47,9
Spanien	-	-	44,5	39,2	38,4	39,2	41,5	46,3	45,6	43,6	42,4	42,0
Zypern	-	-	33,4	37,1	43,1	41,3	42,1	46,2	46,4	47,3	46,0	45,3
Euroraum	-	-	52,8	46,2	47,3	46,0	47,1	51,2	51,0	49,4	49,4	49,0
Bulgarien	-	-	45,4	41,3	37,3	39,8	38,3	40,7	37,4	35,2	35,2	35,3
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	50,8	51,6	57,8	57,6	57,8	58,6	56,6
Lettland	-	31,6	38,6	37,6	35,8	36,0	39,1	44,5	43,9	39,1	38,1	37,0
Litauen	-	-	34,2	38,9	33,2	34,6	37,2	43,8	40,9	37,5	36,8	36,1
Polen	-	-	47,7	41,1	43,4	42,2	43,2	44,5	45,4	43,6	43,1	42,4
Rumänien	-	-	34,1	38,6	33,6	38,2	39,3	41,1	40,2	37,7	36,2	35,4
Schweden	-	-	65,0	55,1	53,6	50,9	51,7	54,7	52,2	51,1	52,1	51,8
Tschechien	-	-	53,0	41,6	43,0	41,0	41,2	44,9	44,2	43,4	43,3	43,1
Ungarn	-	-	55,8	47,7	50,1	50,7	49,2	51,5	49,4	48,6	48,6	47,6
Vereinigtes Königreich	48,7	41,1	43,9	36,8	44,1	43,8	47,9	51,6	50,4	49,1	47,4	47,2
EU	-	-	51,9	44,7	46,8	45,6	47,1	51,1	50,6	49,1	48,9	48,4
USA	36,8	37,3	37,2	33,9	36,3	36,8	39,1	42,7	42,5	41,7	40,4	39,2
Japan	32,2	31,1	35,5	38,5	36,5	35,8	37,0	41,9	40,8	43,0	43,9	44,0

¹1985 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

ÜBERSICHTEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

		Eu-Haush	nalt 2011 ¹			EU-Haus	shalt 2012 ²	
	Verpflichtu	ıngen	Zahlun	gen	Verpflich	tungen	Zahlu	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	64 504,4	45,4	53 629,0	42,3	68 155,6	46,1	55 336,7	42,9
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	47,6	-	500,0	0,3	50,0	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	58 659,2	41,3	55 983,9	44,2	59 975,8	40,6	57 034,2	44,2
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	2 059,9	1,4	1 700,1	1,3	2 065,2	1,4	1 484,3	1,1
4. Die EU als globaler Akteur	8 759,3	6,2	7 242,5	5,7	9 405,9	6,4	6 955,1	5,4
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	253,9	0,2	100,0	0,1	258,9	0,2	110,0	0,1
5. Verwaltung	8 172,8	5,7	8 171,5	6,4	8 279,6	5,6	8 277,7	6,4
Gesamtbetrag	142 155,7	100,0	126 727,1	100,0	147 882,2	100,0	129 088,0	100,0

¹ EU-Haushalt 2011 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-6/2011).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2011 bis 2012

	Differe	nz in %	Differenz in Mio. €				
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4			
Rubrik	10	11	12	13			
1. Nachhaltiges Wachstum	5,7	3,2	3 651,2	1 707,7			
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	50,0			
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	2,2	1,9	1 316,5	1 050,3			
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	0,3	- 12,7	5,4	- 215,8			
4. Die EU als globaler Akteur	7,4	-4,0	646,6	-287,4			
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	10,0	5,0	10,0			
5. Verwaltung	1,3	1,3	106,8	106,2			
Gesamtbetrag	4,0	1,9	5 726,5	2.360,9			

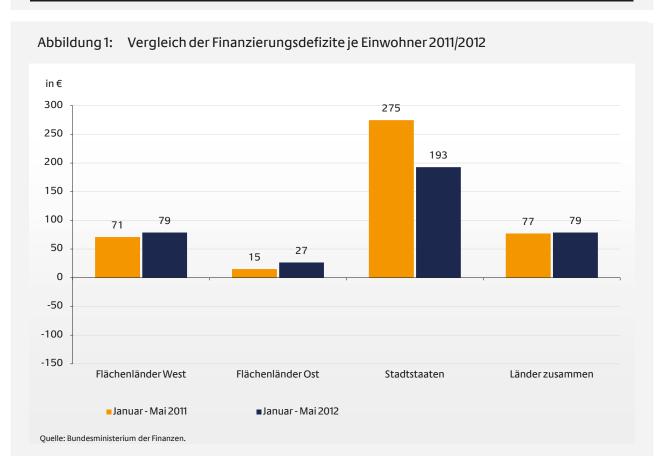
² EU-Haushalt 2012 (endgültig festgestellter Haushalt vom 1. Dezember 2011 einschl. Entwurf Berichtigungshaushaltsplan Nr. 1/2012).

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2012 im Vergleich zum Jahressoll 2012

	Flächenlän	der (West)	Flächenlär	nder (Ost)	Stadtst	aaten	Länder zu:	sammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	lio.€			
Bereinigte Einnahmen	203 651	81 553	51 021	19 499	34 322	14 808	282 803	113 21
darunter:								
Steuereinnahmen	159 417	63 560	28 344	12 057	22 497	9 272	210 258	84889
Übrige Einnahmen	44 234	17993	22 677	7 443	11 824	5 536	72 545	28 32
Bereinigte Ausgaben	215 639	86 520	51 424	19 840	31 419	15 953	292 292	119 669
darunter:								
Personalausgaben	84 175	35 977	12 555	5 250	9 942	5 032	106 672	46 25
Lfd. Sachaufwand	14019	5 3 7 5	3 686	1 355	5 3 5 7	3 661	23 062	1039
Zinsausgaben	14030	7 2 0 9	3 007	1 388	3 915	1 932	20952	10528
Sachinvestitionen	4343	989	1 625	375	726	196	6 694	1 56
Zahlungen an Verwaltungen	60 351	21 125	18 003	7 041	1 127	267	73 291	25 78
Übrige Ausgaben	38 721	15 845	12 549	4430	10 352	4867	61 621	25 14
Finanzierungssaldo	-11 987	-4 967	- 404	- 340	-2 652	-1 146	-15 043	-6 45



ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Mai 2012

						in Mio. €				
			Mai 2011			April 2012			Mai 2012	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	102 355	111 646	206 838	81 374	89 631	165 205	101 691	113 216	207 83
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	100 700	104 649	205 349	80 100	86 055	166 156	100 218	108 793	209 01
111	Steuereinnahmen	91 898	80 895	172 793	73 931	67 602	141 533	92 576	84889	177 46
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 058	18 431	19 489	893	14651	15 544	1 111	18 920	20 03
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	609	609	-	690 ³	690 ³	-	690	69
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 655	6 9 9 7	8 652	1 274	3 576	4850	1 473	4 423	5 89
121	Veräußerungserlöse	799	270	1 069	685	447	1 132	704	514	1 21
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	663	76	739	625	352	977	625	353	97
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	303	4776	5 079	177	2 081	2 258	178	2 399	2 57
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	129 439	117 940	240 217	108 233	98 110	200 542	127 258	119 669	239 85
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	121 512	108 039	229 551	102 159	91 457	193 615	119 656	111 259	230 91
211	Personalausgaben	12 384	45 103	57 487	9 773	37 599	47 371	12 005	46 259	58 26
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	3 497	12 901	16399	2 888	10907	13 795	3 507	13 404	1691
212	Laufender Sachaufwand	6 871	10 155	17 026	6 169	8 282	14 451	7 497	10 391	1788
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	3 440	6 623	10 064	3 213	5 298	8 5 1 0	4142	6 670	1081
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	16 545	10 546	27 091	16614	9112	25 726	15 536	10 528	26 06
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	6 033	22 161	28 194	4728	19841	24 569	5 954	23 063	29 01
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-	127	127	-	41	41	-	117	11
2142	Zuweisungen an Gemeinden	6	20 481	20 486	4	18 473	18 476	4	21 360	2136
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	7 927	9 901	17 828	6 075	6 653	12 728	7 602	8 410	1601
221	Sachinvestitionen	1 699	1 899	3 598	1 179	1 167	2 3 4 5	1717	1 560	3 27
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 800	3 770	5 570	1 597	2 246	3 842	1811	2 725	4 53
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	7 778	9 624	17 402	5 874	6 470	12 344	7 391	8 223	15 61

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Mai 2012

			Mai 2011			April 2012			Mai 2012		
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-27 051 ²	-6 295	-33 345	-26 836 ²	-8 479	-35 315	-25 526 ²	-6 453	-31 97	
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	141 376	31 520	172 896	79 356	23 956	103 312	109 468	30 190	139 65	
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	105 119	37 416	142 535	80 654	37 363	118 017	90 273	44 176	134 44	
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	36 257	-5 896	30361	-1 297	-13 408	-14704	19 195	-13 986	5 20	
	Zum Ende des Monats bestehende										
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-27 581	3 5 1 6	-24064	1913	6 0 7 6	7 989	-14 905	6 427	-8 47	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	16 164	16 164	-	18 171	18 171	-	18 305	1830	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	27 581	-4052	23 529	1911	-4320,8	-2409,7	14 905	-6 494	8 41	

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

³ Aufgrund von Länderkorrekturmeldungen veränderte Werte gegenüber BMF-Veröffentlichung April 2012.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2012

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	14 347	17 787 ª	3 792	7 869	2 744	10 763	21 303	5 184	1 181
11	Einnahmen der laufenden Rechung	13 940	17211	3 603	7 647	2 424	10 142	20 628	4994	1 150
111	Steuereinnahmen	11 062	13 859	2 3 6 8	6 2 6 6	1 474	7 948 4	17 202	3 739	943
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 204	1 772	955	942	788	1 201	2 470	911	27
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	50	-	43	34	-	37	16
1122	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	111	-	182	77	69	71	46
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	408	576 a	189	222	320	621	676	190	31
121	Veräußerungserlöse	1	0	6	19	3	284	2	36	4
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	-	-	-	283	-	36	2
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	305	407	95	190	99	276	373	101	22
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende	14 944	17 344 ^b	3 991	9 283	2 577	10 437	22 779	6 334	1 738
21	Haushaltsjahr Ausgaben der laufenden Rechnung	14020	16 032 b	3 660	8 717	2 302	9 722	21 190	5824	1 613
211	Personalausgaben	6 897	8 157	1 036	3 323	697	4071 2	8 708 ²	2 5 6 4	639
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	2 135	2 428	83	1 100	46	1 306	2 952	801	249
212	Laufender Sachaufwand	744	1 253	210	647	161	727	1 331	404	74
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	668	1 005	178	517	141	547	1 007	343	67
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 099	661 ^b	295	991	162	892	2 166	633	327
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 081	4 163	1 459	2 381	833	2 358	4677	1 409	235
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	860	1 342	-	875	-	-	-	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2 198	2 786	1 240	1 482	698	2 357	4 609	1 386	233
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	924	1311	331	566	276	716	1 589	510	125
221	Sachinvestitionen	194	425	24	160	86	55	73	26	16
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	363	464	124	246	118	98	633	180	24
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	903	1 282	331	554	276	716	1 513	499	114

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2012

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ³	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 597	444 °	- 199	-1 413	167	326	-1 476	-1 150	- 557
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	4 553	2 260 ^d	1 145	2 808	430	- 164	5 401	2813	509
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	6 3 2 7	2 313 ^e	2 697	4326	250	1 497	7 920	4767	518
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-1 774	-53 ^f	-1 552	-1 518	180	-1 661	-2 519	-1 954	- <u>S</u>
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	670	1 190	-	-	225	1 610	255
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 047	4 9 5 2	30	1 385	1 038	2 166	1 169	2	690
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-2 024	-	-1 549	-1 547	698	345	0	-1 609	143

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

 $^{^1} In\, der\, L\"andersumme\, ohne\, Zuweisungen\, von\, L\"andern\, im\, L\"anderfinanzausgleich.$

²Ohne Mai-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 12,1 Mio. €, b 228,9 Mio. €, c -216,8 Mio. €, d 415,0 Mio. €, e 500,0 Mio. €, f -85,0 Mio. €.

⁴ NI - neu ab 2012 enthalten St-Einnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,4 Mio. €.

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2012

161			C l	C. I. I.	in M	10. C			12.4.
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	5 931	3 519	3 433	3 514	8 751	1 540	4 630	113 21
1	Einnahmen der laufenden Rechung	5817	3 362	3 307	3 205	8 418	1 500	4 520	108 79
11	Steuereinnahmen	3 970	2 140	2 542	2 104	4 648	915	3 710	8488
12	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 620	1 098	525	955	2 693	443	317	18 92
121	darunter: Allgemeine BEZ	96	57	34	53	256	43	-30	69
122	Länderfinanzausgleich ¹	343	233	51	224	1 385	277	1	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	115	157	126	308	333	40	110	4 42
121	Veräußerungserlöse	0	1	6	37	81	0	33	51
211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	0	1	28	1		1	35
22	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	64	86	59	108	125	23	68	239
2	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	5 799	3 874	3 977	3 599	9 195	1 925	4 946	119 66
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	5 2 2 9	3 566	3 778	3 343	8 852	1 823	4 662	111 25
211	Personalausgaben	1 595	981	1 619	942	3 028	601	1 403	46 25
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	92	77	571	65	782	205	510	13 40
212	Laufender Sachaufwand	333	414	196	237	2 058	311	1 292	1039
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	273	125	166	143	879	140	470	6 67
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	165	406	440	360	1 174	328	430	10 52
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 004	998	1 046	1 195	116	43	137	23 06
2141	darunter: Länder- finanzausgleich ¹	-		-	-	-	-	113	11
2142	Zuweisungen an Gemeinden	1 561	787	989	1 024	3	4	5	21 36
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	570	308	199	256	343	102	285	8 41
221	Sachinvestitionen	159	48	40	59	53	14	129	1 56
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	139	106	82	66	38	29	15	2 72
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	570	308	198	256	320	98	285	8 22

 $Abweichungen \ in \ den \ Summen \ durch \ Runden \ der \ Zahlen.$

ÜBERSICHTEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2012

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	132	- 355	- 544	- 85	- 444	- 385	- 316	-6 453
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-	2 152	1 052	804	4180	3 014	- 765	30 190
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	195	1 777	1 223	960	4 622	3 609	1 177	44 176
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 195	375	- 171	- 156	- 442	- 595	-1 942	-13 986
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	1 086	-	183	377	419	411	6 427
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 652	66	-	-	414	485	2 209	18 305
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	-1 115	-682	2	-368	- 415	1 626	-6 494

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

 $^{^1 \}text{In der L\"{a}nder summe ohne Zuweisungen von L\"{a}ndern im L\"{a}nder finanzausgleich.}$

² Ohne Mai-Bezüge.

³ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 12,1 Mio. €, b 228,9 Mio. €, c -216,8 Mio. €, d 415,0 Mio. €, e 500.0 Mio. €, f -85.0 Mio. €.

⁴ NI - neu ab 2012 enthalten St-Einnahmen aus 1301-06211 (Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festlandsockel) in Höhe von 0,4 Mio. €.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	itige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote ⁴
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	.a.	in%
1991	38,7		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	+1,9	+3,3	+2,5	23,5
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	+0,3	+1,4	22,5
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	+2,5	+2,5	+2,7	22,5
1995	37,8	+0,4	50,2	3,2	7,9	+1,7	+1,3	+2,4	21,9
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	+0,8	+0,9	+2,0	21,3
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	+1,7	+1,9	+2,3	21,0
1998	38,1	+1,1	50,9	3,7	8,9	+1,9	+0,7	+1,1	21,1
1999	38,7	+1,5	51,2	3,4	8,1	+1,9	+0,4	+0,9	21,3
2000	39,4	+1,7	51,6	3,1	7,4	+3,1	+1,3	+2,7	21,5
2001	39,5	+0,3	51,7	3,2	7,5	+1,5	+1,2	+2,5	20,1
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	+0,0	+0,6	+1,4	18,4
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	+0,5	+0,9	17,8
2004	39,0	+0,3	52,2	4,2	9,7	+1,2	+0,9	+0,8	17,4
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	+0,7	+0,8	+1,2	17,3
2006	39,2	+0,6	52,6	4,2	9,8	+3,7	+3,1	+3,6	18,1
2007	39,9	+1,7	52,7	3,6	8,3	+3,3	+1,5	+1,7	18,4
2008	40,3	+1,2	52,9	3,1	7,2	+1,1	-0,1	-0,1	18,6
2009	40,4	+0,0	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2
2010	40,6	+0,5	53,1	2,9	6,8	+3,7	+3,2	+1,4	17,5
2011	41,1	+1,3	53,2	2,5	5,7	+3,0	+1,6	+1,4	18,2
2006/01	39,1	-0,1	52,1	3,9	9,2	+1,0	+1,2	+1,6	18,2
2011/06	40,2	+1,0	53,0	3,3	7,5	+1,1	+0,2	+0,4	18,0

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2\,}Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$

 $^{^3}$ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $^{^4}$ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)1	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p.a	ı.		
1991							
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,4	+4,1
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,7	+0,5
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,7	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+1,9	-1,0
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+0,9	+0,4
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,5	+0,5
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+1,9	+0,3
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,0	+0,9
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,7	-0,4
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,6	-2,4
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,7	+2,6	+2,3
2009	-4,0	+1,2	+3,8	-0,1	+0,1	+0,4	+6,0
2010	+4,3	+0,6	-2,0	+1,4	+1,9	+1,1	-1,5
2011	+3,8	+0,8	-2,4	+1,8	+2,1	+2,3	+1,2
2006/01	+1,9	+0,9	+0,0	+1,0	+1,3	+1,4	-0,5
2011/06	+2,1	+1,0	-0,4	+1,2	+1,4	+1,7	+1,4

 $^{^{1}} Einschließlich \ private \ Organisationen \ ohne \ Erwerbszweck.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mı	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5
1992	+0,4	+0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9
1994	+9,1	+8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5
1995	+7,8	+6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3
1996	+6,0	+4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7
1997	+12,7	+11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5
1998	+6,9	+6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7
1999	+5,0	+7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3
2000	+16,2	+18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4
2001	+7,0	+1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2
2002	+4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0
2003	+0,9	+2,7	84,2	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9
2004	+10,3	+7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7
2005	+8,6	+9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1
2006	+14,6	+14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5
2007	+8,8	+5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5
2008	+3,8	+6,1	154,2	153,3	48,1	41,8	6,2	6,2
2009	-16,2	-15,2	118,5	136,7	41,9	37,0	5,0	5,8
2010	+16,5	+16,7	135,5	143,2	46,8	41,4	5,5	5,8
2011	+11,2	+13,4	127,7	138,3	50,1	45,2	5,0	5,4
2006/01	+7,6	+6,0	96,4	73,9	38,6	34,2	4,4	3,3
2011/06	+4,1	+4,7	139,3	150,7	46,6	40,9	5,7	6,2

¹ In jeweiligen Preisen.

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)		quote	Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³	
				unbereinigt ¹	bereinigt ²			
Jahr	V	eränderung in % p.a	a	in	1%	Veränderu	ng in % p.a.	
1991		•		70,8	70,8			
1992	+6,7	+2,6	+8,4	71,9	72,1	+10,2	+4,0	
1993	+1,4	-0,8	+2,3	72,5	72,9	+4,3	+0,9	
1994	+4,1	+8,2	+2,5	71,4	72,0	+1,9	-2,3	
1995	+3,9	+4,9	+3,5	71,1	71,8	+2,9	-0,9	
1996	+1,5	+3,1	+0,8	70,7	71,5	+1,2	+0,4	
1997	+1,5	+4,2	+0,3	69,9	70,8	+0,0	-2,5	
1998	+1,8	+1,3	+2,0	70,0	71,0	+0,8	+0,4	
1999	+1,0	-2,4	+2,5	71,1	72,0	+1,3	+1,3	
2000	+2,2	-1,5	+3,7	72,1	72,9	+1,3	+1,7	
2001	+2,3	+3,6	+1,9	71,8	72,6	+2,0	+1,3	
2002	+0,9	+1,7	+0,6	71,6	72,5	+1,4	+0,1	
2003	+1,1	+3,2	+0,2	71,0	72,1	+1,1	-1,3	
2004	+4,9	+16,0	+0,3	67,9	69,2	+0,5	+0,9	
2005	+1,6	+6,4	-0,7	66,4	68,0	+0,3	-1,4	
2006	+5,5	+13,3	+1,6	63,9	65,5	+0,8	-1,2	
2007	+3,8	+5,8	+2,7	63,2	64,7	+1,5	-0,4	
2008	+0,9	-3,7	+3,6	64,9	66,3	+2,2	-0,4	
2009	-4,6	-13,5	+0,1	68,2	69,6	-0,3	-0,5	
2010	+5,1	+10,5	+2,5	66,5	68,0	+2,2	+1,6	
2011	+3,8	+2,7	+4,4	66,9	68,3	+3,3	+0,2	
2006/01	+2,8	+8,0	+0,4	68,8	70,0	+0,8	-0,6	
2011/06	+1,7	-0,0	+2,7	65,6	67,1	+1,8	+0,1	

 $^{^1} Arbeit nehmer entgelte in \% \, des \, Volksein kommens.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 25. April 2012

Erläuterungen zu den Tabellen 5 bis 12

1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren der Europäischen Union verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der EU für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite http://circa.europa.eu/Public/irc/ecfin/outgaps/library.

Die Berechnungen zu den verwendeten Budgetsensitivitäten werden in der folgenden Veröffentlichung beschrieben: Girouard und André (2005), Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries, OECD Economics Department Working Papers 434.

2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamtes sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes zugrunde gelegt (Variante 1-W1). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigem und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung hinaus verlängert, um dem Randwertproblem bei Glättungen mit dem HP-Filter Rechnung zu tragen.

- 3. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamtes zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- Berechnungen basieren auf dem Stand der Frühjahrsprojektion 2012 der Bundesregierung.
- 5. Das Produktionspotenzial ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für die neue Schuldenregel, sondern auch,

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mit Hilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige

Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsensitivität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden (http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_123210/DE/BMF__Startseite/Aktuelles/Monatsbericht__des__BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-des-bundes/node.html?__nnn=true).

Tabelle 5: Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial Bruttoinlandsprodukt Produktionslück		Produktionslücke	Budgetsensitivität ¹	Konjunkturkomponente ¹	
		in Mrd. € (nominal)			in Mrd. € (nominal)	
2013	2 737,4	2 714,5	-23,0	0,160	-3,7	
2014	2 812,2	2 794,9	-17,2	0,160	-2,8	
2015	2 886,8	2 877,8	-9,0	0,160	-1,4	
2016	2 963,1	2 963,1	0,0	0,160	0,0	

¹ Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrundeliegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Die für die Haushaltsaufstellung letztlich maßgeblichen Werte sind den jeweiligen Haushaltsgesetzen des Bundes zu entnehmen.

Tabelle 6: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial			Produktio	nslücken	
	preisbe	ereinigt	nom	ninal	preisber	einigt	nom	ninal
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP
1980	1 381,0		833,7		34,7	2,5	21,0	2,5
1981	1 413,4	+2,3	888,9	+6,6	9,8	0,7	6,2	0,7
1982	1 444,7	+2,2	950,2	+6,9	-27,1	-1,9	-17,8	-1,9
1983	1 475,7	+2,1	997,8	+5,0	-35,8	-2,4	-24,2	-2,4
1984	1 506,8	+2,1	1 039,1	+4,1	-26,2	-1,7	-18,1	-1,7
1985	1 536,0	+1,9	1 081,8	+4,1	-21,0	-1,4	-14,8	-1,4
1986	1 567,6	+2,1	1 137,1	+5,1	-17,9	-1,1	-13,0	-1,1
1987	1 600,9	+2,1	1 176,2	+3,4	-29,5	-1,8	-21,7	-1,8
1988	1 640,0	+2,4	1 225,3	+4,2	-10,4	-0,6	-7,7	-0,6
1989	1 686,1	+2,8	1 296,0	+5,8	7,0	0,4	5,4	0,4
1990	1 744,8	+3,5	1 386,7	+7,0	37,3	2,1	29,6	2,1
1991	1 799,3	+3,1	1 474,0	+6,3	73,9	4,1	60,6	4,1
1992	1 849,2	+2,8	1 596,8	+8,3	59,8	3,2	51,6	3,2
1993	1 893,5	+2,4	1 700,2	+6,5	-3,7	-0,2	-3,3	-0,2
1994	1 930,7	+2,0	1 776,8	+4,5	5,9	0,3	5,4	0,3
1995	1 965,9	+1,8	1 845,5	+3,9	3,2	0,2	3,0	0,2
1996	1 999,7	+1,7	1 889,2	+2,4	-15,1	-0,8	-14,2	-0,8
1997	2 031,9	+1,6	1 924,7	+1,9	-12,8	-0,6	-12,1	-0,6
1998	2 063,8	+1,6	1 966,5	+2,2	-7,1	-0,3	-6,8	-0,3
1999	2 096,3	+1,6	2 001,3	+1,8	-1,1	-0,1	-1,1	-0,1
2000	2 129,0	+1,6	2 018,8	+0,9	30,2	1,4	28,7	1,4
2001	2 161,7	+1,5	2 072,9	+2,7	30,2	1,4	29,0	1,4
2002	2 193,0	+1,5	2 133,1	+2,9	-0,9	0,0	-0,9	0,0
2003	2 221,7	+1,3	2 184,7	+2,4	-37,8	-1,7	-37,2	-1,7
2004	2 248,9	+1,2	2 235,0	+2,3	-39,6	-1,8	-39,3	-1,8
2005	2 274,0	+1,1	2 274,0	+1,7	-49,6	-2,2	-49,6	-2,2
2006	2 300,7	+1,2	2 307,9	+1,5	6,0	0,3	6,0	0,3
2007	2 329,4	+1,2	2 374,8	+2,9	52,7	2,3	53,7	2,3
2008	2 357,2	+1,2	2 421,7	+2,0	50,7	2,2	52,1	2,2
2009	2 378,9	+0,9	2 472,7	+2,1	-94,5	-4,0	-98,2	-4,0
2010	2 409,1	+1,3	2 519,0	+1,9	-40,4	-1,7	-42,2	-1,7
2011	2 445,1	+1,5	2 576,4	+2,3	-5,4	-0,2	-5,6	-0,2
2012	2 481,6	+1,5	2 655,2	+3,1	-24,1	-1,0	-25,8	-1,0
2013	2 518,8	+1,5	2 737,4	+3,1	-21,1	-0,8	-23,0	-0,8
2014	2 551,8	+1,3	2 812,2	+2,7	-15,6	-0,6	-17,2	-0,6
2015	2 583,4	+1,2	2 886,8	+2,7	-8,1	-0,3	-9,0	-0,3
2016	2 615,1	+1,2	2 963,1	+2,6	0,0	0,0	0,0	0,0

Tabelle 7: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum¹

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1981	+2,3	1,0	0,2	1,1
1982	+2,2	1,0	0,2	1,0
1983	+2,1	1,2	0,1	0,9
1984	+2,1	1,2	0,0	0,9
1985	+1,9	1,3	-0,2	0,8
1986	+2,1	1,4	-0,2	0,8
1987	+2,1	1,5	-0,2	0,8
1988	+2,4	1,6	0,0	0,8
1989	+2,8	1,7	0,2	0,9
1990	+3,5	1,8	0,7	0,9
1991	+3,1	1,8	0,3	1,0
1992	+2,8	1,6	0,0	1,1
1993	+2,4	1,4	-0,1	1,1
1994	+2,0	1,3	-0,3	1,0
1995	+1,8	1,1	-0,3	1,0
1996	+1,7	1,0	-0,2	0,9
1997	+1,6	1,0	-0,2	0,9
1998	+1,6	0,9	-0,2	0,9
1999	+1,6	0,9	-0,2	0,9
2000	+1,6	1,0	-0,3	0,9
2001	+1,5	1,0	-0,3	0,8
2002	+1,5	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,6
2004	+1,2	0,8	-0,1	0,5
2005	+1,1	0,7	-0,1	0,5
2006	+1,2	0,7	0,0	0,5
2007	+1,2	0,6	0,1	0,5
2008	+1,2	0,5	0,1	0,5
2009	+0,9	0,4	0,1	0,4
2010	+1,3	0,4	0,5	0,4
2011	+1,5	0,4	0,6	0,4
2012	+1,5	0,5	0,6	0,4
2013	+1,5	0,6	0,5	0,4
2014	+1,3	0,6	0,2	0,5
2015	+1,2	0,7	0,1	0,5
2016	+1,2	0,7	0,0	0,5

¹ Abweichungen des ausgewiesenen Potenzialwachstums von der Summe der Wachstumsbeiträge sind rundungsbedingt.

Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisberei	inigt.	nomin	aı
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	689,7		166,7	
1961	721,6	+4,6	186,4	+11,8
962	755,3	+4,7	207,0	+11,
1963	776,5	+2,8	219,3	+5,9
1964	828,3	+6,7	243,2	+10,9
1965	872,6	+5,4	266,9	+9,
1966	896,9	+2,8	276,9	+3,
1967	894,2	-0,3	271,9	-1,8
1968	942,9	+5,5	298,5	+9,8
1969	1 013,3	+7,5	340,5	+14,
1970	1 064,3	+5,0	390,9	+14,8
1971	1 097,7	+3,1	433,8	+11,
1972	1 144,9	+4,3	473,0	+9,0
1973	1 199,6	+4,8	526,8	+11,4
1974	1 210,3	+0,9	570,2	+8,2
1975	1 199,8	-0,9	597,2	+4,8
1976	1 259,1	+4,9	647,5	+8,4
1977	1 301,3	+3,3	690,0	+6,1
1978	1 340,4	+3,0	735,9	+6,
1979	1 396,1	+4,2	799,2	+8,
1980	1 415,7	+1,4	854,7	+6,9
1981	1 423,2	+0,5	895,1	+4,
1982	1 417,6	-0,4	932,4	+4,7
1983	1 439,9	+1,6	973,6	+4,4
1984	1 480,6	+2,8	1 021,0	+4,9
1985	1515,0	+2,3	1 067,0	+4,
1986	1 549,7	+2,3	1124,2	+5,-
1987	1 571,4	+1,4	1 154,5	+2,
1988	1 629,7	+3,7	1 217,5	+5,!
1989	1 693,2	+3,9	1 301,4	+6,9
1990	1 782,1	+5,3	1 416,3	+8,8
1991	1 873,2	+5,1	1 534,6	+8,4
1992	1 909,0	+1,9	1 648,4	+7,4
1993	1 889,9	-1,0	1 696,9	+2,9
1994	1 936,6	+2,5	1 782,2	+5,0
1995	1 969,0	+1,7	1 848,5	+3,
1996	1 984,6	+0,8	1 875,0	+1,4
1997	2 019,1	+1,7	1912,6	+2,0
1998	2 056,7	+1,9	1 959,7	+2,!
1999	2 095,2	+1,9	2 000,2	+2,
2000	2 159,2	+3,1	2 047,5	+2,4
2001	2 191,9	+1,5	2 101,9	+2,
2002	2 192,1	+0,0	2 132,2	+1,4
2003	2 183,9	-0,4	2 147,5	+0,
2004	2 209,3	+1,2	2 195,7	+2,
2005	2 224,4	+0,7	2 224,4	+1,
2006	2 306,7	+3,7	2 3 1 3, 9	+4,
2007	2 382,1	+3,3	2 428,5	+5,0
2008	2 407,9	+1,1	2 473,8	+1,9
2009	2 284,5	-5,1	2 374,5	-4,
2010	2 368,8	+3,7	2 476,8	+4,;
2011	2 439,7	+3,0	2 570,8	+3,
2012	2 457,5	+0,7	2 629,5	+2,;
2013	2 497,6	+1,6	2 714,5	+3,7
2014	2 536,2	+1,5	2 794,9	+3,
2014	2 575,4	+1,5	2 877,8	+3,
2016	2 615,1	+1,5	2 963,1	+3,

 $^{^{1}} Verkettete \ Volumen angaben, berechnet \ auf \ Basis \ der \ vom \ Statistischen \ Bundesamt \ ver\"{o}ffentlichten \ Indexwerte \ (2005=100).$

Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten		
Jahr	Erwerbsbe	völkerung ¹	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in %	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjah
960	46 765			70,0	32 275	
961	46 821	+0,1		70,6	32 725	+1,4
962	47 178	+0,8		70,2	32 839	+0,3
963	47 403	+0,5		70,1	32 917	+0,2
964	47 644	+0,5		69,8	32 945	+0,1
965	47 966	+0,7	69,2	69,6	33 132	+0,6
966	48 146	+0,4	68,9	69,2	33 030	-0,3
967	47 914	-0,5	68,7	68,3	31 954	-3,3
968	47 823	-0,2	68,6	68,0	31 982	+0,1
969	48 208	+0,8	68,6	68,0	32 479	+1,6
970	47 887	-0,7	68,7	69,1	32 926	+1,4
971	48 340	+0,9	68,8	68,9	33 076	+0,5
972	48 657	+0,7	68,8	69,0	33 258	+0,6
973	49 013	+0,7	68,8	69,4	33 660	+1,2
974	49 192	+0,4	68,7	69,0	33 341	-0,9
975	49 133	-0,1	68,5	68,3	32 504	-2,
976	49 116	-0,0	68,3	68,1	32 369	-0,4
977	49 289	+0,4	68,2	67,9	32 442	+0,2
978	49 553	+0,5	68,2	68,1	32 763	+1,0
979	49 978	+0,9	68,3	68,5	33 396	+1,9
980	50 649	+1,3	68,5	68,7	33 956	+1,
981	51 392	+1,5	68,8	68,8	33 996	+0,
982	52 069	+1,3	69,2	69,1	33 734	-0,8
983	52 586	+1,0	69,7	69,6	33 427	-0,9
984	52 916	+0,6	70,2	69,9	33 715	+0,9
985	53 020	+0,2	70,8	70,8	34 188	+1,4
986	53 093	+0,1	71,5	71,4	34845	+1,9
987	53 124	+0,1	72,1	72,2	35 331	+1,4
988	53 294	+0,3	72,6	72,9	35 834	+1,4
989	53 664	+0,7	73,1	73,1	36 507	+1,9
990	54518	+1,6	73,4	73,5	37 657	+3,2
991	55 023	+0,9	73,6	74,3	38 712	+2,8
992	55 349	+0,6	73,6	73,6	38 183	-1,4
993	55 613	+0,5	73,6	73,3	37 695	-1,3
994	55 686	+0,1	73,7	73,6	37 667	-0,
995	55 775	+0,2	73,8	73,6	37 802	+0,4
996	55 907	+0,2	74,0	73,8	37 772	-0,
997	55 980	+0,1	74,4	74,2	37716	-0,
998	55 991	+0,0	74,8	74,8	38 148	+1,
999	55 952	-0,1	75,3	75,3	38 721	+1,5
2000	55 852	-0,2	75,8	76,1	39 382	+1,
2001	55 772	-0,1	76,4	76,5	39 485	+0,3
2002	55 719	-0,1	76,9	76,8	39 257	-0,6
003	55 596	-0,2	77,5	77,0	38 918	-0,9
2004	55 359	-0,4	78,1	78,0	39 034	+0,3
1005	55 063	-0,5	78,7	79,1	38 976	-0,
2006	54746	-0,6	79,2	79,3	39 192	+0,6
1007	54 496	-0,5	79,7	79,7	39 857	+1,
1008	54 276	-0,4	80,1	80,1	40 345	+1,2
1009	54 006	-0,5	80,5	80,7	40 362	+0,0
010	53 922	-0,2	80,8	80,7	40 553	+0,5
1011	53 892	-0,2	81,2	80,9	41 100	+1,3
2012	53 810	-0,1	81,5	81,6	41 520	+1,0
1013	53 663	-0,2	81,8	81,9	41 610	+0,2
2014	53 451	-0,3		81,9		
2015			82,2		41 610	+0,0
	53 188	-0,5	82,5	82,4	41 610	+0,0
2016	52 898	-0,5	82,9	82,8	41 610	+0,0
2017	52 580	-0,6	83,3	83,3	•	
2018	52 244 51 892	-0,6 -0,7	83,8 84,2	83,8 84,3	•	

¹12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1.

noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeits	zeit je Erwerb	stätigen, Arbeitsst	unden	Arbeitnehn	ner, Inland	Erwerbslose, Inländer		
Jahr	Tre		Tatsächlich bzw				in % der Erwerbs-	NAIRU ³	
	Stunden	in % ggü. Voriahr	Stunden	in % ggü. Voriahr	in Tsd.	in % ggü. Voriahr	personen ²		
960			2 165		25 095		1,4		
961			2 138	-1,2	25 710	+2,5	0,9		
962			2 102	-1,7	26 079	+1,4	0,8		
963			2 071	-1,4	26 377	+1,1	1,0		
964			2 083	+0,6	26 673	+1,1	0,9		
1965	2 065		2 069	-0,7	27 035	+1,4	0,8		
966	2 041	-1,2	2 043	-1,3	27 050	+0,1	0,8		
967	2 017	-1,2	2 005	-1,8	26 139	-3,4	2,4	1,	
1968	1 994	-1,1	1 993	-0,6	26 305	+0,6	1,7	1,	
1969			1973	-1,0	27 034	+2,8	0,9		
								1,	
1970	1 948	-1,2	1 958	-0,8	27 814	+2,9	0,5	1,	
1971	1 923	-1,3	1 926	-1,6	28 276	+1,7	0,7	1,	
1972	1 897	-1,4	1 903	-1,2	28 616	+1,2	0,9	1,	
1973	1 870	-1,4	1 875	-1,5	29 133	+1,8	1,0	1,:	
1974	1 845	-1,3	1 835	-2,1	28 983	-0,5	1,7	1,	
1975	1 823	-1,2	1 798	-2,0	28 319	-2,3	3,1	1,	
1976	1 805	-1,0	1811	+0,7	28 397	+0,3	3,2	2,	
1977	1 788	-0,9	1 793	-1,0	28 632	+0,8	3,1	2,	
1978	1 773	-0,9	1 775	-1,1	29 025	+1,4	2,9	3,	
1979	1 758	-0,9	1 763	-0,7	29 755	+2,5	2,4	3,	
1980	1 742	-0,9	1 743	-1,1	30 337	+2,0	2,4	4,	
1981	1 727	-0,9	1722	-1,2	30 416	+0,3	3,8	4,	
	1712		1711			-0,7			
1982		-0,9		-0,6	30 192		6,2	5,	
1983	1 696	-0,9	1 698	-0,8	29 925	-0,9	8,6	6,	
1984	1 680	-1,0	1 686	-0,7	30 213	+1,0	8,9	6,	
1985	1 662	-1,0	1 663	-1,4	30 689	+1,6	9,0	6,	
1986	1 645	-1,1	1 644	-1,1	31 322	+2,1	8,1	7,	
1987	1 627	-1,1	1 622	-1,3	31 842	+1,7	7,8	7,	
1988	1 610	-1,0	1 617	-0,3	32 356	+1,6	7,7	7,	
1989	1 594	-1,0	1 594	-1,4	33 004	+2,0	6,9	7,	
1990	1 579	-0,9	1 571	-1,4	34 135	+3,4	6,1	7,	
1991	1 566	-0,8	1 552	-1,2	35 148	+3,0	5,3	7,	
1992	1 556	-0,7	1 564	+0,8	34 567	-1,7	6,2	7,	
1993	1 547	-0,6	1 547	-1,1	34 020	-1,6	7,5	7,	
1994	1 537	-0,6	1 545	-0,1	33 909	-0,3	8,1	7,	
1995	1 527	-0,7	1 529	-1,1	33 996	+0,3	7,9	7,	
1996	1516	-0,7	1511	-1,1	33 907	-0,3	8,5	7,	
1997	1 506	-0,7	1 505	-0,4	33 803	-0,3	9,2	7,	
1998	1 495	-0,7	1 499	-0,4	34 189	+1,1	8,9	8,	
1999	1 483	-0,8	1 491	-0,5	34735	+1,6	8,1	8,	
2000	1 471	-0,8	1 471	-1,4	35 387	+1,9	7,4	8,	
2001	1 459	-0,8	1 453	-1,2	35 465	+0,2	7,5	8,	
2002	1 449	-0,7	1 441	-0,8	35 203	-0,7	8,2	8,	
2003	1 440	-0,6	1 436	-0,4	34800	-1,1	9,1	8,	
2004	1 433	-0,5	1 436	+0,0	34777	-0,1	9,6	8,	
2005	1 428	-0,4	1 431	-0,4	34 559	-0,6	10,5	8,	
2006	1 422	-0,4	1 424	-0,5	34736	+0,5	9,8	8,	
2007	1 417	-0,4	1 422	-0,1	35 359	+1,8	8,3	8,	
2008	1 412	-0,4	1 422	-0,0	35 866	+1,4	7,2	7,	
2008									
	1 409	-0,3	1 383	-2,8	35 894	+0,1	7,4	7,	
2010	1 408	-0,1	1 408	+1,8	36 065	+0,5	6,8	6,	
2011	1 408	+0,0	1 413	+0,3	36 554	+1,4	5,7	6,	
2012	1 410	+0,1	1 413	+0,0	36 933	+1,0	5,5	5,	
2013	1 411	+0,1	1 413	+0,0	36 993	+0,2	5,3	5,	
2014	1 411	+0,0	1 412	-0,1	36 993	+0,0	5,2	5,	
2015	1 411	+0,0	1 411	-0,1	36993	+0,0	5,1	5,	
2016	1 411	-0,0	1 411	-0,1	36 993	+0,0	5,0	4,	
2017	1 410	-0,0	1 410	-0,0				.,	
2018	1 410	-0,0	1 409	-0,0	·	•			
2019	1 409	-0,0	1 409	-0,0					

¹12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes; Variante 1-W1.

 $^{{}^2\,} Erwerbs lose nquote \, nach \, Definition \, der \, International \, Labour \, Organization \, (ILO).$

 $^{^{\}rm 3}\,{\rm NAIRU}$ - Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment.

Tabelle 10: Kapitalstock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	ereinigt	preisbe	reinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1980	6 110,9	+3,5	286,6	+2,3	1,4
1981	6 307,7	+3,2	273,2	-4,7	1,2
1982	6 485,6	+2,8	260,7	-4,6	1,3
1983	6 655,5	+2,6	268,5	+3,0	1,5
1984	6 823,4	+2,5	269,0	+0,2	1,5
1985	6 985,8	+2,4	270,8	+0,7	1,6
1986	7 149,0	+2,3	279,4	+3,2	1,7
1987	7 315,5	+2,3	285,2	+2,1	1,7
1988	7 487,8		299,6	+5,0	1,7
1989	7 672,9 +2,5		321,3	+7,2	1,8
1990	7 876,2	+2,7	346,9	+8,0	1,9
1991	8 112,9	+3,0	365,4	+5,3	1,6
1992	8 378,1	+3,3	382,2	+4,6	1,4
1993	8 636,4	+3,1	365,9	-4,3	1,3
1994	8 887,4	+2,9	381,4	+4,2	1,5
1995	9 140,0	+2,8	380,7	-0,2	1,4
1996	9 384,7	+2,7	378,6	-0,6	1,5
1997	9 622,5	+2,5	382,2	+0,9	1,5
1998	9 862,1	+2,5	397,4	+4,0	1,6
1999	10 109,6	+2,5	415,4	+4,5	1,7
2000	10 361,7	+2,5	426,3	+2,6	1,7
2001	10 601,8	+2,3	412,2	-3,3	1,7
2002	10 807,2	+1,9	387,0	-6,1	1,7
2003	10 984,2	+1,6	382,4	-1,2	1,9
2004	11 148,6	+1,5	381,5	-0,2	2,0
2005	11 304,0	+1,4	384,5	+0,8	2,1
2006	11 467,3	+1,4	416,1	+8,2	2,2
2007	11 647,1	+1,6	435,8	+4,7	2,2
2008	11 830,9	+1,6	443,0	+1,7	2,2
2009	11 982,8	+1,3	392,5	-11,4	2,0
2010	12 111,4	+1,1	414,1	+5,5	2,4
2011	12 257,0	+1,2	440,7	+6,4	2,4
2012	12 411,1	+1,3	448,8	+1,9	2,4
2013	12 565,7	+1,2	467,4	+4,1	2,5
2014	12 730,0	+1,3	480,6	+2,8	2,5
2015	12 906,4	+1,4	494,3	+2,8	2,5
2016	13 092,1	+1,4	508,3	+2,8	2,5

Tabelle 11: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1980	-7,4285	-7,4392
1981	-7,4270	-7,4291
1982	-7,4314	-7,4187
1983	-7,4141	-7,4072
1984	-7,3961	-7,3948
1985	-7,3814	-7,3815
1986	-7,3718	-7,3675
1987	-7,3662	-7,3526
1988	-7,3450	-7,3364
1989	-7,3180	-7,3192
1990	-7,2866	-7,3015
1991	-7,2573	-7,2841
1992	-7,2459	-7,2680
1993	-7,2510	-7,2538
1994	-7,2351	-7,2411
1995	-7,2238	-7,2299
1996	-7,2171	-7,2197
1997	-7,2052	-7,2102
1998	-7,2001	-7,2009
1999	-7,1966	-7,1916
2000	-7,1770	-7,1817
2001	-7,1639	-7,1720
2002	-7,1615	-7,1629
2003	-7,1628	-7,1547
2004	-7,1585	-7,1471
2005	-7,1532	-7,1399
2006	-7,1223	-7,1328
2007	-7,1056	-7,1265
2008	-7,1082	-7,1213
2009	-7,1474	-7,1175
2010	-7,1296	-7,1132
2011	-7,1152	-7,1088
2012	-7,1192	-7,1041
2013	-7,1088	-7,0984
2014	-7,0975	-7,0921
2015	-7,0866	-7,0851
2016	-7,0760	-7,0777

Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pi	rivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1960	24,2		27,7		83,9	
1961	25,8	+6,8	28,6	+3,3	94,7	+12,9
1962	27,4	+6,1	29,5	+2,9	104,8	+10,6
1963	28,2	+3,0	30,3	+3,0	112,4	+7,3
1964	29,4	+4,0	31,0	+2,2	123,0	+9,4
1965	30,6	+4,2	32,0	+3,2	136,5	+11,0
1966	30,9	+0,9	33,2	+3,6	147,0	+7,7
1967	30,4	-1,5	33,7	+1,6	146,7	-0,2
1968	31,7	+4,1	34,2	+1,6	157,6	+7,4
1969	33,6	+6,2	34,9	+1,9	177,3	+12,6
1970	36,7	+9,3	36,1	+3,5	210,6	+18,7
1971	39,5	+7,6	38,1	+5,6	238,7	+13,3
1972	41,3	+4,5	39,9	+4,7	264,6	+10,9
1973	43,9	+6,3	42,9	+7,4	301,2	+13,8
1974	47,1	+7,3	46,3	+8,0	333,1	+10,6
1975	49,8	+5,7	48,8	+5,5	348,1	+4,5
1976	51,4	+3,3	50,7	+3,8	376,2	+8,1
1977	53,0	+3,1	52,0	+2,7	403,9	+7,4
1978	54,9	+3,5	53,0	+1,9	431,2	+6,8
1979	57,2	+4,3	56,1	+5,7	466,9	+8,3
1980	60,4	+5,5	59,9	+6,7	507,6	+8,7
1981	62,9	+4,2	63,5	+6,1	532,3	+4,9
1982	65,8	+4,6	66,7	+5,0	549,0	+3,1
1983	67,6	+2,8	68,9	+3,2	561,2	+2,2
1984	69,0	+2,0	70,6	+2,5	583,1	+3,9
1985	70,4	+2,1	71,7	+1,5	606,5	+4,0
1986	72,5	+3,0	70,9	-1,1	638,7	+5,3
1987	73,5	+1,3	70,8	-0,1	667,7	+4,5
1988	74,7	+1,7	72,1	+1,9	695,8	+4,2
1989	76,9	+2,9	74,9	+3,9	728,0	+4,6
1990	79,5	+3,4	77,1	+3,0	787,6	+8,2
1991	81,9	+3,1	79,4	+2,9	858,8	+9,0
1992	86,3	+5,4	82,8	+4,3	931,8	+8,5
1993	89,8	+4,0	85,9	+3,6	954,0	+2,4
1994	92,0	+2,5	88,0	+2,5	978,5	+2,6
1995	93,9	+2,0	89,3	+1,4	1 014,6	+3,7
1996	94,5	+0,6	90,1	+1,0	1 022,9	+0,8
1997	94,7	+0,3	91,3	+1,3	1 026,2	+0,3
1998	95,3	+0,6	91,7	+0,5	1 047,2	+2,0
1999	95,5	+0,2	92,1	+0,4	1 073,7	+2,5
2000	94,8	-0,7	92,8	+0,8	1 114,1	+3,8
2001	95,9	+1,1	94,6	+1,9	1 135,1	+1,9
2002	97,3	+1,4	95,7	+1,2	1 141,5	+0,6
2002	98,3	+1,1	97,2	+1,6	1 144,3	+0,6
2003	99,4	+1,1	98,4	+1,0	1 144,3	+0,3
2004	100,0	+0,6	100,0	+1,7	1 139,4	-0,7
2005	100,0	+0,3	101,0	+1,7	1 157,0	+1,5
2006						
2007	101,9 102,7	+1,6	102,5	+1,5 ±1.7	1 187,0	+2,6
		+0,8	104,2	+1,7	1 229,4	+3,6
2009	103,9	+1,2	104,2	+0,1	1 230,6	+0,1
2010	104,6	+0,6	106,3	+1,9	1 261,4	+2,5
2011	105,4	+0,8	108,5	+2,1	1317,1	+4,4
2012	107,0	+1,5	110,8	+2,1	1 361,5	+3,4
2013	108,7	+1,6	112,8	+1,8	1 395,4	+2,5
2014	110,2	+1,4	114,7	+1,7	1 428,1	+2,3
2015	111,7	+1,4	116,7	+1,7	1 462,7	+2,4
2016	113,3	+1,4	118,7	+1,7	1 498,4	+2,4

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

land					jährliche\	/eränderun	gen in %				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	+2,3	+5,3	+1,7	+3,1	+0,7	+1,1	-5,1	+3,7	+3,0	+0,7	+1,7
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,7	+1,0	-2,8	+2,3	+1,9	+0,0	+1,2
Estland	-	-	+4,5	+9,7	+8,9	-3,7	-14,3	+2,3	+7,6	+1,6	+3,8
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	-0,2	-3,3	-3,5	-6,9	-4,7	+0,0
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	+0,9	-3,7	-0,1	+0,7	-1,8	-0,3
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	-0,1	-2,7	+1,5	+1,7	+0,5	+1,3
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+9,3	+5,3	-3,0	-7,0	-0,4	+0,7	+0,5	+1,9
Italien	+2,8	+2,1	+2,9	+3,7	+0,9	-1,2	-5,5	+1,8	+0,4	-1,4	+0,4
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	+3,6	-1,9	+1,1	+0,5	-0,8	+0,3
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,4	+0,8	-5,3	+2,7	+1,6	+1,1	+2,1
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,7	+4,1	-2,7	+2,3	+2,1	+1,2	+1,9
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	+1,8	-3,5	+1,7	+1,2	-0,9	+0,7
Österreich	+2,5	+4,2	+2,7	+3,7	+2,4	+1,4	-3,8	+2,3	+3,1	+0,8	+1,7
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	+0,0	-2,9	+1,4	-1,6	-3,3	+0,3
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	+5,8	-4,9	+4,2	+3,3	+1,8	+2,9
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	+3,6	-8,0	+1,4	-0,2	-1,4	+0,7
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	+0,3	-8,4	+3,7	+2,9	+0,8	+1,6
Euroraum	+2,2	+3,5	+2,3	+3,8	+1,7	+0,4	-4,3	+1,9	+1,5	-0,3	+1,0
Bulgarien	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	+6,2	-5,5	+0,4	+1,7	+0,5	+1,9
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	-0,8	-5,8	+1,3	+1,0	+1,1	+1,4
Lettland	-	-	-0,9	+6,1	+10,1	-3,3	-17,7	-0,3	+5,5	+2,2	+3,6
Litauen	-	-	+3,3	+3,6	+7,8	+2,9	-14,8	+1,4	+5,9	+2,4	+3,5
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+5,1	+1,6	+3,9	+4,3	+2,7	+2,6
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	+7,3	-6,6	-1,6	+2,5	+1,4	+2,9
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	-0,6	-5,0	+6,1	+3,9	+0,3	+2,1
Tschechien	-	-	+5,9	+4,2	+6,8	+3,1	-4,7	+2,7	+1,7	+0,0	+1,5
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	+0,9	-6,8	+1,3	+1,7	-0,3	+1,0
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,5	+2,1	-1,1	-4,4	+2,1	+0,7	+0,5	+1,7
EU	+2,5	+3,0	+2,6	+3,9	+2,0	+0,3	-4,3	+2,0	+1,5	+0,0	+1,3
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,3	+1,3	-1,0	-5,5	+4,4	-0,7	+1,9	+1,7
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	-0,4	-3,5	+3,0	+1,7	+2,0	+2,1

Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2012. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2012.

Stand: Mai 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

			jährlich	ne Veränderunger	nin%		
Land	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	+2,3	+2,8	+0,2	+1,2	+2,5	+2,3	+1,8
Belgien	+1,8	+4,5	+0,0	+2,3	+3,5	+2,9	+1,8
Estland	+6,7	+10,6	+0,2	+2,7	+5,1	+3,9	+3,4
Griechenland	+3,0	+4,2	+1,3	+4,7	+3,1	-0,5	-0,3
Spanien	+2,8	+4,1	-0,2	+2,0	+3,1	+1,9	+1,1
Frankreich	+1,6	+3,2	+0,1	+1,7	+2,3	+2,1	+1,9
Irland	+2,9	+3,1	-1,7	-1,6	+1,2	+1,7	+1,2
Italien	+2,0	+3,5	+0,8	+1,6	+2,9	+3,2	+2,3
Zypern	+2,2	+4,4	+0,2	+2,6	+3,5	+3,4	+2,5
Luxemburg	+2,7	+4,1	+0,0	+2,8	+3,7	+3,0	+2,0
Malta	+0,7	+4,7	+1,8	+2,0	+2,4	+2,0	+2,2
Niederlande	+1,6	+2,2	+1,0	+0,9	+2,5	+2,5	+1,8
Österreich	+2,2	+3,2	+0,4	+1,7	+3,6	+2,4	+2,0
Portugal	+2,4	+2,7	-0,9	+1,4	+3,6	+3,0	+1,1
Slowakei	+1,9	+3,9	+0,9	+0,7	+4,1	+2,9	+1,9
Slowenien	+3,8	+5,5	+0,9	+2,1	+2,1	+2,2	+1,7
Finnland	+1,6	+3,9	+1,6	+1,7	+3,3	+3,0	+2,5
Euroraum	+2,1	+3,3	+0,3	+1,6	+2,7	+2,4	+1,8
Bulgarien	+7,6	+12,0	+2,5	+3,0	+3,4	+2,6	+2,7
Dänemark	+1,7	+3,6	+1,1	+2,2	+2,7	+2,6	+1,5
Lettland	+10,1	+15,3	+3,3	-1,2	+4,2	+2,6	+2,1
Litauen	+5,8	+11,1	+4,2	+1,2	+4,1	+3,1	+2,9
Polen	+2,6	+4,2	+4,0	+2,7	+3,9	+3,7	+2,9
Rumänien	+4,9	+7,9	+5,6	+6,1	+5,8	+3,1	+3,4
Schweden	+1,7	+3,3	+1,9	+1,9	+1,4	+1,1	+1,5
Tschechien	+3,0	+6,3	+0,6	+1,2	+2,1	+3,3	+2,2
Ungarn	+7,9	+6,0	+4,0	+4,7	+3,9	+5,5	+3,9
Vereinigtes Königreich	+2,3	+3,6	+2,2	+3,3	+4,5	+2,9	+2,0
EU	+2,4	+3,7	+1,0	+2,1	+3,1	+2,6	+1,9
Japan	+0,0	+1,4	-1,4	-0,7	-0,3	-0,3	+0,8
USA	+2,8	+3,8	-0,4	+1,6	+3,2	+2,5	+2,0

Quelle: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2012.

Stand: Mai 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

land				ir	n% der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	7,2	4,8	8,3	8,0	11,3	7,5	7,8	7,1	5,9	5,5	5,3
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,0	7,9	8,3	7,2	7,6	7,9
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	5,5	13,8	16,9	12,5	11,6	10,5
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,7	9,9	7,7	9,5	12,6	17,7	19,7	19,6
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	11,3	18,0	20,1	21,7	24,4	25,1
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	7,8	9,5	9,8	9,7	10,2	10,3
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	6,3	11,9	13,7	14,4	14,3	13,6
Italien	8,2	8,9	11,2	10,0	7,7	6,7	7,8	8,4	8,4	9,5	9,7
Zypern	-	-	2,6	4,8	5,3	3,7	5,3	6,2	7,8	9,8	9,9
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,9	5,1	4,6	4,8	5,2	5,9
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,3	6,0	6,9	6,9	6,5	6,6	6,3
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,1	3,7	4,5	4,4	5,7	6,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	3,8	4,8	4,4	4,2	4,3	4,2
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	8,5	10,6	12,0	12,9	15,5	15,1
Slowakei	-	-	13,2	18,8	16,3	9,5	12,0	14,4	13,5	13,2	12,7
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	4,4	5,9	7,3	8,2	9,1	9,4
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	6,4	8,2	8,4	7,8	7,9	7,7
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,7	9,2	7,6	9,6	10,1	10,2	11,0	11,0
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	5,6	6,8	10,2	11,2	12,0	11,9
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,4	6,0	7,5	7,6	7,7	7,6
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	7,5	17,1	18,7	16,1	14,8	13,2
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	5,8	13,7	17,8	15,4	13,8	12,7
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	7,1	8,2	9,6	9,7	9,8	9,6
Rumänien	-	-	-	6,8	7,2	5,8	6,9	7,3	7,4	7,2	7,1
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	6,2	8,3	8,4	7,5	7,7	7,7
Tschechien	-	-	3,9	8,7	7,9	4,4	6,7	7,3	6,7	7,2	7,2
Ungarn	-	-	9,8	6,4	7,2	7,8	10,0	11,2	10,9	10,6	9,6
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,6	7,6	7,8	8,0	8,5	8,4
EU	9,4	7,3	10,7	8,8	9,0	7,1	9,0	9,7	9,7	10,3	10,3
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	4,0	5,1	5,1	4,9	4,8	4,7
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	5,8	9,3	9,6	9,0	8,2	8,0

Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2012. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2012.

Stand: Mai 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

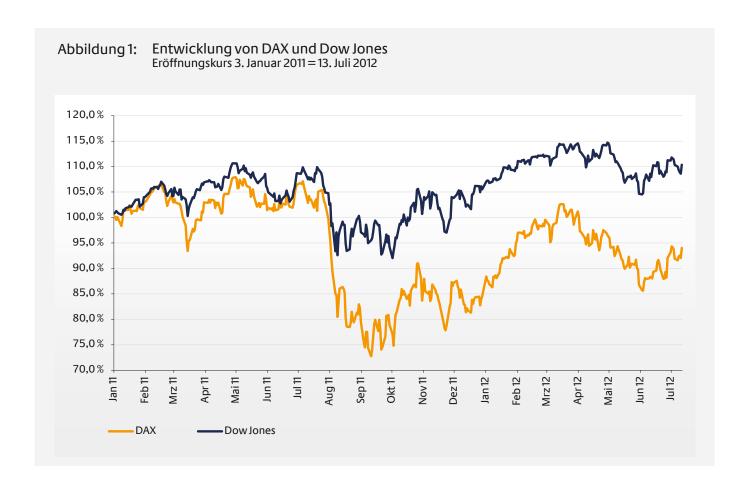
	Real	es Bruttoii	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise		Leistungsbilanz				
			Verände	rung gege	nüber Vor	jahr in %			in % des nominalen Bruttoinlandprodukts				
	2010	2011	2012 ¹	2013 ¹	2010	2011	2012 ¹	2013 ¹	2010	2011	2012 ¹	2013 ¹	
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	+4,8	+4,9	+4,2	+4,1	+7,2	+10,1	+7,1	+7,7	3,7	4,6	4,0	1,	
darunter													
Russische Föderation	+4,3	+4,3	+4,0	+3,9	+6,9	+8,4	+4,8	+6,4	4,7	5,5	4,8	1,	
Ukraine	+4,1	+5,2	+3,0	+3,5	+9,4	+8,0	+4,5	+6,7	-2,2	-5,6	-5,9	-5,	
Asien	+9,7	+7,8	+7,3	+7,9	+5,7	+6,5	+5,0	+4,6	3,2	1,8	1,2	1,	
darunter													
China	+10,4	+9,2	+8,2	+8,8	+3,3	+5,4	+3,3	+3,0	5,1	2,8	2,3	2,	
Indien	+10,6	+7,2	+6,9	+7,3	+12,0	+8,6	+8,2	+7,3	-3,3	-2,8	-3,2	-2,	
Indonesien	+6,2	+6,5	+6,1	+6,6	+5,1	+5,4	+6,2	+6,0	0,8	0,2	-0,4	-0,	
Korea	+6,3	+3,6	+3,5	+4,0	+2,9	+4,0	+3,4	+3,2	2,9	2,4	1,9	1,	
Thailand	+7,8	+0,1	+5,5	+7,5	+3,3	+3,8	+3,9	+3,3	4,1	3,4	1,0	1,	
Lateinamerika	+6,2	+4,5	+3,7	+4,1	+6,0	+6,6	+6,4	+5,9	-1,1	-1,2	-1,8	-2,	
darunter													
Argentinien	+9,2	+8,9	+4,2	+4,0	+10,5	+9,8	+9,9	+9,9	0,6	-0,5	-0,7	-1,	
Brasilien	+7,5	+2,7	+3,0	+4,1	+5,0	+6,6	+5,2	+5,0	-2,2	-2,1	-3,2	-3,	
Chile	+6,1	+5,9	+4,3	+4,5	+1,4	+3,3	+3,8	+3,0	1,5	-1,3	-2,4	-2,	
Mexiko	+5,5	+4,0	+3,6	+3,7	+4,2	+3,4	+3,9	+3,0	-0,3	-0,8	-0,8	-0,	
Sonstige													
Türkei	+9,0	+8,5	+2,3	+3,2	+8,6	+6,5	+10,6	+7,1	-6,3	-9,9	-8,8	-8,	
Südafrika	+2,9	+3,1	+2,7	+3,4	+4,3	+5,0	+5,7	+5,3	-2,8	-3,3	-4,8	-5,	

¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2012.

Tabelle 17.	Übersicht Weltfinanzmärkte
	UDEINCH WEHHIAIZHAIKIE

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	11.07.2012	2011	zu Ende 2011	2011/2012	2011/2012
Dow Jones	12 605	12 218	+3,2	10 655	13 279
Eurostoxx 50	2 246	2317	-3,0	1 995	3 068
Dax	6 454	5 8 9 8	+9,4	5 072	7 528
CAC 40	3 157	3 160	-0,1	2 782	4 157
Nikkei	8 851	8 455	+4,7	8 160	10 858
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	11.07.2012	2011	US-Bond	2011/2012	2011/2012
USA	1,52	1,89	-	1,46	3,78
Deutschland	1,31	1,83	-0,2	1,17	3,49
Japan	0,79	0,99	-0,7	0,79	1,36
Vereinigtes Königreich	1,57	1,95	+0,1	1,53	3,90
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	11.07.2012	2011	zu Ende 2011	2011/2012	2011/2012
Dollar/Euro	1,23	1,29	-5,2	1,23	1,49
Yen/Dollar	79,73	76,86	+3,7	75,79	85,39
Yen/Euro	97,14	100,20	-3,1	96,25	122,80
Pfund/Euro	0,79	0,84	-5,6	0,79	0,91



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Deutschland												
EU-KOM	+3,7	+3,0	+0,7	+1,7	+1,2	+2,5	+2,3	+1,8	7,1	5,9	5,5	5,3
OECD	+3,6	+3,1	+1,2	+2,0	+1,2	+2,5	+2,3	+2,0	6,8	5,7	5,4	5,2
IWF	+3,6	+3,1	+0,6	+1,5	+1,2	+2,5	+1,9	+1,8	7,1	6,0	5,6	5,5
USA												
EU-KOM	+3,0	+1,7	+2,0	+2,1	+1,6	+3,2	+2,5	+2,0	9,6	9,0	8,2	8,0
OECD	+3,0	+1,7	+2,4	+2,6	+1,6	+3,1	+2,3	+1,9	9,6	8,9	8,1	7,6
IWF	+3,0	+1,7	+2,1	+2,4	+1,6	+3,1	+2,1	+1,9	9,6	9,0	8,2	7,9
Japan												
EU-KOM	+4,4	-0,7	+1,9	+1,7	-0,7	-0,3	-0,3	+0,8	5,1	4,9	4,8	4,7
OECD	+4,5	-0,7	+2,0	+1,5	-0,7	-0,3	-0,2	-0,2	5,1	4,6	4,5	4,4
IWF	+4,4	-0,7	+2,0	+1,7	-0,7	-0,3	+0,0	+0,0	5,1	4,5	4,5	4,4
Frankreich												
EU-KOM	+1,5	+1,7	+0,5	+1,3	+1,7	+2,3	+2,1	+1,9	9,8	9,7	10,2	10,3
OECD	+1,6	+1,7	+0,6	+1,2	+1,7	+2,3	+2,4	+1,8	9,4	9,3	9,8	10,0
IWF	+1,4	+1,7	+0,5	+1,0	+1,7	+2,3	+2,0	+1,6	9,8	9,7	9,9	10,1
Italien												
EU-KOM	+1,8	+0,4	-1,4	+0,4	+1,6	+2,9	+3,2	+2,3	8,4	8,4	9,5	9,7
OECD	+1,8	+0,5	-1,7	-0,4	+1,6	+2,9	+3,3	+2,3	8,4	8,4	9,4	9,9
IWF	+1,8	+0,4	-1,9	-0,3	+1,6	+2,9	+2,5	+1,8	8,4	8,4	9,5	9,7
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+2,1	+0,7	+0,5	+1,7	+3,3	+4,5	+2,9	+2,0	7,8	8,0	8,5	8,4
OECD	+2,1	+0,7	+0,5	+1,9	+3,3	+4,5	+2,6	+1,9	7,9	8,1	8,6	9,0
IWF	+2,1	+0,7	+0,8	+2,0	+3,3	+4,5	+2,4	+2,0	7,9	8,0	8,3	8,2
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+3,2	+2,5	+2,2	+2,6	+1,8	+2,9	+2,3	+2,2	8,0	7,5	6,9	6,6
IWF	+3,2	+2,5	+2,1	+2,2	+1,8	+2,9	+2,2	+2,0	8,0	7,5	7,4	7,3
Euroraum												
EU-KOM	+1,9	+1,5	-0,3	+1,0	+1,6	+2,7	+2,4	+1,8	10,1	10,2	11,0	11,0
OECD	+1,9	+1,5	-0,1	+0,9	+1,6	+2,7	+2,4	+1,9	9,9	10,0	10,8	11,1
IWF	+1,9	+1,4	-0,3	+0,9	+1,6	+2,7	+2,0	+1,6	10,1	10,1	10,9	10,8
EZB	+1,7	+1,5	-0,1	+1,1	+1,6	+2,7	+2,4	+1,6	-	-	-	
EU-27												
EU-KOM	+2,0	+1,5	+0,0	+1,3	+2,1	+3,1	+2,6	+1,9	9,7	9,7	10,3	10,3
IWF	+2,0	+1,6	+0,0	+1,3	+2,0	+3,1	+2,3	+1,8	-	-	-	_

Quellen:

EU-KOM:Frühjahrsprognose, Mai 2012.

 ${\sf OECD: Wirtschaftsausblick, Mai\,2012.}$

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2012.

EZB: Eurosystem Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area, März 2012 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum).

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Belgien												
EU-KOM	+2,3	+1,9	+0,0	+1,2	+2,3	+3,5	+2,9	+1,8	8,3	7,2	7,6	7,9
OECD	+2,2	+2,0	+0,4	+1,3	+2,3	+3,5	+2,9	+1,9	8,3	7,2	7,5	7,8
IWF	+2,3	+1,9	+0,0	+0,8	+2,3	+3,5	+2,4	+1,9	8,3	7,2	8,0	8,3
Estland												
EU-KOM	+2,3	+7,6	+1,6	+3,8	+2,7	+5,1	+3,9	+3,4	16,9	12,5	11,6	10,5
OECD	+2,3	+7,6	+2,2	+3,6	+2,7	+5,1	+3,9	+3,0	16,8	12,5	11,4	10,4
IWF	+2,3	+7,6	+2,0	+3,6	+2,9	+5,1	+3,9	+2,6	17,3	12,5	11,3	10,0
Finnland												
EU-KOM	+3,7	+2,9	+0,8	+1,6	+1,7	+3,3	+3,0	+2,5	8,4	7,8	7,9	7,7
OECD	+3,7	+2,9	+0,9	+2,0	+1,7	+3,3	+3,2	+2,4	8,4	7,8	7,9	7,8
IWF	+3,7	+2,9	+0,6	+1,8	+1,7	+3,3	+2,9	+2,1	8,4	7,8	7,7	7,8
Griechenland												
EU-KOM	-3,5	-6,9	-4,7	+0,0	+4,7	+3,1	-0,5	-0,3	12,6	17,7	19,7	19,6
OECD	-3,5	-6,9	-5,3	-1,3	+4,7	+3,1	+0,8	-0,5	12,5	17,6	21,2	21,6
IWF	-3,5	-6,9	-4,7	+0,0	+4,7	+3,1	-0,5	-0,3	12,5	17,3	19,4	19,4
Irland												
EU-KOM	-0,4	+0,7	+0,5	+1,9	-1,6	+1,2	+1,7	+1,2	13,7	14,4	14,3	13,6
OECD	-0,4	+0,7	+0,6	+2,1	-1,6	+1,2	+2,0	+1,2	13,6	14,5	14,5	14,4
IWF	-0,4	+0,7	+0,5	+2,0	-1,6	+1,1	+1,7	+1,2	13,6	14,4	14,5	13,8
Luxemburg												
EU-KOM	+2,7	+1,6	+1,1	+2,1	+2,8	+3,7	+3,0	+2,0	4,6	4,8	5,2	5,9
OECD	+2,7	+1,6	+0,6	+2,2	+2,8	+3,7	+3,1	+2,3	5,8	5,7	6,3	6,6
IWF	+2,7	+1,0	-0,2	+1,9	+2,3	+3,4	+2,3	+1,6	6,2	6,0	6,0	6,0
Malta												
EU-KOM	+2,3	+2,1	+1,2	+1,9	+2,0	+2,4	+2,0	+2,2	6,9	6,5	6,6	6,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+2,3	+2,1	+1,2	+2,0	+2,0	+2,4	+2,0	+1,9	6,9	6,4	6,6	6,5
Niederlande												
EU-KOM	+1,7	+1,2	-0,9	+0,7	+0,9	+2,5	+2,5	+1,8	4,5	4,4	5,7	6,2
OECD	+1,6	+1,3	-0,6	+0,7	+0,9	+2,5	+2,4	+1,5	4,4	4,4	5,3	5,7
IWF	+1,6	+1,3	-0,5	+0,8	+0,9	+2,5	+1,8	+1,8	4,5	4,5	5,5	5,5
Österreich												
EU-KOM	+2,3	+3,1	+0,8	+1,7	+1,7	+3,6	+2,4	+2,0	4,4	4,2	4,3	4,2
OECD	+2,5	+3,0	+0,8	+1,6	+1,7	+3,6	+2,3	+1,8	4,4	4,1	4,6	4,8
IWF	+2,3	+3,1	+0,9	+1,8	+1,7	+3,6	+2,2	+1,9	4,4	4,2	4,4	4,3

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbraud	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	
Portugal													
EU-KOM	+1,4	-1,6	-3,3	+0,3	+1,4	+3,6	+3,0	+1,1	12,0	12,9	15,5	15,1	
OECD	+1,4	-1,6	-3,2	-0,9	+1,4	+3,6	+3,1	+0,7	10,8	12,8	15,4	16,2	
IWF	+1,4	-1,5	-3,3	+0,3	+1,4	+3,6	+3,2	+1,4	10,8	12,7	14,4	14,0	
Slowakei													
EU-KOM	+4,2	+3,3	+1,8	+2,9	+0,7	+4,1	+2,9	+1,9	14,4	13,5	13,2	12,7	
OECD	+4,2	+3,3	+2,6	+3,0	+0,7	+4,1	+3,2	+2,3	14,4	13,5	14,0	13,5	
IWF	+4,2	+3,3	+2,4	+3,1	+0,7	+4,1	+3,8	+2,3	14,4	13,4	13,8	13,6	
Slowenien													
EU-KOM	+1,4	-0,2	-1,4	+0,7	+2,1	+2,1	+2,2	+1,7	7,3	8,2	9,1	9,4	
OECD	+1,4	-0,2	-2,0	-0,4	+2,1	+2,1	+2,4	+1,4	7,2	8,2	8,8	9,2	
IWF	+1,4	-0,2	-1,0	+1,4	+1,8	+1,8	+2,2	+1,8	7,3	8,1	8,7	8,9	
Spanien													
EU-KOM	-0,1	+0,7	-1,8	-0,3	+2,0	+3,1	+1,9	+1,1	20,1	21,7	24,4	25,1	
OECD	-0,1	+0,7	-1,6	-0,8	+2,0	+3,1	+1,6	+2,1	20,1	21,6	24,5	25,3	
IWF	-0,1	+0,7	-1,8	0,1	+2,0	+3,1	+1,9	+1,6	20,1	21,6	24,2	23,9	
Zypern													
EU-KOM	+1,1	+0,5	-0,8	+0,3	+2,6	+3,5	+3,4	+2,5	6,2	7,8	9,8	9,9	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	+1,1	+0,5	-1,2	+0,8	+2,6	+3,5	+2,8	+2,2	6,2	7,8	9,5	9,6	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2012. OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Bulgarien												
EU-KOM	+0,4	+1,7	+0,5	+1,9	+3,0	+3,4	+2,6	+2,7	10,2	11,2	12,0	11,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,4	+1,7	+0,8	+1,5	+3,0	+3,4	+2,1	+2,3	10,3	12,5	12,5	12,0
Dänemark												
EU-KOM	+1,3	+1,0	+1,1	+1,4	+2,2	+2,7	+2,6	+1,5	7,5	7,6	7,7	7,6
OECD	+1,3	+1,0	+0,8	+1,4	+2,3	+2,8	+2,7	+1,9	7,3	7,4	7,6	7,5
IWF	+1,3	+1,0	+0,5	+1,2	+2,3	+2,8	+2,6	+2,2	7,5	6,1	5,8	5,5
Lettland												
EU-KOM	-0,3	+5,5	+2,2	+3,6	-1,2	+4,2	+2,6	+2,1	18,7	16,1	14,8	13,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,3	+5,5	+2,0	+2,5	-1,2	+4,2	+2,6	+2,2	19,0	15,6	15,5	14,6
Litauen												
EU-KOM	+1,4	+5,9	+2,4	+3,5	+1,2	+4,1	+3,1	+2,9	17,8	15,4	13,8	12,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,4	+5,9	+2,0	+2,7	+1,2	+4,1	+3,1	+2,5	17,8	15,5	14,5	13,0
Polen												
EU-KOM	+3,9	+4,3	+2,7	+2,6	+2,7	+3,9	+3,7	+2,9	9,6	9,7	9,8	9,6
OECD	+3,9	+4,4	+2,9	+2,9	+2,6	+4,2	+3,9	+2,8	9,6	9,6	10,3	10,6
IWF	+3,9	+4,3	+2,6	+3,2	+2,5	+4,3	+3,8	+2,7	9,6	9,6	9,4	9,1
Rumänien												
EU-KOM	-1,6	+2,5	+1,4	+2,9	+6,1	+5,8	+3,1	+3,4	7,3	7,4	7,2	7,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,6	+2,5	+1,5	3,0*	+6,1	+5,8	+2,9	+3,1	7,6	7,2	7,2	7,1
Schweden												
EU-KOM	+6,1	+3,9	+0,3	+2,1	+1,9	+1,4	+1,1	+1,5	8,4	7,5	7,7	7,7
OECD	+5,8	+4,0	+0,6	+2,8	+1,2	+3,0	+1,4	+1,7	8,4	7,5	7,6	7,6
IWF	+5,8	+4,0	+0,9	+2,3	+1,9	+1,4	+2,5	+2,0	8,4	7,5	7,5	7,7
Tschechien												
EU-KOM	+2,7	+1,7	+0,0	+1,5	+1,2	+2,1	+3,3	+2,2	7,3	6,7	7,2	7,2
OECD	+2,6	+1,7	-0,5	+1,7	+1,5	+1,9	+3,9	+2,1	7,3	6,7	7,0	6,9
IWF	+2,7	+1,7	+0,1	+2,1	+1,5	1,9*	+3,5	+1,9	7,3	6,7	7,0	7,4
Ungarn												
EU-KOM	+1,3	+1,7	-0,3	+1,0	+4,7	+3,9	+5,5	+3,9	11,2	10,9	10,6	9,6
OECD	+1,2	+1,7	-1,5	+1,1	+4,9	+3,9	+5,7	+3,6	11,2	11,0	12,0	12,2
IWF	+1,3	+1,7	+0,0	+1,8	+4,9	+3,9	+5,2	+3,5	11,2	11,0	11,5	11,0

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2012, Weltwirtschaftsausblick (WEO), September 2011 und Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Oktober 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistung	sbilanzsaldo)
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Deutschland												
EU-KOM	-4,3	-1,0	-0,9	-0,7	83,0	81,2	82,2	80,7	5,8	5,3	4,7	4,5
OECD	-4,3	-1,0	-0,9	-0,6	83,2	81,4	82,7	82,0	6,0	5,7	5,4	5,5
IWF	-4,3	-1,0	-0,8	-0,6	83,2	81,5	78,9	77,4	6,1	5,7	5,2	4,9
USA												
EU-KOM	-10,6	-9,6	-8,3	-7,1	99,1	103,5	108,9	111,8	-3,3	-3,2	-3,1	-3,0
OECD	-10,7	-9,7	-8,3	-6,5	98,3	102,7	108,6	111,2	-3,2	-3,1	-3,7	-4,3
IWF	-10,5	-9,6	-8,1	-6,3	98,5	102,9	106,6	110,2	-3,2	-3,1	-3,3	-3,1
Japan												
EU-KOM	-8,4	-8,2	-8,2	-8,0	197,6	211,4	219,0	221,8	3,6	2,0	1,7	1,6
OECD	-8,4	-9,5	-9,9	-10,1	192,7	205,5	214,1	222,6	3,6	2,1	1,6	1,9
IWF	-9,4	-10,1	-10,0	-8,7	215,3	229,8	235,8	241,1	3,6	2,0	2,2	2,7
Frankreich												
EU-KOM	-7,1	-5,2	-4,5	-4,2	82,3	85,8	90,5	92,5	-2,2	-2,7	-2,4	-2,1
OECD	-7,1	-5,2	-4,5	-3,0	82,7	86,2	91,6	93,5	-1,8	-2,1	-1,9	-1,7
IWF	-7,1	-5,3	-4,6	-3,9	82,4	86,3	89,0	90,8	-1,7	-2,2	-1,9	-1,5
Italien												
EU-KOM	-4,6	-3,9	-2,0	-1,1	118,6	120,1	123,5	121,8	-3,5	-3,1	-2,2	-1,3
OECD	-4,5	-3,8	-1,7	-0,6	118,7	120,0	123,1	122,5	-3,5	-3,1	-2,2	-1,7
IWF	-4,5	-3,9	-2,4	-1,5	118,7	120,1	123,4	123,8	-3,5	-3,2	-2,2	-1,5
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-10,2	-8,3	-6,7	-6,5	79,6	85,7	91,2	94,6	-3,3	-1,9	-1,7	-1,0
OECD	-10,3	-8,4	-7,7	-6,6	75,7	82,9	89,6	94,1	-3,3	-1,9	-2,1	-1,0
IWF	-9,9	-8,7	-8,0	-6,6	75,1	82,5	88,4	91,4	-3,3	-1,9	-1,7	-1,1
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-5,6	-4,5	-3,5	-2,4	84,0	83,8	84,5	81,4	-3,1	-2,8	-2,4	-2,3
IWF	-5,6	-4,5	-3,7	-2,9	85,1	85,0	84,7	82,0	-3,1	-2,8	-2,7	-2,7
Euroraum												
EU-KOM	-6,2	-4,1	-3,2	-2,9	85,6	88,0	91,8	92,6	0,1	0,1	0,6	1,0
OECD	-6,2	-4,1	-3,0	-2,0	85,8	88,1	92,2	93,0	0,4	0,5	1,0	1,5
IWF	-6,2	-4,1	-3,2	-2,7	85,7	88,1	90,0	91,0	0,3	0,3	0,7	1,0
EU-27												
EU-KOM	-6,5	-4,5	-3,6	-3,3	80,2	83,0	86,2	87,2	-0,3	0,0	0,3	0,7
IWF	-6,5	-4,6	-3,6	-	79,8	82,3	83,7	-	-0,2	0,1	0,3	0,5

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2012, Weltwirtschaftsausblick (WEO), September 2011 und Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Oktober 2011.

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssald	do		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistungs	sbilanzsaldo)
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Belgien												
EU-KOM	-3,8	-3,7	-3,0	-3,3	96,0	98,0	100,5	100,8	3,1	2,2	1,5	1,6
OECD	-3,9	-3,9	-2,8	-2,2	96,0	98,1	98,9	97,8	1,3	-0,8	-0,5	-0,3
IWF	-4,2	-4,2	-2,9	-2,2	96,2	98,5	99,1	98,5	1,5	-0,1	-0,3	0,4
Estland												
EU-KOM	0,2	1,0	-2,4	-1,3	6,7	6,0	10,4	11,7	3,8	0,6	-0,3	-0,3
OECD	0,3	1,0	-2,0	-0,3	6,7	6,0	8,7	8,8	3,6	3,2	1,0	0,7
IWF	0,4	1,0	-2,1	-0,5	6,7	6,0	5,7	5,4	3,6	3,2	0,9	-0,3
Finnland												
EU-KOM	-2,5	-0,5	-0,7	-0,4	48,4	48,6	50,5	51,7	1,4	-0,4	-0,6	-0,7
OECD	-2,9	-0,9	-0,7	0,0	48,4	48,6	50,6	53,2	1,7	-0,6	-1,1	-0,7
IWF	-2,8	-0,8	-1,4	-0,8	48,4	48,6	51,6	52,8	1,4	-0,7	-1,0	-0,3
Griechenland												
EU-KOM	-10,3	-9,1	-7,3	-8,4	145,0	165,3	160,6	168,0	-12,3	-11,3	-7,8	-6,3
OECD	-10,5	-9,2	-7,4	-4,9	145,0	165,4	163,3	168,5	-10,1	-9,8	-7,6	-6,5
IWF	-10,6	-9,2	-7,2	-4,6	142,8	160,8	153,2	160,9	-10,0	-9,7	-7,4	-6,6
Irland												
EU-KOM	-31,2	-13,1	-8,3	-7,5	92,5	108,2	116,1	120,2	0,5	0,0	1,6	3,1
OECD	-31,2	-13,0	-8,4	-7,6	92,5	108,2	115,7	120,9	0,5	0,1	1,3	2,0
IWF	-31,3	-9,9	-8,5	-7,4	92,5	105,0	113,1	117,7	0,5	0,1	1,0	1,7
Luxemburg												
EU-KOM	-0,9	-0,6	-1,8	-2,2	19,1	18,2	20,3	21,6	7,7	7,1	4,5	4,9
OECD	-0,9	-0,6	-1,4	-1,1	24,7	23,9	26,0	28,7	7,7	7,1	3,5	4,2
IWF	-1,1	-0,7	-1,6	-2,0	-	-	-		7,7	6,9	5,7	5,6
Malta												
EU-KOM	-3,7	-2,7	-2,6	-2,9	69,4	72,0	74,8	75,2	-6,4	-3,3	-3,2	-2,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,6	-3,0	-2,7	-2,4	-	-	-		-6,4	-3,2	-3,0	-2,9
Niederlande												
EU-KOM	-5,1	-4,7	-4,4	-4,6	62,9	65,2	70,1	73,0	5,1	7,5	8,0	8,4
OECD	-5,0	-4,6	-4,3	-3,0	62,9	65,1	70,9	73,5	7,1	9,2	9,0	9,7
IWF	-5,1	-5,0	-4,5	-4,9	62,9	66,2	70,1	73,7	6,6	7,5	8,2	7,8
Österreich												
EU-KOM	-4,5	-2,6	-3,0	-1,9	71,9	72,2	74,2	74,3	2,9	1,9	1,9	1,9
OECD	-4,5	-2,6	-2,9	-2,3	71,8	72,2	75,5	76,9	3,0	1,9	2,2	2,5
IWF	4,5	2,6	3,1	2,4	71,8	72,2	73,9	74,3	3,0	1,2	1,4	1,4

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssald	do		Staatssch	nuldenquot	e	Leistungsbilanzsaldo				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	
Portugal													
EU-KOM	-9,8	-4,2	-4,7	-3,1	93,9	107,8	113,9	117,1	-9,7	-6,5	-3,6	-2,9	
OECD	-9,8	-4,2	-4,6	-3,5	93,4	107,8	114,5	120,3	-10,0	-6,4	-4,0	-2,2	
IWF	-9,8	-4,0	-4,5	-3,0	93,4	106,8	112,4	115,3	-10,0	-6,4	-4,2	-3,5	
Slowakei													
EU-KOM	-7,7	-4,8	-4,7	-4,9	41,1	43,3	49,7	53,5	-3,6	0,1	0,2	0,2	
OECD	-7,7	-4,8	-4,6	-2,9	41,1	43,3	48,6	50,7	-2,5	0,1	1,5	2,3	
IWF	-7,9	-5,5	-4,2	-3,7	41,1	44,6	47,1	48,8	-3,5	0,1	-0,4	-0,4	
Slowenien													
EU-KOM	-6,0	-6,4	-4,3	-3,8	38,8	47,6	54,7	58,1	-0,8	-1,1	-0,4	0,7	
OECD	-6,0	-6,4	-3,9	-3,0	38,8	47,6	51,5	54,4	-0,8	-1,1	0,8	1,4	
IWF	-5,4	-5,7	-4,6	-4,2	38,8	47,3	52,5	55,9	-0,8	-1,1	0,0	-0,3	
Spanien													
EU-KOM	-9,3	-8,5	-6,4	-6,3	61,2	68,5	80,9	87,0	-4,5	-3,9	-2,0	-1,0	
OECD	-9,3	-8,5	-5,4	-3,3	61,2	68,5	81,1	84,1	-4,5	-3,5	-0,9	0,1	
IWF	-9,3	-8,5	-6,0	-5,7	61,2	68,5	79,0	84,0	-4,6	-3,7	-2,1	-1,7	
Zypern													
EU-KOM	-5,3	-6,3	-3,4	-2,5	61,5	71,6	76,5	78,1	-8,7	-11,0	-7,7	-7,2	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-5,3	-6,5	-3,7	-1,4	-	-	-	-	-9,9	-8,5	-6,2	-6,3	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2012. OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2012.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssald	do		Staatssch	uldenquot	e		Leistungs	sbilanzsaldo)
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Bulgarien												
EU-KOM	-3,1	-2,1	-1,9	-1,7	16,3	16,3	17,6	18,5	-0,4	0,8	0,6	-0,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,9	-2,1	-1,9	-1,6	16,7	17,0	21,3	17,6	-1,3	1,9	2,1	1,6
Dänemark												
EU-KOM	-2,5	-1,8	-4,1	-2,0	42,9	46,5	40,9	42,1	5,5	6,5	5,2	4,9
OECD	-2,7	-1,9	-3,9	-2,0	42,9	46,5	47,7	49,6	5,5	6,5	5,4	5,4
IWF	-2,7	-3,9	-5,9	-2,5	43,4	46,4	51,3	52,2	5,5	6,2	4,8	4,5
Lettland												
EU-KOM	-8,2	-3,5	-2,1	-2,1	44,7	42,6	43,5	44,7	3,0	-1,2	-1,8	-2,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-7,2	-3,4	-1,2	-0,5	39,9	37,8	39,1	41,6	3,0	-1,2	-1,9	-2,5
Litauen												
EU-KOM	-7,2	-5,5	-3,2	-3,0	38,0	38,5	40,4	40,9	1,1	-1,6	-2,0	-2,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-7,1	-5,2	-2,9	2,6	38,0	39,0	40,9	41,2	1,5	-1,7	-2,0	-2,3
Polen												
EU-KOM	-7,8	-5,1	-3,0	-2,5	54,8	56,3	55,0	53,7	-3,7	-4,3	-3,9	-4,2
OECD	-7,9	-5,1	-2,9	-2,2	54,9	56,4	56,0	55,4	-4,6	-4,3	-4,4	-4,1
IWF	-7,8	-5,2	-3,2	-2,8	54,9	55,4	55,7	55,2	-4,7	-4,3	-4,5	-4,3
Rumänien												
EU-KOM	-6,8	-5,2	-2,8	-2,2	30,5	33,3	34,6	34,6	-3,9	-4,1	-5,0	-5,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-6,4	-4,1	-1,9	-1,0	31,2	33,0	34,2	33,0	-4,5	-4,2	-4,2	-4,7
Schweden												
EU-KOM	0,3	0,3	-0,3	0,1	39,4	38,4	35,6	34,2	6,8	6,4	5,8	5,9
OECD	-0,1	0,1	-0,3	0,3	39,4	38,4	37,6	35,7	6,9	7,2	6,5	6,3
IWF	-0,2	0,1	-0,1	0,5	39,4	37,4	35,5	33,5	6,3	6,7	3,0	2,9
Tschechien												
EU-KOM	-4,8	-3,1	-2,9	-2,6	38,1	41,2	43,9	44,9	-4,4	-3,6	-3,2	-3,2
OECD	-4,8	-3,1	-2,5	-2,2	38,1	41,2	43,5	45,5	-3,8	-2,6	-0,2	-1,6
IWF	-4,8	-3,8	-3,5	-3,4	37,6	41,5	43,9	45,4	-3,0	-2,9	-2,1	-1,9
Ungarn												
EU-KOM	-4,2	4,3	-2,5	-2,9	81,4	80,6	78,5	78,0	1,0	0,9	2,2	3,7
OECD	-4,3	-4,2	-3,0	-2,9	81,0	80,2	79,7	78,8	1,2	1,3	2,7	3,8
IWF	-4,3	4,0	-3,0	-3,4	81,3	80,4	76,3	76,0	1,1	1,6	3,3	1,2

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2012.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2012.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2012.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, Juli 2012

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung: heimbüchel pr Köln kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X